



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung in der Memoirenliteratur

Eveline Maria Platzer-Stessl

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312 295

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuerin / Betreuer: Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Prolog.....	1
Memoirenliteratur – ein Spiegel politischen Lagerdenkens	4
Die Geschichte des Liberalismus – eine Geschichte revolutionärer Ideen.....	4
Die traditionellen Lager in Österreich	5
Kontinuitäten zwischen Erster und Zweiter Republik	8
Die Menschen hinter der Memoirenliteratur.....	13
Dr. Herbert Kraus	13
Dr. Viktor Reimann	15
Dr. Fritz Stüber.....	16
Dr. Adolf Schärf.....	18
Oskar Helmer	19
Dr. Alfons Gorbach.....	20
Realpolitische Grundlagen	22
Entnazifizierung in Österreich.....	22
Entnazifizierung – ein Definitionsversuch.....	22
Probleme und Ziele der Entnazifizierung.....	23
Die Phasen der Entnazifizierung.....	25
Die Entnazifizierung – Strategie und Zielsetzung der Alliierten	26
Die Entnazifizierungsgesetze der Provisorischen Regierung Renner 1945 ..	32
Resümee der frühen Phase der Entnazifizierungsbemühungen	40
Die ersten Wahlen der Zweiten Republik	42
Der Weg zum Nationalsozialisten-Gesetz von 1947	48
Sühnefolgen	52
Die Phase der Amnestien.....	54
Die politische Integration der ehemaligen Nationalsozialisten.....	60
Die vierte Partei	61
Die potenziellen Wähler einer vierten Partei	61
Vorläufer der neuen Partei	67
Die Parteigründung.....	70
Herbert Kraus‘ Idee von einer neuen liberalen Partei als Bereicherung der demokratischen Parteienlandschaft	70
Die neue liberale Kraft:.....	72
Von der Theorie zur Praxis.....	74

Die politischen Wurzeln der VdU-Führung	75
Das Programm des VdU.....	77
Die Wahl 1949	78
Die Wahlkampfstrategie der ÖVP.....	80
Die Wahlkampfstrategie der SPÖ.....	86
Der Wahlkampf der Kommunisten.....	88
Das Ergebnis der Wahlen.....	88
Die internen Probleme des VdU.....	90
Der schmale Grad zwischen Liberalismus und Nationalismus	90
1950 – das Ringen um Konsolidierung.....	92
Bundespräsidentenwahl 1951	94
Wahl 1953.....	97
Landtagswahlen 1954	99
Neuformierung der Nationalen	99
Ausschluss Stübers aus dem VdU	99
Gründung der „Freiheitspartei“	101
Gründung der FPÖ	103
Conclusio	105
Literaturverzeichnis	118
Kurzzusammenfassung.....	122

Prolog

Bis heute liegen die Schatten des Nationalsozialismus über Österreich, dessen Bewohner schon lange nicht mehr nur als Opfer, sondern auch als aktive Täter im wissenschaftlichen Diskurs eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Als nach Ende des Zweiten Weltkrieges das Dritte Reich endgültig untergeht, werden die Karten der Macht neu gemischt. Die unmittelbare Nachkriegszeit lässt zwar die Waffen schweigen, bringt aber auch jede Menge Probleme mit sich. Neben zerstörten Wohnungen und knapp rationierten Lebensmitteln wird der Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten zum politischen Balanceakt. Trotz des erheblichen zeitlichen Abstands zum Hier und Jetzt hat die Thematik hinsichtlich des Umgangs mit ehemaligen politischen Gegnern bzw. der Masse von Mitläufern noch immer nicht von seiner Brisanz und Aktualität eingebüßt. Machtpolitische Strategien stehen auch heute weltweit an der Tagesordnung. Wirklich interessant wird es jedoch, wenn man einen Blick hinter den Vorhang wirft. Was eignet sich in diesem Zusammenhang also besser als das Heranziehen von mehr oder weniger eindeutig präsentierten Zeitzeugenberichten in unterschiedlich gefärbten Memoiren politischer Proponenten der Reorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg?

Um das Thema „Entnazifizierung aus dem Blickwinkel der Memoirenliteratur“ ranken sich überdies zahlreiche Fragen: Wie ging der Entnazifizierungsprozess realpolitisch über die Bühne, bzw. welchen Zeitraum nahm er in Anspruch? Welche Rolle spielte dabei der Umstand, dass Österreich zumindest am Beginn der Nachkriegszeit nicht über volle politische Souveränität verfügte (Besatzungszonen)? Welchen Einfluss hat der beginnende Kalte Krieg auf die Entnazifizierung? Angeblich wurden die ehemaligen Eliten ausgetauscht, aber war das praktisch überhaupt möglich, wenn man den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes nicht gefährden wollte?

Warum verwandelte sich die anfängliche Härte dennoch relativ rasch in Milde, bis hin zur völligen Integration verteilt über alle politischen Lager Österreichs? Wie funktionierte die Wiederintegration der ehemaligen Nationalsozialisten in das demokratische Österreich? Welche politischen Entwicklungen lassen sich im Spiegel der Wahlen 1945, 1949 und 1953 ablesen und welche Rolle nimmt der

neugegründete VdU zum Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten ein? War der VdU nun von der Substanz her eher liberal oder national ausgerichtet? Nicht zuletzt: Fand eine wirkliche Auseinandersetzung zum Thema „Entnazifizierung“ in der Memoirenliteratur statt? Welchen Einfluss hatte der politische Hintergrund der Personen auf ihren Blick auf die Vergangenheit bzw. welche öffentlichen Personen kommen als Vertreter der Memoiren-Literatur überhaupt infrage?

Um Antworten auf diese zahlreichen Fragen zu finden, ist die vorliegende Arbeit in vier Kapitel gegliedert. Der erste Abschnitt widmet sich der Geschichte und Kontinuität der politischen Lager Österreichs und greift damit ein Thema auf, das sich auch in der Memoirenliteratur inhaltlich widerspiegelt. Daran anschließend werden besonders exponierte Persönlichkeiten der hier verwendeten Memoirenliteratur verschiedener politischer Richtungen – darunter auch die Gründungsmitglieder des VdU – näher vorgestellt. In Folge soll ein Überblick über die Entnazifizierungsmaßnahmen in Österreich gegeben werden, dabei sollen die Probleme hinsichtlich der juristischen Beschlussfassung und der realpolitischen Durchführung der Entnazifizierungsmaßnahmen näher durchleuchtet werden. Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit der Gründung des VdU und der sich daraus entwickelnden politischen Dynamik im Hinblick auf die Wiederintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Am Ende der Arbeit werden die Schwerpunkte und Perspektiven der ausgewählten Memoiren nochmals zusammenfassend resümiert, um etwaige Tendenzen herauszufiltern. Der Zeitrahmen dieser Arbeit erstreckt sich von 1945 bis 1956, also von der Gründung der Provisorischen Regierung Renner bis zu der Übernahme des VdU durch die den nationalen Flügel in der Partei und der Gründung der FPÖ.

Als ergiebige Grundlage bezüglich der „Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung in der Memoirenliteratur“ dienten u. a. die Biografien der Gründer des VdU, Dr. Herbert Kraus und Dr. Viktor Reimann, die beide das liberale Lager vertraten. Als Vertretung des nationalen Lagers wurden die Memoiren von Dr. Fritz Stüber herangezogen. Leider konnten keine weiteren Biografien von bzw. über die nationalen Politiker wie Stendebach, Hartleb, Van Tongel oder Reinhaller gefunden werden. Zur Abdeckung des gesamten parteipolitischen Spektrums zog ich die Biografien von Schärf und Helmer als Vertreter der SPÖ heran. Im Hinblick auf die ÖVP war es schwierig, geeignete Biografien zu finden, die sich mit dem Thema Entnazifizierung ausführlich auseinandersetzen. Einige Passagen finden

sich in der Biografie Karl Grubers, diese enden jedoch vor der Parteigründung des VdU 1948. Am meisten zu diesem Thema findet sich bei Alfons Gorbach, die Literatur über ihn bezieht sich in erster Linie auf seine Reden, die in „Gedanken zur Politik“ veröffentlicht wurden.

Nationalratsprotokolle und entsprechende Sekundärliteratur stellten die zweite Säule dieser Diplomarbeit dar. Aus dem Fundus an Fachliteratur erwiesen sich „Entnazifizierung in Österreich“ von Dieter Stiefel (1981) – das erste wissenschaftliche Werk, das sich mit der mit Entnazifizierung in Österreich auseinandersetzte, „Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955“, herausgegeben von Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley und Oliver Rathkolb sowie „Entnazifizierung im regionalen Vergleich“, herausgegeben von Walter Schuster und Wolfgang Weber, als sehr hilfreich.

Großen Dank hinsichtlich der Realisierung dieser Arbeit schulde ich Frau MMag. Silvia Kornberger für ihre Unterstützung im Zuge des Lektorats.

Last, but not least, möchte ich mich ebenfalls bei meinem Betreuer – Univ.-Prof. DDr. Rathkolb – für seine große Geduld und seine konstruktive Kritik bedanken!

Memoirenliteratur – ein Spiegel politischen Lagerdenkens

Österreichs politische Struktur ist seit dem 19. Jahrhundert in drei Lager geteilt, die durch die entsprechenden Parteien repräsentiert werden. Der Historiker Peter Pelinka resümiert in „Vom Glanz und Elend der Parteien“ über die Funktion der Parteien, dass diese vor und nach 1928 eine Ersatzfunktion wahrgenommen hätten, die in anderen westeuropäischen Ländern dem nationalen Konsens bzw. dem Patriotismus zukam. Die Lagerparteien banden die Loyalität der Österreicher dementsprechend in einer Form, die anderswo der Nation zukam. Im Gebiet des heutigen Österreich sei das Bedürfnis nach einer politischen Heimat vor allem durch die politisch-weltanschaulichen Lager erfüllt worden, die diese Republik gründeten und ihr eine Verfassung gaben.¹ Prinzipiell teilten sich drei verschiedene ideologische Richtungen das politische Parkett: das sozialistische Lager, das christlichsoziale Lager und das sogenannte „nationale“ Lager. Letzteres erwies sich als besonders fragwürdiges Konstrukt, da es ein antiösterreichisches – also antinationales – Element darstellte.

Memoirenliteratur eignet sich in diesem Sinne ausgezeichnet als politischer Indikator eines differenzierten Lagerdenkens, das sich nicht nur in der persönlichen Haltung zu den Entnazifizierungsmaßnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg niederschlägt. Aufgrund der außerordentlich großen Bedeutung dieses „Lagerdenkens“ soll in diesem Kapitel – insbesondere zum besseren Verständnis der hier eingeflochtenen Zitate aus der, hier politisch weit gefächerten Memoirenliteratur – stärker auf die Geschichte und die Entwicklung desselben eingegangen werden.

Die Geschichte des Liberalismus – eine Geschichte revolutionärer Ideen

Der erste Höhepunkt des österreichischen Liberalismus findet bereits in der Zeit des Josephinismus statt und definierte sich in erster Linie als Antiklerikalismus.²

¹ Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems, Studien Verlag, Innsbruck, 2005, S. 19.

² Stäuber, Roland: Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die freiheitliche Partei (FPOe). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945. Organisation Kolb St. Gallen 197. S.16.

Die Liberalen waren seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in der „Verfassungspartei“ organisiert. Seit 1894 nannte sie sich „Vereinigte Linke“ und ab 1888 „Vereinigte Deutsche Linke“. Nach 1867 setzte der Niedergang des Liberalismus in Österreich ein. Er verlor immer mehr an Bedeutung, wenn auch bis zum Untergang der Donaumonarchie viele liberal Gesinnte Schlüsselpositionen in Verwaltung und Industrie innehatten. Stattdessen feierten antilibérale Parteien wie Christlichsoziale und Sozialdemokraten Erfolge, da der Liberalismus die drängenden sozialen Probleme nicht lösen konnte.³

Träger des Liberalismus in Österreich waren die Deutschösterreicher, die sich aufgrund ihrer Sprache kulturell als Deutsche betrachteten. Die Politiker strebten danach, sich mit deutschnationalen Gruppen zu verbinden, da die liberalen Parteigruppierungen immer mehr zerfielen. Die Verbindung zwischen Liberalen und Nationalen wurde so eng, dass sie sich nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie endgültig zu einer Partei vereinigten; ab 1918 gab es keine liberale Gruppe mehr. Der Liberalismus als geistige Haltung drang hingegen selbst in jene Parteien ein, die einstmals seine größten Feinde darstellten wie in die christlichsoziale und in die sozialdemokratische Partei.

Die traditionellen Lager in Österreich

Das sozialdemokratische Lager

Das sozialistische Lager wurde bis 1934 fast ausschließlich von der sozialdemokratischen Partei vertreten. Die sozialdemokratische Partei wurde von Viktor Adler an Parteitag von Hainfeld (1889-1890) geeint. Sie setzte sich hauptsächlich aus den Arbeitern der niederösterreichischen, steirischen und böhmisch-mährischen Industriereviere zusammen und hatte die große Mehrheit der österreichischen Arbeiter und Angestellten, aber auch zahlreich Intellektuelle, Handwerker und Kaufleute, ja sogar eine nicht zu verachtende Gruppe kleiner Bauern um sich gesammelt. Die Partei war grundsätzlich international eingestellt, bekam aber am eigenen Leib den Nationalitätenkampf zu spüren. Bis zur Jahrhundertwende war die österreichische Sozialdemokratie eine relativ kleine und politisch weitgehend bedeutungslose Partei geblieben. In der Zwischenkriegszeit war sie eine demokratische Massenintegrationspartei auf

³ Reimann, Viktor: Dritte Kraft in Österreich, Molden, 1. Auflage, 1980. S. 48.

Klassenbasis mit einem sehr hohen Organisationsgrad. Größer Sozialdemokratische Arbeiter Partei hatte unter allen europäischen sozialdemokratischen Parteien die höchste Organisationsdichte.⁴

Der Einfluss der sozialdemokratischen Partei betrug in der Ersten Republik circa 40 Prozent der Stimmen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen 1930 erhielt die Partei nahezu 42 % der Stimmen.⁵

Das christlichsoziale Lager

Das christliche und konservative Lager repräsentierte über ein halbes Jahrhundert lang in Österreich den politischen Katholizismus. Seine Partei war die Christlichsoziale Partei Österreichs (CS). Die Partei war ursprünglich eine soziale Reformpartei der „kleinen Leute“. Nach der Fusion mit den Konservativen bestand die Wählerschaft der Christlichsozialen aus der katholischen Bauernschaft, den Industriellen und Kaufleuten, dem Groß- und Kleinbürgertum, aber auch gewissen, besonders benachteiligten Schichten der Lohnempfänger, wie zum Beispiel dem Bedienungspersonal.

Die Christlichsoziale Partei Österreichs (CS) wurde 1893 von Dr. Karl Lueger gegründet und existierte bis zu ihrer Auflösung bzw. bis zu Errichtung der Vaterländischen Front 1933. Die Partei orientierte sich großbürgerlich und altklerikal und konnte daher große Massen der konservativen ländlichen Bevölkerung anziehen. Zusätzlich gewann sie Sympathien beim Adel und Kaisertum durch ihr Bekenntnis zu Österreich-Ungarn. Die Partei bezeichnete sich selbst anfangs als „Die Antisemiten“. Antiliberalismus und Antimarxismus waren verbunden im Antisemitismus, der schon in der Formierungsphase der christlichsozialen Partei einen wesentlichen Integrationsfaktor gebildet hatte.⁶

Unter den Vorsitzenden Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg wurde in Österreich von 1933 bis 1938 ein austrofaschistisches Regime errichtet, das dann durch den „Anschluss“ an das Deutsche Reich 1938 beendet wurde.

⁴ Maderthaler, Wolfgang: Die Sozialdemokratie, in: Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995, S. 177-194, S 178 f.

⁵ Kreisler, Felix: Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen. Hermann Böhlau Nachf. Wien, 184, S. 60.

⁶ Staudinger Anton; Müller, Wolfgang C; Steininger Barbara: Die Christlichsoziale Partei, in: Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995, S. 160-176, S. 170.

Wie ihre Vorgängerin, die CS, hatte auch die Vaterländische Front (VF) antisemitischen Charakter und war klerikalfaschistisch geprägt.

Das Lager der Christlichsozialen hatte laut den Wahlstatistiken ein Wählerpotenzial von ungefähr 35 Prozent, 1930 erhielt die Christlichsoziale Partei 36 Prozent der Stimmen. Bei den Teilwahlen von 1932 musste sie schwere Verluste hinnehmen. Den konservativen Kräften (Christlichsoziale Partei, Heimatblock und Landbund) wurden rund 30 Prozent der Stimmen zugeschrieben.

Diese Verluste bestimmten übrigens Dollfuß sehr stark, den autoritären Weg – also ohne Wahlen – einzuschlagen.⁷

Das nationale Lager

Das dritte Lager war jenes, das man das als „nationales Lager“ bezeichnet. Vom österreichischen Standpunkt aus verfolgte das „nationale Lager“ in Wirklichkeit „antinationale“ Bestrebungen.

Als Gründer des nationalen Lagers gilt Ritter Georg von Schönerer. Sein Vaterland war nicht Österreich, im Gegenteil, er verlangte dessen Zerstörung. Er setzte sich für einen Pangermanismus, dessen Komponenten aus alt-germanischem Chauvinismus, Rassismus, Antiklerikalismus, Antislawismus bestanden, ein. In der Folge entstand eine Vielzahl pangermanischer, großdeutscher und gesamtdeutscher Bewegungen in Österreich, die alle den Ausdruck „nationales Lager“ für sich in Anspruch nahmen.⁸

Das Lager der Christlichsozialen und der Deutschnationalen war ursprünglich eng miteinander verbunden. Erst Mitte der 1880er Jahre kam es zur endgültigen Trennung zwischen dem deutschnationalen und dem christlichsozialen Lager.

Die deutschnationalen Parteien

Einer der radikalen Führer der Deutschnationalen war Georg Schönerer. Sein Ziel war der Anschluss der Alpen- und Sudetenländer an das Deutsche Reich. Die deutschnationale Partei war stark antisemitisch und bald auch antikatholisch eingestellt. Sie hatte aber keinen durchschlagenden Erfolg.⁹

⁷ Kreisler: Der Österreicher und seine Nation, S. 61.

⁸ Ebenda, S. 61.

⁹ Schüssel, Therese: Das Werden Österreichs, Tosa Verlag, Wien, 1995, S. 213.

Im August 1920 schlossen sich die meisten deutschnationalen Parteien der untergegangenen Donaumonarchie zu einer Partei, die sich „Großdeutsche Volkspartei“¹⁰ nannte, zusammen. Zu den ideologischen Merkmalen zählten die Idee der Volksgemeinschaft, der Anschlussgedanke, Antiklerikalismus und der Antisemitismus (Juden gehörten nicht zur Volksgemeinschaft).

Die zweite deutschnationale Partei seit 1922 war der „Landbund“.¹¹ Er vertrat die Interessen der deutschnationalen, protestantischen und liberalen Bauernschaft Österreichs und forderte den Anschluss an das Deutsche Reich. Die ideologische Ausrichtung war ebenfalls antiklerikal und antisemitisch.

Auch die „Nationalsozialistische Partei“ hat schon lange existiert:

Sie war 1903 in Nordböhmen als „Deutsche Arbeiterpartei“ gegründet worden. 1918 benannte sie sich in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ um. Zentrum dieser Partei lag in den Sudetenländern, in Österreich war sie zahlenmäßig unbedeutend.

Es beriefen sich in der Ersten Republik mehrere Gruppierungen auf die gesamtdeutsche Ideologie, zum Beispiel die Großdeutschen, aber auch der Landbund. Der Wählereinfluss dieser Gruppierungen, zu denen ab 1926 die österreichischen Nationalsozialisten kamen, war ungefähr 20 Prozent. Innerhalb dieses Lagers kam es mit dem Aufschwung des Nationalsozialismus in Deutschland zu einer Verlagerung des Schwerpunkts. Das gesamte „nationale“ Lager stand hinter dem Nationalsozialismus. Der Einfluss der Nationalsozialisten erreichte bis 1938 kaum mehr als 30 Prozent der Bevölkerung. Die Anhänger waren hauptsächlich Staatsbeamte, Akademiker, Studenten, Intellektuelle und Freiberufliche sowie Kaufleute, denen die jüdische Konkurrenz ein Dorn im Auge war, in geringerem Maße auch Bauern.¹²

Kontinuitäten zwischen Erster und Zweiter Republik

Die Kontinuitäten reichen von der Ersten Republik bis in Zweite, sowohl in

¹⁰ Dostal, Thomas: Die Großdeutsche Volkspartei, in: Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995, S. 195 -206.

¹¹ Burkert, Günther R.: Der Landbund für Österreich, in: Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995, S. 207 -217.

¹² Kreisler: Der Österreicher und seine Nation. S. 62.

parteipolitischer (ideologischer) Hinsicht, als auch im Hinblick auf die personelle Kontinuität der politischen Akteure.

Erste Republik

Es waren die zwei großen Parteien der ersten Republik, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten, die der ersten Republik die Verfassung gaben. Die Deutschnationalen hatten, hatten sich aus Protest gegen Anschlussverbot des Staatsvertrages von St. Germain- aus der damaligen Allparteienregierung verabschiedet, als der Verfassungskompromiss erarbeitet wurde.¹³

Für die Sozialdemokraten, die bis zur Machtergreifung Hitlers den Anschluss wünschten, war (Habsburg-) Österreich die Verkörperung des reaktionären Rückschritts und die Deutsche Republik die Vorstufe zur fortschrittlichen Internationale des Proletariats. Sie glaubten noch lange an eine gesamtdeutsche soziale Revolution. Sowohl für die Führer des rechten Flügels der Partei (Karl Renner), wie den Linksaußen der Partei, Otto Bauer, war die Zugehörigkeit Österreichs zur deutschen Nation selbstverständlich.

Zweite Republik

Auch die Zweite Republik war eine Gründung derselben Parteien wie schon die Erste Republik. Die Lager waren allerdings nicht vollständig vertreten, da die ehemaligen Nationalsozialisten für drei Jahre vom politischen Geschehen ausgeschlossen waren. Die Alliierten ließen nur drei Parteien zu, das waren die ÖVP, die SPÖ und die KPÖ. Versuche, das nationale Lager in Form des Landbundes wieder einzubinden scheiterten, da Führer des Landbundes zum Teil der ÖVP beigetreten waren.

Die Verfassung 1945 wurde wieder von den zwei großen Parteien, ÖVP und SPÖ, beschlossen. Es handelte sich dabei um die Verfassung des Jahres 1920, ohne die Verfassungsnovelle von 1929. Die dritte Partei der Gründungsphase, die KPÖ, wurde von den beiden Großparteien überstimmt.¹⁴

¹³ Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien, S. 20.

¹⁴ Ebenda S. 20.

Die Parteien der Zweiten Republik standen in auffallender Kontinuität zu den Parteien der Ersten Republik.¹⁵ Zum einen eine Kontinuität der politisch aktiven Personen, zum andern sind die traditionellen Lager erhalten geblieben.

Kontinuität in der Österreichischen Volkspartei

Die ÖVP definierte sich 1945 als Weiterführung der Christlichsozialen. Die personelle Kontinuität repräsentierten Leopold Figl, der frühere Bauernbunddirektor Niederösterreichs sowie Julius Raab. Raab hatte, als Führer der niederösterreichischen Heimwehren 1930, dem letzten frei gewählten Nationalrat der 1. Republik und 1938 als Handelsminister dem letzten Kabinett Kurt Schuschnigg angehört. Beide waren bereits in der Ersten Republik und auch im autoritären Regime des Ständestaates politisch aktiv gewesen. Damit wurde auch der Bezug zum traditionsreichen Lager, das auf Karl Lueger zurückging, hergestellt. In der Zwischenkriegszeit war das Lager von Ignaz Seipel und Engelbert Dollfuß geprägt worden. Im Vordergrund der Nachfolge für die Christlichsoziale Partei standen neue Männer wie Perntner, Hurdes, Weinberger, die die Fehler der Vergangenheit vermeiden wollten. Die wollten durch Verständigung mit dem Gegner verhindern, dass es wieder zu einer Unterschätzung des politischen Gegners wie in der ersten Republik kam.¹⁶

*Ein neues Firmenschild, aber wie sich gar bald zeigte – die alte Firma blieb.*¹⁷

Für die Partei musste ein neuer Name gefunden werden, da die Verantwortlichen für die Politik des Jahres 1934 es nicht wagten, den alten Namen weiterzuführen. Mit dem neuen Namen „Österreichische Volkspartei“, konnte die Herkunft verleugnet werden, die alte Politik wurde fortgesetzt. Ziel war es, ein Sammelbecken des Bürgertums sein. Die Tatsache, dass die Alliierten nur drei Parteien zu den Wahlen zuließen, erleichterte das Vorhaben der Volkspartei. Der einzige Unterschied zur CS war eine vorsichtige Distanz zur katholischen Kirche, die sich auch im Namen der Partei bemerkbar machte.¹⁸

¹⁵ Ebenda, S. 22.

¹⁶ Helmer, Oskar: 50 Jahre erlebte Geschichte, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien, o.J., S. 326.

¹⁷ Pelinka: Vom Glanz und Elend der Parteien, S. 22.

¹⁸ Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 327.

Kontinuität in der Sozialistischen Partei Österreichs

Die Sozialistische Partei Österreichs war 1945 aus dem Zusammenschluss der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Revolutionären Sozialisten entstanden. Bei ihr standen Karl Renner, Adolf Schärf und Oskar Helmer für diese Kontinuität.

Karl Renner hatte schon zwischen 1918 und 1920 eine provisorische Staatsregierung als Koalitionsregierung geführt. Renner war Staatskanzler der provisorischen Regierung der Ersten wie auch der Zweiten Republik, was die Kontinuität zwischen den beiden Republiken unterstreicht.¹⁹ Adolf Schärf war bis 1934 Sekretär des Klubs der sozialistischen Parlamentarier und Mitglied des Bundesrates. Alle drei hatten bereits in der Ersten Republik für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) prominent agiert.

Kontinuität im deutschnationalen Lager (VdU und FPÖ)

Da fast alle Funktionäre und Aktivisten der Großdeutschen Volkspartei und des Landebundes in die NSDAP eingetreten waren, konnte dieses Lager aufgrund der Nationalsozialistengesetze 1945 nicht agieren. Die Mehrheit der ehemaligen NSDAP Mitglieder, die „Minderbelasteten“ erhielten rechtzeitig für die Wahlen 1949 ihre politischen Rechte zurück. Es kam Gründung des Verbandes der Unabhängigen (VdU), der die Lücke füllte, die durch das Ende der NSDAP entstanden war. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages und dem Abzug der Alliierten wurde – unter wesentlicher Beteiligung der „schwerbelasteten“ ehemaligen Nationalsozialisten die FPÖ gegründet.²⁰

Im deutschnationalen Lager verkörperten der „minderbelastete“ ehemalige Vizekanzler der Ersten Republik Karl Hartleb und die „schwerbelasteten“ Anton Reinthaller und Klaus Mahnert die Kontinuität des deutschnationalen Lagers, eine Kontinuität, die auch die Geschichte der österreichischen NSDAP mit einschloss.

An die Spitze der 1955 gegründeten Freiheitlichen Partei Österreichs trat Anton Reinthaller, früher Funktionär des deutschnationalen Landbundes, dann führender Repräsentant der NSDAP in Österreich, 1938 Landwirtschaftsminister im „Anschlusskabinett“ Seyss-Inquarts, dann Staatssekretär im

¹⁹ Pelinka: Vom Glanz und Elend der Parteien S. 22.

²⁰ Ebenda, S. 22.

Reichsernährungsministerium Adolf Hitlers und mit einem hohen SS-Ehrenrang ausgezeichnet.

Die traditionellen Lager „Schwarz“ und „Rot“ rekonstruierten sich 1945 sehr schnell wieder und gründeten die Zweite Republik. Die personellen Kontinuitäten waren sehr stark, wobei die ÖVP, die alte christlichsoziale Seite in Hinblick auf ihre Beteiligung am autoritären Regime einen gewissen zeitlichen Vorteil besaß. Eine weitere Kontinuität des österreichischen Parteiensystems kann in der Wahlniederlage der KPÖ 1945 und ihrem Ausscheiden aus der Koalitionsregierung 1947 gesehen werden. Pelinka fasst den Sachverhalt sinngemäß folgendermaßen zusammen:

„Die drei Lager, die das politische Geschehen Österreichs bestimmten, waren intakt. Ihre Führer rekrutieren sich aus denselben Kreisen und Gruppen, die schon in der 1-Republik, im autoritären Ständestaat und im Nationalsozialismus bestimmend gewesen waren. Daß freilich, zunächst zwischen 1934 und 1938, dann zwischen 1938 und 1945, die einen auf der Seite der Verfolger, die andern aber auf der Seite der Verfolgten gewesen waren, stellte eine wichtige Ergänzung dar. Dennoch: Kontinuität war das beherrschende Merkmal der österreichischen Parteienlandschaft ab 1945. Und die Identifikation mit einer Partei war immer auch die Identifikation mit einem Lager, mit seiner Geschichte, mit seiner Rolle; sei es auf der Seite der Sieger, sei es auf der Seite der Verlierer.“²¹

²¹ Ebenda, S. 16.

Die Menschen hinter der Memoirenliteratur

Im Zuge des folgenden Kapitels sollen die Protagonisten der in dieser Arbeit eingeflochtenen Memoirenliteratur näher vorgestellt werden. Da die politische Sozialisation meist bereits im Elternhaus beginnt, wird der gesamte Lebenslauf in die Betrachtung miteinbezogen, um spätere Tendenzen – insbesondere hinsichtlich des persönlichen Umgangs mit dem Thema Entnazifizierung – klarer herausfiltern zu können. Das Spektrum der hier präsentierten Persönlichkeiten reicht von Exponenten des dritten Lagers bis zu Vertretern der SPÖ und ÖVP, womit sich der politische Kreis wieder schließt.

Dr. Herbert Kraus

Dr. Herbert Kraus wurde 1911 in Agram als Sohn eines kaiserlich-königlichen Generalstabsoffiziers geboren. Sein Vater fiel bereits 1914, zu Beginn des Ersten Weltkrieges, an der russischen Front. Seine ersten unmittelbaren Kontakte mit dem Sozialismus waren eher traumatischer Natur. Die diesbezüglichen Kindheitserinnerungen beschreibt er später in eindringlichen Worten: *„Johlende Menschen zogen mit der Fahne durch die Straßen, schlugen Auslagen ein und plünderten. Einem rann das Blut von der Hand.“*- Darauf seine Mutter: *„Das sind die Roten. Die werden uns auch noch das Letzte wegnehmen. `Gnad uns Gott, wenn sie die Oberhand gewinnen.“*²² Die christliche Erziehung, die er im bischöflichen Konvikt in Brixen und im Jesuitengymnasium in Feldkirch genossen hatte, prägte seine Haltung zur Kirche. Während seines Studiums an der Hochschule für Welthandel in Wien kam er mit verschiedenen politischen Anschauungen in Berührung. Er promovierte 1935 mit einer Arbeit über den „Krisenzyklus in der Investitionsgüterindustrie“. Aufgrund seiner breit gefächerten Fremdsprachenkenntnisse – Französisch, Russisch, Englisch, Holländisch, Tschechisch – bekam er den Posten eines Wirtschaftsredakteurs im „Neuen Wiener Journal“.²³ Im Herbst 1940 arbeitete Kraus als Sonderkorrespondent für fünf Wochen, während der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, in Moskau.²⁴

²² Kraus, Herbert: Untragbare Objektivität, Politische Erinnerungen 1917 bis 1987 (Wien/München 1988), S. 13.

²³ Reimann, Viktor: Dritte Kraft, S. 39.

²⁴ Kraus: Objektivität, S. 116-125.

Als 1941 seine Einberufung erfolgte, wirkte er zuerst qualifikationsbedingt aufgrund seiner Sprach- und Ortskenntnisse in der zentralen Auswertungsstelle der sowjetischen Wirtschaftsnachrichten, später gehörte er zeitweilig der umstrittenen „Heeresgruppe Süd“ an. Diese war für die Art und Weise ihrer „Bekämpfung des Partisanentums“ bekannt. Kraus kritisierte zu dieser Zeit einige Aktionen seiner Heeresgruppe in Feldpostbriefen. Einige Briefe wurden abgefangen, und er wurde wegen „Wehrkraftzersetzung“ angeklagt. Seine Verhandlung fand im Oktober 1944 statt, zu Kriegsende am 8. Mai 1945 erfolgte ein Freispruch.²⁵

Untragbare Objektivität

In seinen Memoiren ist die Erste Republik erfüllt von gefährlichen Revolten, Aufmärschen und handgreiflich ausufernden Straßendiskussionen, die sich häufig an Kleinigkeiten entfachten.²⁶ Den – wie er es nennt – „autoritären Ständestaat“ unter Dollfuß und Schuschnigg bezeichnet er als „ein mildes Vorspiel dessen, was nach ihm folgte.“²⁷

Kraus macht sich aber auch Gedanken über die Motivation der Menschen, die der NSDAP 1938 beigetreten waren. Er meint, nur ganz kleiner Teil von ihnen ist der „blind fanatischen Kerntuppe“ zuzurechnen, die dann die großen Verbrechen ausführte. Er sieht die Motive für einen Parteibetritt vor allem in der Sicherung der Berufchance. Eine große Gruppe sieht er bei den Funktionären, die mit ihrem Parteibetritt ihre Loyalität zum Staat beweisen wollten, ohne zu hinterfragen, ob die staatliche Macht legal zustande gekommen war,

Die „strenggläubigen Nazi“, die allen Untaten innerlich zustimmten, machten aber – nach meiner Schätzung – nie mehr als zwei bis drei Prozent der Bevölkerung aus.²⁸

Er bleibt in seinen Memoiren jedoch nicht in der Vergangenheit verhaftet, sondern stellt sich auch die Frage, wie ein Zusammenleben in einer gemeinsamen Demokratie nach all den Gräueln der Nazizeit zu bewerkstelligen wäre und trifft bereits hier eine Differenzierung hinsichtlich der Schuld des Einzelnen:

„Die ehemaligen Nazi, die den hitlerischen Methoden – soweit sie sie kannten (!) –

²⁵ Kraus: Objektivität, S. 132 f; siehe auch: Werner Müller-Kingspor, Neubegründung des freiheitlich-nationalen Lagers in Österreich von 1945 bis 1949 (phil. Diss., Wien 1972) S. 146 - 153.

²⁶ Kraus: Objektivität, S. 57.

²⁷ Ebenda, S. 61.

²⁸ Ebenda, S. 77.

*laut oder still oder nur zum Scheine zugestimmt hatten, waren unter uns. Wir sollen nun mit ihnen zusammenleben, in einem Staat, den sie abgelehnt hatten, in einer liberalen Demokratie, die sie als Unsinn bezeichnet hatten.*²⁹

Vor allem beschäftigte ihn die Frage, wer diesen Menschen eine demokratische Gesinnung beibringen sollte.

*Die Verfasser des Nazigesetzes sicherlich nicht, diese hatten auch nur Gewalt und Unterdrückung, wenn nicht sogar Rache im Sinn. Die fast 600.000 ehemaligen Nazis, die Mehrheit der österreichische Intelligenz und des Mittelstand – zu entrechten und nur als Parias in unserer Gemeinschaft zu dulden, war keine Erziehung zur Demokratie. Das war das genaue Gegenteil.*³⁰

Er wollte die irregeleiteten ehemaligen Nationalsozialisten umerziehen. Die alten „Nazi-Ideale“ sollten durch vernünftige und ethisch akzeptable Zielsetzungen ersetzt werden, die er in einem „Katalog des Umdenkens“ zusammenfasste.

Dr. Viktor Reimann

Reimann wurde am 25. 1. 1915 in Wien geboren. Nach dem Abschluss des Gymnasiums in Klosterneuburg studierte er zwei Jahre Theologie, brach aber das Studium ab, um in Wien Geschichte zu studieren (Promotion 1939).

Sein Vater starb wie der von Kraus bereits 1916 an einer Lungenentzündung, die er sich an der Ostfront zugezogen hatte. Seine Mutter zog ihn und seine Schwestern alleine groß. Der frühe Verlust seines Vaters ließ ihn auch viele Jahre später noch eine Vaterfigur suchen, bis er an der Universität in Heinrich Ritter von Srbik seinen geistigen, intellektuellen Übervater zu finden glaubte.³¹ Ideologisch kam der Journalist Viktor Reimann vom nationalen Lager. Er war nach eigenen Angaben ein illegales Mitglied der NSDAP. Das Ansuchen um Aufnahme hatte er am 15. Mai 1940 gestellt, es wurde ihm die Mitgliedsnummer 8 115 064 mit dem Aufnahmedatum 1. Juli 1940 zugewiesen.³² Die Satzungsgemäße Mitgliedschaft ist aber nicht zustande gekommen, da als Mitbegründer der Widerstandsbewegung der Gruppe Roman Scholz verhaftet worden war und vom

²⁹ Ebenda, S. 188.

³⁰ Ebenda, S. 188.

³¹ Behal, Brigitte: Dr. Viktor Reimann 1915-1996, Historiker, Politiker, Publizist. Die Darstellung und weltanschauliche Positionierung seiner Persönlichkeit unter Zugrundelegung seines Nachlasses, verfügbarer Quellen und zeitgeschichtlicher Arbeiten. Wien 2005.

³² Rathkolb, Oliver: Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik. Wien, 1981, S. 84.

Volksgesicht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Wegen dieser Oppositionshaltung kam Reimann für viereinhalb Jahre ins KZ. So war Reimann nach 1949 trotz seiner deutschnationalen Grundhaltung über allen Verdächtigungen nationalsozialistischer Wiederbetätigung erhaben.³³ Der Deutschnationalismus Reimanns hat sich auch nach 1945 in einer allerdings abgeschwächten Form gehalten. Brigitte Behal beschreibt die ersten politischen Schritte Reimanns nach Ende des Zweiten Weltkrieges folgendermaßen:

„Da Viktor Reimann erst nach 1949 den Schritt aus der Anonymität in die Öffentlichkeit machte, gab es über seine politischen Überzeugung erst mit der VdU-Gründung eine mehr oder weniger eindeutige, persönliche Stellungnahme. Über seine politische Positionierung vor 1945 äußerte er sich oft widersprüchlich und später – nach 1986 – nur unter dem Druck der Medien und der Fakten, welche von Historikern der Zeitgeschichte und Journalisten recherchiert wurden.“³⁴

Die Dritte Kraft in Österreich

Bemerkenswerterweise pocht Reimann in seiner Einleitung darauf, dass er keine Biografie schreiben wollte, sondern eigentlich ein Buch über die „Dritte Kraft“. Bis zu einem gewissen Grad ist auch dieses Buch eine Rechtfertigungsschrift, weil aus dem VdU nicht das geworden ist, was sich seine Gründer vorgestellt haben. Reimanns Schilderung beginnt im Jahr 1945 und beschreibt die Geschichte des VdU, die Probleme der Gründung desselben sowie den turbulenten Wahlkampf 1949.

Während das Buch von Kraus eher theoretische Überlegungen birgt und fast schon im Sinne einer wissenschaftlichen Arbeit zu lesen ist, legt Reimann seinen Schwerpunkt auf die praktischen und zwischenmenschlichen Probleme, die es bei der Parteigründung gab. Keiner der beiden Autoren lässt jedoch allzu Privates in sein Buch einfließen. Schärf und Helmer werden als Protagonisten einer vierten Partei beschrieben – leider ohne tiefer greifende Erläuterungen.

Dr. Fritz Stüber

Bei dem Buch „Ich war Abgeordneter“ von Fritz Stüber handelt es sich um die Rechtfertigung der Person Stüber.³⁵

³³ Behal: Reimann, S. 17.

³⁴ Behal, Reimann, S. 17.

³⁵ Reimann: Dritte Kraft, S. 8.

Stüber, nach den Nationalratswahlen 1949 Wiener Landesobmann, kam aus dem Kreis der Schönerianer. Während der nationalsozialistischen Diktatur hatte er Hitlerhuldigungen verfasst. Nach Kriegsende sah er es als „heilige Pflicht“ an, den Niedergang des nationalen Gedankengutes zu verhindern. Die harten Maßnahmen der Großparteien gegen die Nationalsozialisten haben vermutlich Stübers Widerstandsgeist geweckt. Er trat der „Verfassungstreuen Vereinigung“ bei, wurde bei deren Auflösung im Sommer 1948 verhaftet und nach mehreren Monaten im Februar 1949 wieder entlassen. Als der VdU gegründet wurde, bot Stüber seine Mitarbeit an. Er prägte daraufhin das „romantisch-nationale“ Image der Wiener Partei. Seine Grundwerte waren ihm immer bedeutender als eine tatsächliche Regierungsmitwirkung, deshalb verachtete er auch die Bemühungen von Kraus, an der Regierung teilhaben zu wollen. Dies zeigte sich besonders während des Auflösungsprozesses des VdU.³⁶

Er schreibt in seiner Biografie auch, für wen er sich in der Politik eigentlich einsetzen wollte und fasst die Entnazifizierungsthematik in eindrücklichen Worten zusammen. Er wendet sich direkt gegen das Kriegsverbrechergesetz und das Nationalsozialistengesetz:

„Wurde sie nicht durch die politische Nachkriegsgesetzgebung absichtlicher verwischt, da das Kriegsverbrechergesetz und das Nationalsozialistengesetz bewusst kriminelle und politische Tatmerkmale vermengen, um den Eindruck der Verwerflichkeit bloßer Formaldelikte, erst nachträgliche zu Verbrechen gestempelter Äußerungen der politischen Gesinnung, künstlich zu erzeugen und zu erhöhen?“³⁷

Um seine Ansichten betreffend die Entnazifizierungsgesetzgebung zu untermauern, greift er auch auf emotionalisierende Argumentation zurück, die ihn zum Retter „Unschuldiger“ werden lässt:

„Ich war nicht blind gegen das Leid, die Not, das Unglück, das Unrecht, das die anderen erlitten hatten, die politische Verfolgten der NS-Zeit, die KZler, die Juden. Ich verstand schon, dass diese Opfer der in unserem Jahrhundert generell auf dem ganzen Erdball ausgebrochenen Barbarei Wiedergutmachung, Ersatz für ihr verlorenes Stück Leben – soweit es einen solchen Ersatz überhaupt geben kann –

³⁶ Reimann: Dritte Kraft, S. 126-129; Müller-Kingspor, Neubegründung S. 173; Kraus: Objektivität, S. 275; Svoboda, Wilhelm: Die Partei, die Republik und der Mann mit den Vielen Gesichtern, Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien, 1993, S. 106.

³⁷ Stüber, Fritz: Ich war Abgeordneter, Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich. Leopold Stocker Verlag, Graz 1974, S. 47.

und auch Sühne für begangene Verbrechen forderten. Aber ich verstand nicht und werde es niemals verstehen, dass Leid gegen Leid, Not gegen Not, Unglück gegen Unglück, Unrecht gegen Unrecht aufgerechnet werden sollen wie Ziffern in einer Kaufmannsrechnung und dass es früheren Verfolgten Befriedigung bereiten kann, nun selber Verfolgter zu sein. Verfolger sehr oft auch unschuldiger Menschen, die ihnen persönlich nie etwas zuleide getan, nicht selten sogar noch geholfen hatten.

Diesen Unschuldigen zu helfen war mein fester Vorsatz, Ihn prägte ich mir nochmals ein, als ich um Februar 1949 aus mein Haft entlassen wurde und zum letztenmal meinen Häfenbrüdern vom Hof des Gefangenenhauses aus zuwinkte.³⁸

Die Biografie gibt gute Einblicke in die Diskussionsrunden der Nationalen. Für sie war von Anfang an klar, dass Kraus nur ein Strohmann sein würde, bis sich die Zeit geändert hat und die Nationalen wieder offen auftreten durften. Dies war nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages der Fall. Es gab keine Alliierten mehr, die ein Veto einlegen konnten und die Nationalen übernahmen den VdU endgültig.

Dr. Adolf Schärf

Adolf Schärf wurde 1890 in Nikolsburg, einer Kleinstadt in Mähren, als Sohn einer relativ erfolgreichen Handwerkerfamilie geboren. Nach der Matura 1909 am Humanistischen Gymnasium in Hernals studierte er an der Universität Wien Rechtswissenschaften. In seiner Schulzeit erfuhr er die erste politische Prägung, er trat der Ortsgruppe Jugendlicher Arbeiter bei und war 1908 einer der Mitbegründer der Sozialistischen Mittelschülervereinigung. Aus dieser Verbindung ergaben sich bald Kontakte mit einigen der führenden Intellektuellen der Sozialdemokratie, zum Beispiel Viktor Adler, Karl Renner, Karl Seitz, Otto Bauer und Engelbert Pernersdorfer. Er meldete sich freiwillig zum Militär und leistete bis 1918 Kriegsdienst an der italienischen Front. Schärf wurde Sekretär für den Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung, und bald wurde er auch Klubsekretär. Diese Funktion war mit der Teilnahme an den Parteivorstandssitzungen mit beratender Stimme verbunden. Schärf erlangte dadurch gewissen Einfluss in der Partei.³⁹

Schärf wurde am 12. 2. 1934 im Parlament verhaftet und blieb bis 17. 5. 1934 inhaftiert. Diese Zeit verbrachte er hauptsächlich im Internierungslager Wöllersdorf, wo er zahlreiche Kontakte zu anderen internierten Sozialdemokraten

³⁸ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 48.

³⁹ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 71.

hatte. 1938 wurde er zum zweiten Mal verhaftet, nach dem Attentat auf Hitler erfolgte die dritte Verhaftung für einige Monate.

Schärf war 1934 als Beamter vom Dienst suspendiert worden. Im Jahr 1935 legte Schärf im Alter von 44 Jahren die Rechtsanwaltsprüfung ab, da er sich für ein Pensionistendasein noch zu jung fühlte. Diesen Beruf übte er dann auch bis 1945 aus.

Bereits 1933 hatte er als Mitglied des Bundesrates und als zentrale Figur im Netzwerk der Kontakte an Bedeutung gewonnen. Nach den ersten Wahlen 1945 wurde Schärf Vizekanzler der ersten Regierung der Zweiten Republik. Bis 1957 war Schärf Vorsitzender der SPÖ und Vizekanzler. Am 5. 5. 1957 wurde er zum Bundespräsidenten gewählt.⁴⁰

Oskar Helmer

Oskar Helmer wurde 1881 als viertes Kind eines Jagdgehilfen und einer Dienstmagd in Oberwaltersdorf geboren und wuchs unter ärmlichsten Bedingungen auf und in die sozialen Spannungen des österreichischen Liberalismus hinein.

Seine politische Sozialisation erfolgte durch zwei gegensätzliche Lebenswelten. Irene Etzendorfer beschreibt dies folgendermaßen: „Ein sozial verängstigtes, noch an feudale Strukturen gebundenes Elternhaus war bestrebt, dem Sohn ein ständisches Modell des sozialen Ausgleichs zu vermitteln, während ein von emanzipatorischen gesellschaftlichen Idealen geprägtes Umfeld neue Ordnungsmuster anbot.“⁴¹

Helmer begann mit 14 Jahren eine Buchdruckerlehre in Wiener Neustadt und verließ dafür sein Elternhaus. Wiener Neustadt war darüber hinaus ein Industriezentrum der niederösterreichischen Arbeiterbewegung. Über die Nebenorganisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) gelang ihm mithilfe seines Mentors Karl Renner der stufenweise Aufstieg in den Parteivorstand. Die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und die Errichtung des autoritären „Ständestaates“ entzogen Oskar Helmer jedoch seine

⁴⁰ Müller, Wolfgang C.: Adolf Schärf, in: Herber Dachs, Peter Gerlich, Wolfgang C. Müller Hg. Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, S 502-511 sowie Stadler, Karl R.: Adolf Schärf Mensch, Politiker Staatsmann.

⁴¹ Etzendorfer Irene: in: Herber Dachs, Peter Gerlich, Wolfgang C. Müller Hg. Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995. S. 216.

Lebensbasis als Berufspolitiker. Er fand Arbeit der „Assicurazioni Generali“, einer Versicherungsgesellschaft, die politisch Verfolgten Unterschlupf gewährte. Helmer wurde im Zuge der Bürgerkriegsereignisse des Februar 1934 verhaftet und für mehrere Monate inhaftiert.

Im April 1945 kehrte Oskar Helmer wieder in die Politik zurück. Am 20. Dezember 1945 wurde er Innenminister, diese wichtige politische Schlüsselposition füllte er ohne Unterbrechung bis 1959 aus. Gleichzeitig war er Parteiobmann der niederösterreichischen SPÖ und verfügte somit über ein Machtpotenzial, das ihn zu einem der wichtigsten Entscheidungsträger innerhalb des politischen Systems der Zeiten Republik werden ließ. 1959 schied Oskar Helmer aus allen politischen Funktionen aus, und zog sich in seinem Heimatort Oberwaltersdorf zurück, wo er seine Memoiren verfasste und am 13. Februar 1963 verstarb.

Dr. Alfons Gorbach

Alfons Gorbach wurde am 2. September 1898 in Imst als ältestes von sechs Kindern geboren. Der Vater, ein Stationsvorsteher der k.u.k. Staatsbahnen, war christlichsozialer Parteiaktivist, 1928 bis 1932 Bürgermeister von Wörschach, Mitglied des Orts- sowie Bezirksschulrates und Gründungsmitglied eines katholischen Arbeitervereins. Mit ihm besuchte Alfons Gorbach bereits als Zwölfjähriger die ersten politischen Versammlungen, deren aggressive Atmosphäre seine politische Sozialisation mitbestimmte.

Er besuchte nach der Volksschule das fürstbischöfliche Gymnasium in Graz, um dem Wunsch eines Vaters zu entsprechen und Priester zu werden. Noch vor Abschluss des Gymnasiums rückte er 1916 zum Infanterieregiment 7 ein und wurde an die Isonzo-Front verlegt. Dort wurde er schwer verwundet und verlor ein Bein. Nach seiner Rückkehr nach Graz holte er die Reifeprüfung nach, inskribierte 1919 an der Karl-Franzens-Universität Graz Jus und trat der CV-Verbindung „Carolina“ bei. Bereits während seiner Studienzeit war Gorbach in der Grazer Stadtorganisation der christlichsozialen Partei tätig geworden und startete seine politische Karriere bei der Grazer Gemeinderatswahl 1929, als er für die Christlichsozialen in den Gemeinderat einzog, dem er bis 1932 angehörte. Nach einer persönlichen Begegnung mit Bundeskanzler Dollfuß wurde er von diesem zum Landesführer der Vaterländischen Front ernannt. Mit der Ernennung zum

steirischen Landesrat 1937 erfuhr seine politische Karriere einen vorläufigen Höhepunkt.

Gorbach reiste im März 1938 nach Wien, um Schuschnigg zu einem härteren Vorgehen gegen die Nationalsozialisten in der Steiermark aufzufordern. Zu diesem Gespräch kam es nicht mehr, da er von einem Grazer Nationalsozialisten verraten und am 1. April 1938 in Wien verhaftet wurde. Er wurde mit dem ersten Österreichertransport nach Dachau gebracht und verbrachte insgesamt 5 Jahre und acht Monaten in Konzentrationslagern.

Die Prägung durch diese Jahre machte aus dem Konfrontationspolitiker der Ersten Republik einen engagierten Befürworter der Zusammenarbeit der beiden großen Lager der Nachkriegszeit und einen Verfechter einer Versöhnungspolitik gegenüber den minderbelasteten Nationalsozialisten. Er war der Überzeugung, dass die Zweite Republik nur mit, nicht jedoch ohne oder gegen die minderbelasteten Nationalsozialisten aufzubauen sei.

Sofort nach seiner Rückkehr aus dem Konzentrationslager wurde er politisch aktiv: Juli 1945 wurde er stellvertretender Parteibmann der steirischen ÖVP und 1946 Landesparteiobmann. Für die Nationalratswahl vom 25. November 1945 wurde er als Listenführer der ÖVP im Wahlkreis Graz nominiert, von Bundeskanzler Figl zum Dritten Nationalratspräsidenten vorgeschlagen. Diese Funktion übte er zwischen dann in den Jahren 1945 bis 1953 sowie 1956 und 1961 aus.

Er bekleidete das Amt des Bundeskanzlers von 1961 bis 1964 und kandidierte danach für das Amt des Bundespräsidenten. Seine Arbeit im Nationalrat beendete er im hohen Alter von 72 Jahren.⁴²

⁴² Kriechbaumer, Robert: Alfons Gorbach, in: Dachs Herbert; Gerlich Peter; Müller Wolfgang C. (Hg.) Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995 Manz. S. 160 - 168. sowie Svoboda Wilhelm: Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern.

Realpolitische Grundlagen

Memoiren stellen immer persönliche Reflexionen dar, sie sind – wie im Falle dieser Arbeit – jedoch untrennbar mit einer der schwierigsten Phasen der Zweiten Republik verwoben. Österreich, das nach dem Zweiten Weltkrieg zwar offiziell den Opferstatus für sich beansprucht⁴³, wird jedoch spätestens im Zuge der durch die Alliierten mehr oder weniger erzwungenen Entnazifizierungsmaßnahmen von den realpolitischen Verhältnissen eingeholt. Die Entnazifizierung stellte die dritte politische Säuberung nach den Maßnahmen des Ständestaates und der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 in kurzer Zeit dar. Der Elitenaustausch nach 1945 war eher auch praktisch kaum zu bewältigen. Viele Spannungen, die sich insbesondere im Zuge der politischen Machtkämpfe der Dreißigerjahre aufgebaut hatten, waren noch nicht aufgearbeitet und brodelten nun unter der glatten politischen Oberfläche weiter. Dem Mythos des „Geists der Lagerstraße“⁴⁴, der später als Beispiel für die hervorragende Zusammenarbeit rot-schwarzer Koalitionen instrumentalisiert wurde, tritt insbesondere die Memoirenliteratur entgegen.

Das folgende Kapitel dient einem Einstieg, in dem die Phasen der Entnazifizierung, die damit zusammenhängende Gesetzgebung und der politische Diskurs zum Thema Entnazifizierung präsentiert werden. Auf dieser Basis werden die jeweiligen persönlichen Reflexionen in der Memoirenliteratur beschrieben.

Entnazifizierung in Österreich

Entnazifizierung – ein Definitionsversuch

Ein amerikanischer Politologe fasste im April 1945 für die US-Besatzungsdirektiven die folgenden neun Aufgabengebiete unter dem neuen Begriff „Entnazifizierung“ zusammen⁴⁵:

- *Auflösung der NSDAP*

⁴³ Steininger Rolf: Der Staatsvertrag, Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938 bis 1955, Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen 2005, S. 21.

⁴⁴ Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates, Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (1890-1990), Wien 1994, S. 397.

⁴⁵ Schuster Walter, Weber Wolfgang. , Entnazifizierungspolitik im regionalen Vergleich: Der Versuch einer Bilanz, in: Schuster Walter, Weber Wolfgang(Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Archiv der Stadt Linz, Linz 2004, S. 15 - 41, S. 16.

- *Ausmerzung des Nationalsozialismus aus deutschen Gesetzen und Verordnungen,*
- *Abschaffung von NS-Symbolen, Straßennamen und Denkmälern,*
- *Beschlagnahme des Vermögens und der Unterlagen der NSDAP,*
- *Verbot von aus der NS-Herrschaft herrührenden Privilegien*
- *Internierung von NS-Führern,*
- *Ausschließung von mehr als nur nominellen Mitgliedern der NSDAP vom öffentlichen Leben*
- *Unterbindung von NS-Indoktrination in jeder Form*
- *Verbot von Paraden und NS-Demonstrationen.*⁴⁶

Unter der Entnazifizierung versteht man die Beseitigung der nationalsozialistischen Elemente in der Gesellschaft. In Österreich verstand man unter Entnazifizierung primär die Entfernung von „Reichsdeutschen“ aus beruflichen Positionen.⁴⁷

In der Folge wurde der Begriff „Entnazifizierung“ in zweifacher Hinsicht verwendet: Zum einem als Synonym für die politische Säuberung der deutschen und österreichischen Nachkriegsgesellschaft nach dem Ende der NS-Herrschaft, zum anderen beschreibt er den Prozess der Personalsäuberungen, der vor allem mit den Kategorien „Arrest“ und „Amtsenthebung“ behaftet war.

Probleme und Ziele der Entnazifizierung

Für die Regierung Renner 1945 war die Entnazifizierung im Zusammenhang mit der Wiedererlangung der Souveränität, der Wiedererrichtung eines Rechtsstaates, der Wiedererrichtung eines demokratischen Systems und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sehen.

Bei allen Staatsvertragsverhandlungen wurde von den Alliierten darauf hingewiesen, dass dieser erst möglich sein, wenn die Entnazifizierung zufriedenstellend durchgeführt werde.

Die beiden großen Parteien, ÖVP und SPÖ, vertraten den Standpunkt, dass die Entnazifizierung im Rahmen des Rechtsstaates durchgeführt werden sollte. Die Basis für die Entnazifizierung sollte ein ordentliches Verfahren vor Gericht bilden. Die rechtsstaatlichen Prinzipien konnten nicht immer eingehalten werden. Die NS-

⁴⁶ Schuster Walter, Weber Wolfgang, Entnazifizierungspolitik im regionalen Vergleich, S. 16.

⁴⁷ Ebenda, S. 29.

Verbrechen sollten auf jeden Fall geahndet werden, es wurden aber auch solche Verbrechen geahndet, die vom vorigen Regime gefördert oder toleriert worden waren. Die rückwirkende Geltung der Gesetze, das Prinzip der Kollektivschuld und anderes mehr widersprachen der österreichischen Rechtstradition. Die Entnazifizierung war, soweit es möglich war, nach den Regeln des Rechtsstaates durchzuführen, auch wenn sie dadurch weniger effizient war.⁴⁸

Auf politischer Ebene mussten die NS-Organisationen aufgelöst werden und durch neu aufgebaute demokratische Institutionen ersetzt werden. Die Eliten mussten ausgetauscht und in der Verwaltung wieder demokratische Strukturen geschaffen werden. Der bürokratische bzw. administrative Aufwand für die Ausschaltung der Nationalsozialisten aus dem politisch-gesellschaftlichen Leben war vielschichtig.

Er reichte von Masseninternierungen durch die Alliierten, Registrierung der NSDAP-Mitglieder, der zeitweisen Aberkennung der bürgerlichen Rechte über Entlassungen und Dienstsuspendierungen und Berufsverbote aufgrund der Mitgliedschaft in der NSDAP bis hin zu Strafsteuern, den sogenannten „Sühneabgaben“. Das alles stellte für die Wiedererrichtung eines demokratischen Systems ein Problem dar. Durch eine konsequente Durchführung der politischen Säuberung schien der Wiederaufbau eines demokratischen Systems gefährdet, da etwas 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung von allen politischen Rechten ausgeschlossen war. Eine solche Vorgehensweise gab den ehemaligen Nationalsozialisten ein starkes Argument in die Hand.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau drohte zu einem Hindernis für die Entnazifizierung zu werden. Viele der Entnazifizierungsmaßnahmen, wie Berufsverbote, Vermögenssperren, vor allem aber die Entlassungen trafen den wirtschaftlichen Bereich.

Ernst Hanisch sieht im Wesentlichen drei Möglichkeiten, ein Volk über Nacht zu Demokraten zu erziehen: Erstens, der revolutionäre Volkszorn fegt die Nationalsozialisten hinweg, einschließlich blinder Massaker (wie in Italien), die dabei auftreten; zweitens die bürokratisch-summarische Lösung und drittens die rechtsstaatlich individuelle Regelung.⁴⁹ Er scheidet die erste und die dritte

⁴⁸ Stiefel, Dieter: Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich, in: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter; Rathkolb, Oliver (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945– 1955, Wien 1986, S. 28-36, S. 34 f.

⁴⁹ Hanisch: Der lange Schatten des Staates, S. 422.

Möglichkeit aus, da es in Österreich diesen Volkszorn nicht gab und die Revolution von unten nicht der österreichischen Tradition entsprach. Die rechtsstaatlich individuelle Lösung hätte für zehn bis fünfzehn Jahre die Gerichte beschäftigt, vorausgesetzt, es wären nichtnationalsozialistische Richter zu finden gewesen.

Die Phasen der Entnazifizierung

Die Entnazifizierung stellt in Österreich keinen einheitlichen Prozess dar. Die erste Phase der Entnazifizierung stellt laut dem Historiker Stiefel ein „militärisches Sicherheitsbedürfnis“ dar und erstreckt sich von Mai bis Juni 1945. Ab Mai 1945 bis Februar 1946 versuchten in Österreich sowohl die Alliierten in ihren jeweiligen Besatzungszonen als auch die Provisorische Staatsregierung Renner in der sowjetischen Besatzungszone Ostösterreichs die Entnazifizierung durchzuführen.

Dieter Stiefel teilt die Entnazifizierung in fünf Phasen:⁵⁰

- *April 1945 bis Juni 1945, die militärische Sicherheitsphase, in der hauptsächlich Internierungen durch die Alliierten vorgenommen wurden.*
- *Von Juni 1945 bis Februar 1946, die Phase der autonomen Entnazifizierung durch die Alliierten. In dieser Phasen versuchten fünf verschiedenen Instanzen (die österreichische Regierung und die vier Besatzungsmächte) in den einzelnen Besatzungszonen die Entnazifizierung durchzuführen, was zu Überschneidungen und widersprüchlichen Maßnahmen führen musste.*
- *Von Februar 1946 bis Februar 1947, die Phase der österreichischen Entnazifizierung aufgrund der Gesetze von 1945 (Verbotsgesetz, Wirtschaftssäuberungsgesetz und Kriegsverbrechergesetz). Im Februar 1946 wurde der österreichischen Regierung die Entnazifizierungskompetenz für das ganze Land übertragen, die Alliierten zogen sich auf eine Kontrollfunktion zurück. Die Ergebnisse dieses autochthonen Entnazifizierungsprozesses waren jedoch auch unbefriedigend.*
- *Von Februar 1947 bis Mai 1948, die Phase der österreichischen Entnazifizierung auf Grundlage des Gesetzes von 1947. In dieser Phase wurden die vorgegebenen Entnazifizierungsmaßnahmen durchgeführt und abgeschlossen.*

⁵⁰ Stiefel, Dieter: Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich: Leistungen, Defizite, Perspektiven, in: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S. 44.

- 1948 bis 1957, die Zeit der Amnestien.

Die Entnazifizierung – Strategie und Zielsetzung der Alliierten

Der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus verband die Alliierten, die gesellschaftspolitisch unterschiedlichste Ansichten vertraten. In einer ersten Konferenz in Jalta fassten die „großen Drei“ ihre Vorstellungen in der Entnazifizierung erstmals zusammen, ein halbes Jahr später kam es zu einem weiteren Treffen, um die Ziele der Entnazifizierung genauer zu formulieren. Darin enthalten war die unbedingte Forderung nach der Auflösung der NSDAP, der Entfernung aller Naziführer und aller einflussreichen Förderer des Systems sowie aller führenden Beamten des NS-Apparates. Die Aufhebung aller Nazigesetze, welche die Basis für das Hitlerregime dargestellt hatten, stellte einen weiteren wichtigen Punkt dar, sowie die Kontrolle des gesamten Informationswesens und des kulturellen Bereiches.⁵¹

In der Umsetzung waren die Besatzungsmächte sehr unterschiedlich.

Franzosen

Die Franzosen suchten von Beginn an die Kooperation mit den von ihr autorisierten und eingesetzten regionalen Zivilverwaltungen. Sie verfolgten eine ähnliche Zielsetzung in der Entnazifizierungspolitik, aber ohne langfristige Pläne, denn sie hatten kein vorgefertigtes Entnazifizierungsprogramm. Sie reagierten unmittelbar auf die gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem großen Spielraum für die örtliche Militärregierung. Das französische Verhalten war – man könnte es kurzfristigen Pragmatismus nennen – an unmittelbaren Erfordernissen orientiert und wies kaum eine langfristige politische Linie auf.⁵² Nach der Anerkennung der Regierung Renner als gesamtösterreichische Regierung durch die westösterreichischen Länder zog sich Frankreich aus einer aktiven Rolle bei der administrativen Säuberung zurück. Die Tiroler und die Vorarlberger Landesregierungen waren angehalten, die Entnazifizierung auf Grundlage des Verbotsgesetzes zu administrieren. Frankreich machte Druck auf die Zivilverwaltung, wenn es seiner Meinung nach zu langsam

⁵¹ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, Wien-München-Zürich 1981, S. 23 f.

⁵² Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 38.

ging oder falsche Rücksicht geübt wurde.⁵³ Karl Gruber beschreibt in seinem Buch „Ein politisches Leben“ einige „Entnazifizierungsmaßnahmen“ der Franzosen.⁵⁴ So wurden zum Beispiel um die Jahresmitte 1945 Regierungsräte (!) verhaftet, da ihnen der österreichische Amtstitel (der mit der Regierung nichts zu tun hatte) nicht bekannt war.

*Dort bedurfte es eigentlich schon sehr guter Beziehungen zur Generalität, um gewisse Dummheiten allergrößten Ausmaßes zu verhindern, oder deren Folgen wieder gutzumachen.*⁵⁵

Ein anderes Mal beschreibt er wie die gesamte Innsbrucker Polizei in einem Kasernenhof eingesperrt wurde, weil sie in „wehrmachtsähnlicher“ Uniform ihren Dienst versehen hatte. Der Kompromiss, der zwischen ihm und dem kommandierenden General gefunden werden konnte war, dass Gruber für jeden „persönlich bürgen“ musste, was er folgendermaßen beschreibt:

*So geschah es denn tatsächlich zu Innsbruck, dass ich als Chef der Zivilverwaltung des Landes Tirol mit einem hohen amerikanischen Offizier am Gefängnistor stand und auf die Frage eben dieses amerikanischen Offiziers „Do you know him?“ 320 mal mit „Yes, I know him“, antwortete. Ich habe damals im Interesse der inneren Sicherheit des Landes Tirol innerhalb dieser merkwürdigen Stunde gezählt 320 Lügen ausgesprochen, denn ich kannte natürlich von diesen Leuten nicht einen einzigen wirklich persönlich.*⁵⁶

Russen

Die russische Haltung zeichnet sich durch einen deutlichen Pragmatismus aus, den man als langfristig bezeichnen kann. Die Grundlinie der sowjetischen Entnazifizierung war die schnelle und formlose Wiederintegration der sogenannten »kleinen Parteigenossen«.⁵⁷ Die Sowjetunion hielt sich bei der Entnazifizierung in Österreich weitgehend zurück und sah sich eher als Moderatorin im Prozess der administrativen Säuberung. Die Arbeit sollten wie in der französischen Besatzungszone die österreichischen Behörden übernehmen. Die Vorgehensweisen dieser wurden allerdings kommentiert und in Einzelfällen

⁵³ Schuster Walter; Weber Wolfgang: Entnazifizierungspolitik der Besatzungsmächte; S. 24.

⁵⁴ Gruber, Karl: Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen, Verlag Fritz Molden, Wien München Zürich 1976, S. 62.

⁵⁵ Gruber, Karl: Ein politisches Leben, S. 62.

⁵⁶ Ebenda, S. 62.

⁵⁷ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 41.

schritten die Russen radikal ein. Es kam zu willkürlichen Verhaftungen und Verschleppungen.⁵⁸ Nach den Wahlen im November 1945, bei denen die KPÖ nur 4 Prozent der Stimmen erreicht hatte, änderte sich die Haltung der Russen. Sie kritisierten die Rechtsgrundlage und auch die angeblich mangelhafte Anwendung der Entnazifizierungsgesetze.

Amerikaner und Briten

Die Amerikaner und Briten gingen am systematischsten an die Entnazifizierung heran. Beide hatten noch während des Krieges ihr Verhaftungsprogramm ausgearbeitet, das zwei Gruppen vorsah: Die erste Gruppe umfasste alle, die wichtige Positionen in der nationalsozialistischen Bewegung oder in der Reichsregierung innegehabt hatten. Ihre Verhaftung erfolgte aufgrund der Stellung und nicht wegen individueller Schuld. Die zweite Gruppe wurde mittels Namen persönlich geahndet und stand auf einer schwarzen Liste (Londoner Liste). Außer diesen »category arrests« stand es den Militärbehörden auch frei, nach Bedarf »discretory arrests« durchzuführen, also Verhaftungen nach freiem Ermessen. Sowohl die Briten als auch die Amerikaner versuchten, mit Fragebögen die ehemaligen Nationalsozialisten zu erfassen. Sie scheiterten an der großen Zahl der Fragebögen und konnten das System nicht lange aufrechterhalten. Zum einen füllten die Betroffenen die Fragebögen nicht freiwillig aus, zum anderen war der Umfang dieser ehrgeizigen Pläne zu groß. In der deutschen US-Zone wurden bis Anfang April 1946 etwas 1,6 Millionen Personen mit Fragebögen erfasst. Das waren aber erst 10 Prozent der dortigen Bevölkerung. Die konkrete Feststellung des Schuldausmaßes des Einzelnen aufgrund von Fragebögen brachte die Amerikaner in arge Schwierigkeiten.

In der Phase der Befreiung und Besetzung Europas 1944/45 waren die Amerikaner derartig schockiert von den Gräueltaten der Nationalsozialisten, dass die Entnazifizierungsforderungen der Amerikaner ein revanchistische Maß annahmen. Das Hauptargument diese Politik zu ändern, war das Primat der Wirtschaft. Man kam zu einer moderateren Entnazifizierungspolitik, die auch Reintegration beinhaltete.⁵⁹

⁵⁸ Schuster, Walter/Weber Wolfgang: Entnazifizierungspolitik der Besatzungsmächte. S. 25.

⁵⁹ Ebenda, S. 26.

Die Entnazifizierungspolitik Großbritanniens war ähnlich die der USA. Das Anfangskonzept sah einen radikalen Elitentausch vor, nach den ersten Monaten musste dieses Konzept geändert werden. Die Fundamentalisten wollten nicht von den Zielen der Entnazifizierung ablassen und verteidigten die Notwendigkeit von Speziallagern für NS-Belastete und die Entlassung der Nationalsozialisten aus leitenden Stellen im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft. Die Realisten sahen das übergeordnete Ziel der Demokratisierung und forderten rasche soziale Reintegration auch belasteter ehemaliger Nationalsozialisten.⁶⁰ Sie führten Entlassungen und Beschäftigungsverbote durch und errichteten ebenfalls Internierungslager, sahen aber von direkten Strafmaßnahmen ab.

Die Verhaftungswelle der Alliierten in der ersten Besatzungsphase in Österreich hielt sich in Grenzen. Bis Mai-Juni 1945 dürfte die Zahl der Verhaftungen 10.000 nicht überschritten haben.⁶¹

Internierungslager

Die Amerikaner und Briten errichteten Internierungslager für ehemalige Nationalsozialisten. Die bekanntesten waren das Lager in Glasenbach bei Salzburg und in Wolfberg. Die Alliierten sahen in der Internierung eine militärische Maßnahme, die man mit der Kriegsgefangenschaft vergleichen kann.⁶² Sie wollten ihrer Meinung nach politisch gefährliche Personen in Lagern isolieren.

„Geist von Glasenbach“

Die österreichischen Behörden kritisierten diese Lager stark, da dort Kriegsverbrecher und NS-Bonzen zusammen „Minderbelasteten“ einsperrt wurden. Zudem wurde es möglich, dass die hohen NS-Funktionäre die Führung übernehmen konnten und die Mitläufer ideologisch weiterschulten.⁶³ Bis zum Herbst 1946 waren 50.000 Personen verhaftet. Aber Bestrafung und »Umerziehung« klafften weit auseinander.⁶⁴ Im amerikanischen Lager Glasenbach, wo 12.000 Menschen inhaftiert waren, lässt sich zeigen, dass nicht einmal der Versuch unternommen wurde, die »Entnazifizierung« im geistigen

⁶⁰ Ebenda S. 26.

⁶¹ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S.24.

⁶² Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 263.

⁶³ Schuster, Walter: Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich. In: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S. 157-215, S. 197.

⁶⁴ Hanisch: Der lange Schatten des Staates, S. 423.

Bereich durchzuführen. Die amerikanischen Bewachungsorgane erlaubten den Insassen die Selbstverwaltung. Dadurch wurde das Wiederaufleben alter Befehlsstrukturen und auch die erneute Etablierung der „Goldfasane“ ermöglicht.⁶⁵ Durch die schikanöse, aber keinesfalls lebensgefährliche Sonderbehandlung entstand ein „Wir-Bewusstsein“. Der Spruch, in Glaserbach und Wolfsberg sei die NSDAP neu gegründet worden, beschreibt einen gewissen soziologischen Sachverhalt durchaus zutreffend.⁶⁶ Die Härte des Gefangenenlagers schweißte die Häftlinge zusammen und verstärkte das Gefühl, selbst »Unrecht« zu leiden.⁶⁷ Lothar Höbelt bezeichnet Hartleb als ein gutes Beispiel dafür:

*Er hatte mit den Apparatschiks der NSDAP stets schlechte Erfahrungen gemacht, war aber in Wolfsberg zur Auffassung gelangt, war für prächtige Menschen sich doch darunter befanden.*⁶⁸

Die amerikanischen Truppen errichteten ein Internierungslager in Glaserbach bei Salzburg, in das alle als prominent bezeichneten Nationalsozialisten eingeliefert wurden. Die österreichischen Behörden erhielten keinen Einblick in die Vorgehensweise der Alliierten, im Gegenteil, österreichischen Organen war jedes Betreten der Lager verboten.⁶⁹ Auch über Lager Wolfsberg hatte die österreichischen Behörden keine Detailkenntnisse, sie waren weder an den Verhaftungen beteiligt, noch erhielten sie Listen der Internierten.⁷⁰

Oskar Helmer schätzt die Zahl der dort untergebrachten Personen auf 3000. In den Internierungslagern wurde den Häftlingen die Möglichkeit geboten, Sprachkurse zu besuchen. Ein Vergleich mit den deutschen Konzentrationslagern, in denen Menschen „zu Tode gemartert wurden“⁷¹, kann keinesfalls gemacht werden. Weitere Internierungslager der Amerikaner und Briten gab es in Wolfsberg, in Tulln und in Korneuburg usw.

Die Internierungslager hatte auch eine moralische Wirkung. Sie schienen den

⁶⁵ Svoboda, Wilhelm: „...vorbehaltlos meine Pflicht erfüllt“. Das Internierungslager Glaserbach (Camp „Markus W. Orr“), in: Zeitgeschichte 1-2/ 22. Jahrgang/ 1995, S. 3-29, S 5.

⁶⁶ Höbelt, Lothar: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Leopold Stocker Verlag, Graz, 1999 S. 68.

⁶⁷ Hanisch: Der lange Schatten des Staates, S. 423.

⁶⁸ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 68.

⁶⁹ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 6. Auflage, 1955, S. 144.

⁷⁰ Wadl Wilhelm, Entnazifizierung in Kärnten, in: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S. 251-266, S. 253.

⁷¹ Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 267.

ehemaligen Nazi recht zu geben, die behaupteten, die Alliierten seien auch nicht besser. „Die Glasenbacher“ hielten auch nach der Auflösung des Lagers untereinander Kontakt, organisierten Jahrestreffen und gaben sogar eigene Mitteilungen heraus.⁷²

Die beiden österreichischen Parteien wollten nach den Prinzipien des Rechtsstaates vorgehen und nur solcher Personen in Haft lassen, die von einem Gericht verurteilt worden waren. Sie waren gegen die Internierungslager, da sie nicht in das österreichische System der Entnazifizierung passten.

Die Briten übergaben bis zum September 1946 850 Personen an die österreichischen Behörden, etwa die Hälfte davon wurde wieder eingesperrt. In Österreich war man der Meinung, dass Konzentrationslager nicht geeignet sind, politische Gegner zu überzeugen. Man hatte auch Einwände dagegen, große und kleine, Mitläufer und schwere Nazi zusammenzusperrten.

Am 5. August 1947 wurde das größte Internierungslager, Marcus W. Orr in Glasenbach bei Salzburg, von der amerikanischen Besatzungsmacht feierlich den Österreichern übergeben. In diesem Lager hatten sich im März 1947 noch 8.500 Personen befunden, darunter 135 Frauen.

Die Kritik von österreichischer Seite erreichte ihren Höhepunkt, als Ende 1947 von den österreichischen Sicherheitsbehörden eine – von einem Grazer Kaufmann organisierte und über den Schwarzmarkt finanzierte – nationalsozialistische Untergrundorganisation aufgedeckt wurde, die ihren Anfang in den Internierungslagern genommen hatte. Der österreichische Innenminister bezeichnete diese Nazi-Verbindung als Folge der Internierungslage:

Nach dem neuen Nationalsozialisten Gesetz 1947 begannen auch die Alliierten im März die Lager abzubauen bzw. den österreichischen Behörden zu übergeben. In den Alliierten Lagern befanden sich im Mai 1947 noch 10.383 Personen.

In der österreichischen Entnazifizierungsgesetzgebung waren Anhaltelager zwar vorgesehen, aber das für die Bestimmung notwendige Durchführungsgesetz wurde nicht erlassen. Daher blieb die Errichtung von Anhaltelagern – ganz im Sinne der der Entnazifizierungspolitik der österreichischen Regierung – auf dem Papier.⁷³

⁷² Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S 75.

⁷³ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, 268f.

Dieter Stiefel stellt in diesem Zusammenhang die These auf, dass lediglich die USA und Großbritannien hohe Ansprüche an die Entnazifizierungsmaßnahmen stellten. Vielleicht war ihr Optimismus hinsichtlich der politischen Effektivität solcher Aktionen darin begründet, dass sie selbst in jüngster Vergangenheit keine eigenen Erfahrungen mit politischen Säuberungen gesammelt hatten.

Staatssekretär Leopold Figl schildert die praktischen Schwierigkeiten, die sich durch die Aufteilung in Alliiertenzonen ergaben anschaulich:

„In der Frage der Naziverfolgung haben wir auf die Schwierigkeit hingewiesen, die darin liege, daß in den von den Engländern, Amerikanern und Franzosen besetzten Gebieten gegen die Nazi nichts geschehe. Wir müßten da schon die Bitte vorbringen, daß in dieser Frage von der Interalliierten Kommission eine klare Linie bezogen werde. Es sei nicht möglich, daß ein Teil in einer bestimmten Art arbeitet, dann komme die Interalliierte Kommission und sage, das sei unrichtig, das Ganze müsse wieder so hergestellt werde, wie es war.“⁷⁴

Die Entnazifizierungsgesetze der Provisorischen Regierung Renner 1945

Österreich hatte einen enormen Startvorteil gegenüber Deutschland, da es ab April 1945 über eine Zentralregierung verfügte, die bereits im Mai und Juni 1945 die ersten Bundesgesetze zur Entnazifizierung erlassen konnte.⁷⁵ Die Provisorische Regierung Renner war zwar bloß in der russischen Besatzungszone – also in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland anerkannt – erließ aber ebenfalls wichtige Entnazifizierungsgesetze. Die westlichen Bundesländer misstrauten der Regierung Renner allerdings, da sie in ihr eine verlängerte Hand Moskaus fürchteten. Das nationale und das liberale Lager waren darin ebenfalls vollkommen ausgeklammert, denn es durfte vorerst keine weitere Partei außer den von den Alliierten zugelassenen drei Parteien gegründet werden. Die drei Parteien, die zugelassen worden waren, konstituierten sich im April 1945 – nach zwölf Jahren Unterbrechung der demokratischen Tradition – „im wesentlichen so, wie es der Vergangenheit entsprach“.⁷⁶ Ein wirklicher Bruch in personeller bzw. inhaltlicher Sicht zur kontroversen Vergangenheit insbesondere während der Zeit der Ersten Republik fand nicht statt, daher brachen auch alte Wunden immer

⁷⁴ Enderle-Burcel KRP, Band II: Protokoll Nr. 22/1. S. 171.

⁷⁵ Schuster Walter; Weber Wolfgang: Entnazifizierungspolitik der Besatzungsmächte, S. 22.

⁷⁶ Enderle-Burcel KRP Band 1: Protokoll Nr.6, S. 64.

wieder auf: Schärf machte etwa die Haltung der Russen, und somit der KPÖ, gegenüber der Volkspartei für die »Duldung der Männer des Austrofaschismus« verantwortlich.

Das schwierige Erbe des Dollfuß-Schuschnigg Regimes

Ein Problem bei der Entnazifizierung war der Dollfuß-Schuschnigg-Regime. Wie waren die Verantwortlichen des „Austrofaschismus“ bei der Entnazifizierung zu behandeln?

Die Nähe des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes zum Faschismus war nicht zu leugnen, aber dieses Regime rechtfertigte sich mit seinem Widerstand gegen den deutschen Nationalsozialismus. Die Sozialisten und die Kommunisten, die unter dem „Ständestaat“ besonders gelitten hatten, wollten die Verantwortlichen in die politische Säuberung einbeziehen. Das fand anfangs auch die Sympathie der Alliierten, später distanzieren sie sich davon, da aufgrund der politischen Kontinuität Teile der ÖVP beeinträchtigt gewesen wären. Das hätte dazu geführt, dass nur „linke“ Parteien als Parteien anerkannt worden wären, was keinesfalls im Interesse der westlichen Alliierten war. Die „Lagermentalität“ bzw. der „Geist der Lagerstraße“ – sprich die gemeinsame Verfolgung der Christlichsozialen, Sozialisten und Kommunisten durch den Nationalsozialismus – stellte ein versöhnliches Element dar.⁷⁷

Das Thema des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes wurde wieder aufgerollt, da nach den ersten Entnazifizierungsgesetzen 1945 die illegalen Nationalsozialisten als besonders belastet galten.⁷⁸ Nachdem die NSDAP während des „Ständestaates“ verboten war, stellten sie natürlich „Hochverräter“ dar. Dementsprechend waren sie nach dem Entnazifizierungsgesetz von 1945 als besonders belastet einzustufen.

Allerdings waren auch die Sozialdemokraten und Kommunisten verboten. Die Machtübernahme des Dollfuß Regimes durch die Ausschaltung des Nationalrats kann wiederum auch nur als illegal bezeichnet werden. Für die SPÖ hingegen war der Widerstand gegen die Regierungen Dollfuß und Schuschnigg unter dem Motto „Wir haben zwei Arten von Diktatur erlebt, den Austrofaschismus und den

⁷⁷ Stiefel: Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich: Leistungen, Defizite, Perspektiven, S.49f.

⁷⁸ Also jene, die sich schon vor 1934 bis 1938 zum Nationalsozialismus bekannten, obwohl die NSDAP und ihre Gliederungen in dieser Zeit in Österreich verboten waren. S. 50.

deutschen Nationalsozialismus.“ legitim.⁷⁹ Diese divergierenden Auffassungen wurden insbesondere im Vorfeld der Auseinandersetzung von SPÖ und ÖVP um das Nationalsozialistengesetz 1947 wieder evident. Man verständigte sich darauf, dass die Verfolgung durch das Dollfuß-Schuschnigg-Regime anerkannt wurde. Die Opfer wurden den NS-Opfern gleichgestellt, die Haft in Wöllersdorf wurde mit jener in Dachau oder Auschwitz gleichgestellt.

*Die Opfer des Ständestaates wurden daher anerkannt, die Täter aber nicht, es gab Opfer, aber keine Täter!*⁸⁰

Die Grundsätze zur Behandlung von Nationalsozialisten

Am 27. April 1945, noch vor der bedingungslosen Kapitulation von NS-Deutschland am 8. Mai 1945, wurden in der Regierungserklärung unter Billigung aller drei Parteien die Grundsätze zur Behandlung von Nationalsozialisten aufgenommen:

„Nur jene, welche aus Verachtung der Demokratie und der demokratischen Freiheit ein Regime der Gewalttätigkeit, des Spitzeltums, der Verfolgung und Unterdrückung über unserem Volke aufgerichtet und erhalten, welche das Land in diesen abenteuerlichen Krieg gestürzt und es der Verwüstung preisgegeben haben und noch weiter preisgeben wollen, sollen auf keine Milde rechnen können. Sie werden nach demselben Ausnahmerecht behandelt werden, das die selbst den anderen aufgezwungen haben, und jetzt auch für sich selbst für gut befinden sollen. Jene freilich, die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten, wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben, mitgegangen sind, sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten.“⁸¹

Die erste Phase der Gesetzgebung erfolgte relativ zügig: Die provisorische Regierung hatte bereits am 8. Mai 1945 das Verbotsgesetz beschlossen, die Verordnungen zu Registrierung folgen im Zeitraum vom 11. bis 30. Juni 1945 ebenso wie Kriegsverbrechergesetz vom 26. Juni 1945 und das Wirtschaftssäuberungsgesetz am 12. September 1945.

⁷⁹ Sottopietra, Doris: Die Länderebene der SPÖ, in Mesner, Maria (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischen Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ. Oldenbourg Verlag, Wien 2005. S. 77- 145. S. 102.

⁸⁰ Stiefel: Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich: Leistungen, Defizite, Perspektiven, S. 49f.

⁸¹ Stadler, Karl R.: Adolf Schärf Mensch, Politiker, Staatsmann, S. 274.

Das Verbotsgesetz

Bereits am 30. April lag der von Adolf Schärf ausgearbeitete Entwurf des „Verbotsgesetzes“, ursprünglich als „Vergeltungsgesetz“ bezeichnet, vor. Es unterschied zwischen „Illegalen“ und solchen Personen, die sich erst nach dem Anschluss 1938 der NSDAP angeschlossen hatten. Mit den „Illegalen“ war jene Gruppe gemeint, die „in der Zeit zwischen dem 30. 1. 1933 und dem 13. 3. 1938, jemals der NSDAP oder einem ihrer Wehrverbände angehört hat.“⁸² Nach Rechtsansicht des Staatsamtes des Inneren waren als sogenannte „Illegale“ im engeren Sinn jene Meldepflichtigen anzusehen, die

- *selbst zugaben, „illegal“ gewesen zu sein, oder*
- *ohne die Illegalität als solche selbst zuzugeben, als Aufnahmetag in die NSDAP den 1. Mai 1938 oder ein früheres Datum angaben oder eine grüne Mitgliedskarte bekommen hatten oder eine Mitgliedsnummer bis einschließlich 6,600.000 erhalten hatten, oder*
- *deren Illegalität ortsbekannt bzw. von der Öffentlichkeit behauptet wurde.*⁸³

Die Beschlussfassung des Gesetzes durch die Regierung erfolgte am 8. Mai, noch einige Stunden vor dem offiziellen Ende des Zweiten Weltkriegs. Dieses so schnell zustande gekommene Gesetz sollte schließlich im Kern für mehrere Jahre die entscheidende Grundlage für die politische Säuberung in Österreich darstellen.

Der erste Schritt der Entnazifizierung bestand deshalb natürlich in der praktischen Erfassung der Nationalsozialisten. Die betreffenden Personen wurden entsprechend aufgefordert, sich zu melden. Diese Registrierung sollte allerdings keine Rechtsnachteile bringen. Bestrafungen existierten allerdings für „Illegale“ und für Funktionäre der NSDAP. Die Begünstigungen aus nationalsozialistischer Tätigkeit sollten überdies rückgängig gemacht werden.

Im Verbotsgesetz wurden Illegale für Hochverrat mit fünf bis zehn Jahren Kerker als Strafe belegt. Die Bestrafung wurde jedoch an selber Stelle stark entschärft, indem nur verfolgt werden sollte, wer sich neuerlich für die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen und Verbände betätigte oder sonst irgendeines Verbrechens

⁸² STGBI. Nr. 13/1945 vom 8. Mai 1945, §4.

⁸³ Mulley Klaus Dieter: Zur Administration der Entnazifizierung in Niederösterreich, in: Walter Schuster/Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S 267-303, S. 270.

schuldig machte. Insgesamt wären circa 377.260 NSDAP-Mitglieder, davon etwa 98.330 Illegale von allfälligen Maßnahmen betroffen gewesen.⁸⁴

Vielfach waren die Behörden, die unmittelbar nach Kriegsende nur provisorisch organisiert waren, aufgrund des akuten Personalmangels schon mit der Führung der Registrierungslisten überfordert.⁸⁵ Der Entwurf dieses Gesetzes wurde lebhaft diskutiert. Vor allem die Sinnhaftigkeit der Registrierung wurde infrage gestellt. Zum herrschenden Personalmangel kam, dass die Registrierung auf Freiwilligkeit basierte. Der Kommentar von Unterstaatssekretär Schneidmadl macht die zeitgenössischen Probleme hinsichtlich der Durchführung der Entnazifizierungsmaßnahmen sehr anschaulich klar:

„Als ich die Durchführungsverordnung mit dem §9 zu Gesicht bekam, mußte ich zu meinem Entsetzen feststellen, daß wir wahrscheinlich zu einer Registrierung der Nazi vorerst überhaupt nicht kommen werden, denn es werden nur die sehr Naiven sich in die Listen eintragen lassen und alles anderen werden, ob berechtigt oder nicht, ein Gesuch einbringen, das sie zunächst von der Eintragung in die Listen befreit. Wir dürfen die Gefahr einer weiteren Betätigung der Nazi nicht unterschätzen und sollten den Gedanken erwägen, ob wir nicht Maßnahmen treffen müssen, die es den Nazi unmöglich machen, sich politisch zu betätigen. Und da meine ich, ob es nicht ein gangbarer Weg wäre, im Nazigesetz auszusprechen, daß jeder, der der nationalsozialistischen Partei angehört hat, in den nächsten fünf Jahren kein Wahlrecht besitzt und daß man ihm die Möglichkeit einer politischen Bestätigung auch in der Form nimmt, daß er nicht irgendwo in einer politischen Partei Unterschlupf sucht, dies unter Androhung einer Strafe.“⁸⁶

„Paragraf 27“ – ein juristisches Hintertürchen

In diesem Zusammenhang ist auch der Paragraf 27 zu verstehen, der zu einem Problem bei der Umsetzung des Verbotsgesetzes 1945 wurde. Er bot der Regierung die Möglichkeit, Ausnahmen von der Registrierung zu gewähren. Die Ausnahmebestimmung sollte nach Auffassung des Kabinettsrates nur

⁸⁴ Niederacher, Sonja: Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in Mesner, Maria (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischen Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ. S.13-36, S. 18.

⁸⁵ 12. Kabinettsitzung am 12. Juni 1945; In: Niederacher Sonja Entnazifizierung zwischen politischen Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ Niederacher S. 26.

⁸⁶ Enderle-Burcel, KRP Band 1: Protokoll Nr.20, S. 246.

„außerordentlich selten“ angewendet werden.⁸⁷ Paragraf 27 betraf jene, die nachweisen konnten, dass sie ihre Zugehörigkeit zur NSDAP, SS, SA, NSKK oder NSFK niemals missbraucht hatten und noch vor der Befreiung Österreichs eine positive Einstellung zur unabhängigen Republik Österreich beweisen könnten und in ihrem Verhalten dies auch gezeigt hätten. Stiefel betont, dass ehemalige Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus alle Hände voll zu tun hatten, um Bestätigungen über die Unbescholtenheit und Österreichfreundlichkeit einzelner Registrierter auszufüllen. In Deutschland nannte man dies „Persilschein“.⁸⁸ Von diesem Recht auf Ansuchen um Nachsicht von der Registrierung machten 85-90 Prozent der Registrierten Gebrauch. Im Herbst 1945 erreichte die Zahl der Nachsichtsgesuche fast die Zahl der registrierungspflichtigen Nationalsozialisten. Die Mehrzahl der meldepflichtigen Personen nahm die Möglichkeit der Erwirkung eines Gnadenaktes für sich in Anspruch. Dies hatte eine wahre Flut von Gnadengesuchen zur Folge.⁸⁹ Dieser Akt kollektiver „Entschuldung“ zieht auch in der Öffentlichkeit weitere Kreise, so schreibt etwa die Arbeiterzeitung am 7. August 1945:

„Die Registrierung der Nationalsozialisten ist zum größten Teil abgeschlossen. [...] Das vorläufige Ergebnis der Registrierung? Man höre und staune! In Wien haben sich bis einschließlich 4. August rund 70.000 Nationalsozialisten registrieren lassen. Von ihnen waren rund 63.000 schlau genug, die „nötigen Unterlagen“ für ein Nachsichtsgesuch mitzubringen.“⁹⁰

Dieser Umstand führte natürlich zu heftiger Kritik an diesem Paragrafen. Unterstaatssekretär Dr. Altmann am 3. Oktober 1945 erklärt dazu am 3. Oktober 1945:

„Die Länderkonferenz hat den eindeutigen Beschluß gefasst, dass mit dem Unfug des Entregistrierungsverfahrens endgültig Schluß gemacht wird. Fast 98% sämtlicher registrierungspflichtiger Nationalsozialisten werden jetzt als gute Österreicher hingestellt und belasten mit allerlei Befürwortungen die Behörden und zum Schluß die Staatsregierung.“⁹¹

⁸⁷ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 141.

⁸⁸ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 98.

⁸⁹ Tweraser Kurt, Die amerikanische Säuberungspolitik in Österreich, in: Walter Schuster/Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S. 363-398, S. 375.

⁹⁰ Arbeiterzeitung am 7. August 1945, S. 2.

⁹¹ Enderle-Burcel, KRP, Band 1: Protokoll Nr. 33/17. S. 99.

Staatssekretär Fischer hielt die Frage der Entregistrierung sogar für eine der unglücklichsten Bestimmungen im Verbotsgesetz. Er bestand darauf, dass sich jeder Nazi als Minimum an Sühne und es zum anderen als eine Notwendigkeit für die politische Sicherheit des Staates registrieren müsse.⁹²

Die Schwächen des Verbotsgesetzes – eine historische Analyse

Der Zeithistoriker Robert Knight beschäftigt sich ebenfalls mit den Schwächen des Verbotsgesetzes. Seiner Ansicht mag die Sonderbehandlung der „Illegalen“ im ersten Verbotsgesetz vielleicht einer gewissen Vereinfachung und politischen Entspannung Rechnung getragen haben, was das Vorgehen keineswegs rechtfertigt. Vielmehr sei es wohl ein Versuch, die verschiedenen Vorstellungen auf einen gemeinsamen nationalen Nenner zu bringen.⁹³ Das Verbotsgesetz war auf individuelle Behandlung der 536.000 registrierten Nationalsozialisten aufgebaut.⁹⁴ Bei der Durchführung des Gesetzes wurde vor allem auf eine rasche Abhandlung Wert gelegt, was auf Kosten der ursprünglichen Intention ging. Die spätere Behauptung Schärfs, dass dieses Scheitern durch die Ausdehnung der Registrierung – durch „gegenseitige Überbietung“ von Figl einerseits und den Kommunisten andererseits verursacht wurde – ist wenig überzeugend und muss wohl als „Teil jenes würdelosen Buhrens um die Unterstützung und die Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten und ihrer Familienmitglieder“⁹⁵ bewertet werden. Vielmehr war die Anwendung des Paragraphen 27 auf Artikel II geeignet, Ansätze zu einer nichtbürokratischen Lösung zu ersticken. Dadurch konnten alle Parteimitglieder um Streichung aus der Liste ersuchen, was gerade den Unterschied zwischen schwer und wenig „Belasteten“ verschleierte. Das Ergebnis war eine Flut von Ansuchen, die von dem dürftigen Verwaltungsapparat in Wien kaum zu bewältigen waren. Dies wiederum machte nach einigem Zögern eine Novellierung notwendig, die die Streichung bestimmter Gruppen durch eine paritätisch beschickte politische Kommission vorsah. Selbst die Registrierung, die man kaum als drakonische Maßnahme bezeichnen kann, aber den Kern des Verbotsgesetzes bildete, wurde bis zum Oktober 1945 nur dürftig durchgeführt.

⁹² Enderle-Burcel, KRP, Band 1: Protokoll Nr. 33/17. S. 99.

⁹³ Knight, Robert: Kalter Krieg und Österreich; In Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus Dieter, Rathkolb, Oliver (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945– 1955, Wien 1986, S. 42.

⁹⁴ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 97.

⁹⁵ Knight: Kalter Krieg, Entnazifizierung und Österreich, S. 42.

Robert Knight kommt zu dem Schluss, dass die „hausgemachte“ Entnazifizierung ohne erhebliche Einmischung der Besatzung gescheitert war, da ein strenger Gesetzesparagraf mit Ausnahmebestimmungen zur bürokratischen Überlastung führte.⁹⁶

Mit der 4. Verordnung vom 24. Jänner 1946 wurde das Verfahren insoweit geändert, dass nur mehr die Parteienvertreter über das Ansuchen entscheiden konnten. Damit lag schlussendlich auch offiziell alle Macht in den Händen der Parteien.

Das Kriegsverbrechergesetz

Das zweite große Entnazifizierungsgesetz, das so genannte „Kriegsverbrechergesetz“ – eigentlich hätte man von „NS-Verbrechern“ sprechen müssen – wurde am 26. Juni 1945 erlassen. Die Diskussion darüber war kontroversiell: Umstritten waren die Schaffung eines eigenen „Sondergesetzes“ zur Ahndung von NS-Verbrechen überhaupt, die „rückwirkende Bestrafung“ einiger Delikte, die kollektive Bestrafung einzelner Personengruppen sowie die Möglichkeit der Verhängung der Todesstrafe. Das Gesetz sollte die Bestrafung jener Verbrechen ermöglichen, die im Zuge des Krieges, aus politischer Gehässigkeit oder in Ausübung dienstlicher Gewalt, begangen worden waren. Dadurch sollten die obersten Funktionäre aus der NSDAP herausgegriffen und bestraft werden. Außerdem sah dieses Gesetz zu seiner Durchführung ein Sondergericht vor – das Volksgericht – welches aus zwei Berufsrichtern und drei Schöffen bestand. Bis zur Aufhebung des Kriegsverbrechergesetzes im Jahr 1957 wurden gegen ca. 130.000 Personen Verfahren durchgeführt. Von diesen Verfahren wurden mehr als 23.000 mit Urteil beendet, davon 13.600 mit Schuldspruch und Verurteilung zu oft sehr empfindsamen Strafen. In der Zeit der Geltung der Todesstrafe wurden von den österreichischen Volksgerichten 43 Todesurteile gefällt, 30 davon vollstreckt.⁹⁷ Zu disziplinierenden Maßnahmen, gestaffelt erst mit dem Gesetz vom Februar 1947, die gleichsam als „Eintrittsgeld“ der „Ehemaligen“ in die Demokratie gedacht waren, zählten über die Meldepflicht hinaus Entlassungen, Berufsverbot sowie Sühne in Form von Gehalts- und

⁹⁶ Ebenda, S. 42.

⁹⁷ Bleier-Bissinger, Hanna: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, S. 147 siehe auch Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates, S. 425.

Vermögens Kürzungen, Arbeitsdienst, Gefängnis, u. ä. mehr. Das Strafausmaß richtete sich zunächst nach dem Zeitpunkt der Zugehörigkeit zur NSDAP, wobei die „Illegalen“ – sie machten 1946 ca. 100.000 aus –, die der Partei bereits von 1938 zugehörten, zu einer Zeit also, da sie hierzulande verboten war, als „Hochverräter“ galten und man in ihnen den harten Kern des nationalsozialistischen Systems in Österreich sah.⁹⁸

Resümee der frühen Phase der Entnazifizierungsbemühungen

Dieter Stiefel veröffentlichte 1981 in einer Monografie die erste große wissenschaftliche Arbeit zum Thema „Entnazifizierung in Österreich“. In diesem Buch stellte er die These auf, dass die uneinheitliche Vorgehensweise bei der Entnazifizierung in Bezug auf den Geltungsbeginn der österreichischen Entnazifizierungsgesetze zweierlei bewirkte: „Erstens eine ungleiche Behandlung der Nazi, zweitens eine wesentliche Verzögerung der politischen Säuberung“ Am strengsten, so Stiefel, sei die Entnazifizierung im Bereich der österreichischen Regierung, vor allem in Wien durchgeführt worden.⁹⁹

Die Entnazifizierung war in Österreich von Beginn an problematisch. Es gab fünf verschiedene Stellen, die die gesetzgeberisch und administrativ vorgingen. Die Rechtssicherheit besserte sich zwar in der zweiten Hälfte des Jahres 1945, die Zoneneinteilung aber blieb bestehen. Die uneinheitliche Vorgangsweise bei der Entnazifizierung führte sie zu einer ungleichen Behandlung der Nationalsozialisten, von denen viele in den Westen geflohen waren und zum anderen führte sie zu einer wesentlichen Verzögerung der politischen Säuberung. Am strengsten wurde die Entnazifizierung im Bereich der österreichischen Regierung durchgeführt, vor allem in Wien, blieb jedoch auch aufgrund administrativer Hürden langsam und wurde zunehmend zahnlos (siehe Paragraph 27 des Verbotsgesetzes). Es gab Zweifel, ob sich jeder, der die Verpflichtung hatte sich registrieren zu lassen, dies auch tun würde. Mit der Möglichkeit für die Regierung Ausnahmen zu schaffen, wurde dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Diese Möglichkeit Ausnahmen zu gewähren, war für ganz besonders gelagerte spezielle Fälle vorgesehen. Jedoch nahezu 90 Prozent der Registrierten

⁹⁸ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 90.

⁹⁹ Ebenda, S. 90.

versuchten, sich wieder entregistrieren zu lassen. Die Regierung bzw. die entsprechenden Stellen waren mit der Registrierung administrativ überlastet.

In den Besatzungszonen führten die Alliierten die Entnazifizierung nach ihren eigenen Vorstellungen durch. Im Osten Österreichs gab es mit der Provisorischen Regierung Renner eine zusätzliche Instanz für die Entnazifizierung. Diese erließ zwar sehr früh die ersten Entnazifizierungsgesetze, die im Kern auch für mehrere Jahre die entscheidende Grundlage für die politische Säuberung in Österreich darstellten, war aber nur von einer von vier Besatzungsmächten anerkannt. Die Alliierten in den westlichen Bundesländern beobachteten die Regierung in Wien äußert skeptisch und vermuteten dahinter eine Marionettenregierung der Sowjetunion, zumal diese Regierung nicht durch Wahlen legitimiert war.¹⁰⁰

Tatsächlich wurde die Regierung Renner erst nach der Länderkonferenz im Oktober und nach einer personellen Erweiterung durch die westlichen Bundesländer von allen Alliierten anerkannt. Die von der Regierung erlassenen Gesetze wurden formal erst im Februar 1946, nach den ersten Wahlen und der Ernennung der neuen Regierung unter Bundeskanzler Leopold Figl wirksam. Die Art und Weise des politischen Umgangs mit ehemaligen Nationalsozialisten stellte für alle Parteien ein schwieriger Balanceakt zwischen der, von den Alliierten geforderten, Entnazifizierungspolitik und einem mehr oder weniger sachten Augenaufschlag in die Richtung potenzieller Wähler dar. Staatssekretär Figl stellte in diesem Zusammenhang auch die praktischen Schwierigkeiten bereits beschlossener Maßnahmen dar:

„In der Frage der Nationalsozialisten anerkennen die Herren von der Roten Armee unsere Gesetze als absolut gut und ausreichend, verlangen aber eine praktische Auswirkung. Es nütze nichts, wenn so viele Leute eingesperrt seien, aber noch immer keine Aburteilung erfolge. Wir haben zur Begründung den baulichen Zustand der Gerichte, die Notwendigkeit der Reinigung des Richterstandes angeführt, eine Untersuchung muß ja auch durchgeführt werden, wir haben schließlich den Herren versichert, daß in der nächsten Zeit solche Prozesse stattfinden werden. Die Herren meinten, es gebe in Österreich eine halbe Million Nazi (sic!) und da müsse man endlich einige große Köpfe rollen sehen, - nicht die kleinen, sondern die großen. Die Polizei solle möglichst energisch durchgreifen; die Bewaffnung der Polizei biete keine

¹⁰⁰ Rauchensteiner Manfred, Der Sonderfall; Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Styria Verlag Graz, Wien Köln 1979, S. 71.

*Schwierigkeiten, da Waffen ohne weiteres angesprochen werden können.*¹⁰¹

Die ersten Wahlen der Zweiten Republik

Zweite Länderkonferenz

Die Provisorische Regierung Renner hatte zwar sehr früh die ersten Entnazifizierungsgesetze erlassen. Diese konnten aber nur im östlichen Österreich umgesetzt werden, da der Regierung die Legitimation durch Wahlen fehlte und der Westen die Regierung nicht anerkannte. Es war daher wichtig, dass möglichst rasch österreichweite Wahlen abgehalten wurden, um mittels Länderkonferenzen die Bundesländer einzubinden und auf politische Vertreter auch in den westlichen Bundesländern zählen zu können. Renner machte aus diesen Gründen natürlich auch „Werbung“ in den Bundesländern. Aber, wer durfte nun überhaupt wählen?

In den ersten Entnazifizierungsgesetzen war der Kreis der Wahlberechtigten bzw. des, davon ausgeschlossenen Personenkreises noch nicht festgelegt worden. Es war daher unklar, ob registrierte Nationalsozialisten zu den ersten Wahlen zugelassen werden sollten. Das Verbotsgesetz 1945 beinhaltet keine Regelung bezüglich des Wahlrechts für Nationalratswahlen. Die Frage des zu den Wahlen zugelassenen oder ausgeschlossenen Personenkreises wurde erst in der Zweiten Länderkonferenz von 9. bis 11. Oktober getroffen. Bis zum Wahltag am 25. Oktober blieb nur noch kurze Zeit und die Frage der Zulassung der ehemaligen Nationalsozialisten zu den Wahlen wurde immer drängender.

Die Parteien gingen mit unterschiedlichen Standpunkten in diese Länderkonferenz.

Die Sozialisten wollten alle Nationalsozialisten, die nach dem Anschluss 1938 der Partei beigetreten waren, für fünf Jahre vom allgemeinen Wahlrecht ausschließen, illegalen Nazis sollten auf Lebenszeit die Bürgerrechte aberkannt werden.¹⁰² Sie sahen in der Entnazifizierung eine politische Umerziehung und wollten die Betroffenen langsam wieder an den demokratischen Staat heranzuführen. „Jeder,

¹⁰¹ Enderle-Burcel KRP, Band II: Protokoll Nr. 22/1. S. 171.

¹⁰² Leidenfrost, Josef: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949: Innenpolitik zwischen den Besatzungsmächten, in: Bischof, Günter; Leidenfrost, Josef (Hg.): Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949. Haymon Verlag, Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte - Band 4, Innsbruck, 1988, S.127-154, S. 133.

*der der nationalsozialistischen Propaganda erlegen ist, hat politisch versagt und muß umlernen.*¹⁰³

Einen eindeutig ablehnenderen Standpunkt zum Nationalsozialistenproblem wurde von den Kommunisten eingenommen. In ihrer politischen Argumentation spielte die „Nazi-Frage“ die größte Rolle, wobei sie zwischen Extremen schwankten. Einerseits forderten sie die strengste Bestrafung aller, vor allem der „großen“ Nazis und der Bonzen, andererseits gefielen sie sich darin, für die „kleinen“ Nazis und die Mitläufer einzutreten.

Weniger klar war nach Meinung Leidenfrosts die Haltung der ÖVP. Nach Ansicht der ÖVP sollte man zu verhindern trachten, dass durch eine Diskriminierung der sogenannten Mitläufer »nominal Nazis« eine dauerhafte Spaltung der österreichischen Innenpolitik herbeigeführt werden könnte.¹⁰⁴ Die ÖVP trat bereits 1945 für eine Bestrafung der „wirklichen“ Nationalsozialisten ein, aber für eine bedingungslose Amnestie aller Mitläufer. Als Mitläufer wurde angesehen, wer nach dem Anschluss Parteimitglied wurde. Für diesen Personenkreis forderte Alfons Gorbach bereits 1945 die bedingungslose Amnestie, da sie seiner Meinung nach „unter Zwang und Terror der NSDAP beigetreten waren, ohne sich jemals nationalsozialistisches Gedankengut angeeignet zu haben.“¹⁰⁵ Damit war die ÖVP die einzige von den zugelassenen Parteien, die schon 1945 für eine Generalamnestie der „kleinen Nationalsozialisten“ eintrat. Das lag vielleicht auch am „human-christlichen Element“ der Parteilinie, das sich auf „Menschlichkeit, Einsicht und Versöhnlichkeit als Prinzipien“ stützte.

Besonders Karl Gruber hatte dafür plädiert, zwischen aktiven Nationalsozialisten und Mitläufern einen Unterschied zu machen. Er hatte sich aber auch gegen Versuche zu stellen, alle jene, die als Mitglieder der Vaterländischen Front oder irgendeiner politischen Organisation des Ständestaates mit dem sogenannten Austrofaschismus in engere Berührung gekommen waren, ebenfalls von der Wahl ausgeschlossen zu sehen. Grubers Forderung nach Überprüfung jedes Einzelnen war verständlich. Es war aber zweifellos ein gewichtiges Argument, wenn im Fall

¹⁰³ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S.71 f.

¹⁰⁴ Leidenfrost: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949, S. 133.

¹⁰⁵ Bleier-Bissinger: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach und seine Zeit, S. 146.

der Nationalsozialisten gegen die Aktiven- und Mitläuferthese geltend gemacht wurde, dass die Zeit bis zum 25. November keinesfalls ausreiche.¹⁰⁶

Insgesamt vertrat die ÖVP so eine Tendenz, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, zu verzeihen und zu vergessen. Dadurch hätte sich das Entnazifizierungsprogramm auf eine für die Regierung und den Wiederaufbau leicht bewältigbare Größe reduziert.¹⁰⁷

Schließlich wurde nach dreitägigen Verhandlungen die Wahlordnung für die Wahlen 1945 verabschiedet, in der sich auch jener Paragraph befand, der »Personen, die in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 27. April 1945 jemals der NSDAP als Parteimitglieder oder als Anwärter oder SS oder der SA als Mitglieder angehört haben« (sowie Mitgliedern des NSKK und NSFK) das Wahlrecht aberkannte:

„Den ehemaligen Nationalsozialisten (Parteimitgliedern, Parteianwärtern, Angehörigen der Wehrverbände) wird das Wahlrecht entzogen. Nur den Mitgliedern des NSKK (des nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps) und des NSFK (des nationalsozialistischen Fliegerkorps) wird das Wahlrecht zugebilligt, wenn sie nicht Parteimitglieder waren. Mitglieder der NSDAP oder Parteianwärter, die aus politischen Gründen durch die staatlichen Behörden des Dritten Reiches Verfolgungen zu erdulden hatten, erhalten ebenfalls das Wahlrecht.“¹⁰⁸

Das Problem des Ausschlusses und der möglichen Rückführung eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung vom politischen Leben war mit dieser Entscheidung allerdings zu einem permanenten der österreichischen Innenpolitik nach 1945 geworden.

Das Wahlgesetz desselben Jahres definierte jenen Personenkreis, der vom Recht der Wahl bei der Nationalratswahl 1945 ausgeschlossen war. Dazu zählten Personen, die zwischen 1933 und 1945 jemals der NSDAP als Mitglied oder als Parteianwärter oder der SS oder SA als Mitglied angehört hatten; Mitglieder des NSKK und NSFK während des Verbotes von NS-Organisationen zwischen 1933 und 1938 und Mitglieder des NSKK und NSFK vom Sturmführer aufwärts zwischen 1938 und 1945.¹⁰⁹ Personen, die nach Paragraph 27 des Verbotsgesetzes Nachsicht von der Regierung erlangten, waren nicht vom Wahlrecht

¹⁰⁶ Rauchensteiner: Der Sonderfall S. 130.

¹⁰⁷ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 65.

¹⁰⁸ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 76.

¹⁰⁹ Niederacher, Sonja: Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung S. 32.

ausgeschlossen. Die Vertreter der aller politischen Parteien hatten ein beträchtliches Interesse an einer großen Zahl von positiv beurteilten Gesuchen, um die Wählerschaft für die erste Nationalratswahl zu vergrößern.¹¹⁰ Die Entscheidung, die „Ehemaligen“ vom Wahlrecht auszuschließen, war naturgemäß eine Hypothek für den neu zu erbauenden Rechtsstaat und wurde seitens der Ehemaligen nicht selten zur Zielscheibe heftiger Kritik.¹¹¹

Die erfolgreich durchgeführten Länderkonferenzen brachten eine notwendige Voraussetzung für die Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung Renner durch die Alliierten. Im Anschluss an die Länderkonferenz im Oktober wurde die Regierung Renner österreichweit anerkannt. Dadurch verbesserte sich zwar in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 die Rechtssicherheit, die Zoneneinteilung blieb aber.

Am 20. Oktober 1945 stimmte der Alliierte Rat schließlich der Ausdehnung der Kompetenz der Regierung Renner auf ganz Österreich zu. Diese Zustimmung wurde als de-facto Anerkennung angesehen, die de-jure Anerkennung erfolgte erst nach der Bildung der Bundesregierung Figl im Jänner 1946. Aber auch im November 1945 waren die unmittelbaren Machtbefugnisse der lokalen Militärverwaltungen nicht zu übersehen. Renner beklagte, dass einzelne Kommissionen in den einzelnen Zonen noch Gesetzgebungsakte und Verwaltungsakte vollziehen, die selbstverständlich der nunmehr anerkannten Regierung allein zustehen.

Der Wahlkampf 1945

Der Wahlkampf war sehr kurz, der Ausgang der Wahlen nicht vorhersagbar. Zu den ersten Wahlen 1945 waren drei Parteien zugelassen. Die letzten Nationalratswahlen lagen weit zurück und hatten im Jahr 1930 stattgefunden. Die Zahl der Wahlberechtigten war 1945 um 671.677 Personen geringer als 1930, sie betrug 3.449.605. Da noch viele Soldaten in Kriegsgefangenschaft und die ehemaligen Nationalsozialisten nun vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, stellten Frauen mit 64 Prozent die Mehrheit der Stimmberechtigten dar. Während des Wahlkampfes 1945 war der Druck zur Repräsentation des „antifaschistischen Konsens“ wichtig. Ehemalige Nationalsozialisten bzw. deren Angehörige wurden

¹¹⁰ Niederacher: Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung S. 32.

¹¹¹ Bleier-Bissinger: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, S. 146.

in der Wahlkampfretorik des Jahres 1945 nicht direkt angesprochen. Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP grenzten sich mit Negativbildern von den Nazis ab, die KPÖ setzte zusätzlich auf schockierende Bilder des Konzentrationslagers Dachau ein. Eine Diskussion über etwaige Schuld und Nicht-Schuld wurde nicht geführt: Wenn Täter benannt wurden, waren es die „Nazis“, klar ab- und ausgegrenzt, aber ohne persönliches Gesicht.¹¹² Renner und Schärf hatten für eine möglichst milde Vorgangsweise gegenüber den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern eingesetzt, konnten sich aber im Parteivorstand nicht durchsetzen.¹¹³ Die SPÖ hatte im November 1945 unter ihren Wahlparolen noch die Forderung der Verschickung aller Nationalsozialisten: *„Alle Nazis sind schuld; alle im Land befindlichen Parteigenossen und Anwärter der NSDAP nach Sibirien im Austausch gegen Kriegsgefangene!“*¹¹⁴ In der ÖVP schien man die Sache differenzierter zu betrachten. Im „Kleinen Volksblatt“ vom 11. Oktober 1945 wirbt die Partei bereits mehr oder weniger direkt zumindest um die Stimmen der Familienangehörigen von „Mitläufern“:

„Die Österreichische Volkspartei sieht in der Zuerkennung des Wahlrechtes die erste Voraussetzung wahrer demokratischer Freiheitsrechte. Sie begrüßt es deshalb, daß allen Gegnern eines freien, demokratischen und unabhängigen Österreich das Wahlrecht entzogen und damit die Versuche einer Hemmung der demokratischen Entwicklung unseres Heimatlandes verhindert werden. Die ÖVP bekennt sich aber auch zu dem Standpunkt, daß allen jenen Österreichern, die sich seit vielen Jahren vorbehaltlos und ohne Einschränkung auf den Boden des neuen Österreich stellten, die Mitarbeit in diesem neuen Österreich ermöglicht wird. Dies gilt auch für jene Kreise, die unter Zwang und Terror der NSDAP als Mitglieder oder Anwärter beigetreten sind, ohne jemals nationalsozialistisches Gedankengut sich angeeignet zu haben. Die ÖVP hält es aus Gründen der allgemeinen Menschlichkeit für untragbar, daß diese Männer und Frauen auf eine Stufe gestellt werden mit politischen Verbrechern, Hetzern und Funktionären, die die Schuld tragen an dem furchtbaren Geschehen der letzten Jahre in Österreich und in Europa. Gerade für die Überwindung des nationalsozialistischen Geistes

¹¹² Niederacher: Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, S. 53.

¹¹³ Rathkolb, Oliver: Die paradoxe Republik, Österreich 1945 bis 2005. Wien, Zsolnay, 2005. S. 164.

¹¹⁴ Stadler, Karl R.: Adolf Schärf Mensch, Politiker, Staatsmann, Europaverlag, 1982, S. 262.

*scheint es erforderlich, eine klare Unterscheidung zwischen den aktiv tätigen und damit schuldigen Nationalsozialisten und jenen Parteiangehörigen, die unter Zwang gegen ihre innere Überzeugung zur Partei gepreßt wurden, vorzunehmen.*¹¹⁵

Die Österreichische Volkspartei ist 1945 eindeutig auf die Linie der Ablehnung aller Überbleibsel des Dritten Reiches und des Nationalsozialismus gelegen. Sie wäre sogar soweit gegangen, dass der damalige Bundeskanzler Figl in einer Rede kurz vor den Wahlen 1945 erklärte, es würde den belasteten österreichischen Nazis nicht schaden, wenn sie ein paar Jahre nach Sibirien kämen, man sollte sie gegen die noch in Russland festgehaltenen österreichischen Kriegsgefangenen austauschen.¹¹⁶ Zu diesem Zeitpunkt war diese Aussage von Leopold Figl, der selbst viele Jahre im KZ gesessen war, für die ÖVP nicht schädlich, denn die davon betroffenen Nationalsozialisten waren 1945 von den Wahlen ausgeschlossen. Dennoch dürften sich einige Ehemalige diese Aussage noch bis zur nächsten Wahl zu Herzen genommen haben.¹¹⁷ Andererseits versuchte man auch durch den zunehmenden Einfluss der Parteifreunde aus den westlichen Bundesländern, die ÖVP den ehemaligen Nationalsozialisten und vor allem deren wahlberechtigte Angehörige schmackhaft zu machen. Das schien nach der Meinung Adolf Schärfs nicht aussichtslos zu sein, da von den Alliierten nur die drei Regierungsparteien, die Sozialisten, die Volkspartei und die Kommunisten zu den Wahlen zugelassen wurden.

Dieses Buhlen um die Angehörigen – also das Konzept der ÖVP – scheint bei den Wahlen 1945 schlussendlich aufgegangen zu sein, denn die Volkspartei gewann mit 85 Mandaten. Knapp dahinter die Sozialistische Partei Österreichs mit 76 Mandaten und weit abgeschlagen die Kommunisten mit mageren 4 Mandaten.

Während sich Adolf Schärf über den Erfolg der SPÖ freuen darf – *„Die Erwartungen, die man in der Sozialistischen Partei gehegt hatte, waren weit übertroffen, die Partei hatte sich nach Prozenten und nach Mandaten einen größeren Erfolg erzielt als bei den besten Wahlen in der Ersten Republik. [...]“*¹¹⁸ – führte das schlechte Abschneiden der Kommunisten zu einer echten Zäsur der

¹¹⁵ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 76.

¹¹⁶ Molden, Fritz: Besetzer, Toren, Biedermänner. Ein Bericht aus Österreich 1945-1962. Molden, Wien, 1. Auflage, 1980, S. 106.

¹¹⁷ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 76.

¹¹⁸ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 80.

sowjetischen Österreichpolitik. Bis dahin wurde die Entnazifizierung als rein österreichische Angelegenheit betrachtet. Die Russen veränderten nun ihre Taktik.

Die Folgen der Wahl

Seit Dezember 1945 kam es vonseiten der Sowjets zu Beschwerden über die Entnazifizierungsmaßnahmen und Kritik an der Österreichischen Regierung Figl. Der österreichische Nationalrat musste nun auf Druck der Sowjetunion das strengste Entnazifizierungsgesetz, das jemals erlassen wurde, ratifizieren. Für die Sowjetunion stellte die Entnazifizierung keinen Kreuzzug gegen den Nationalsozialismus dar wie für die Amerikaner, sondern eine politische Waffe in der Auseinandersetzung um die zukünftige Gesellschaftsordnung in Österreich.

Es kam zur Bildung einer Konzentrationsregierung unter Leopold Figl als Bundeskanzler. Am 18. Dezember 1945 erhielt die Regierung nach Austausch von drei vorgeschlagenen Personen die Zustimmung des Alliierten Rates. Am 20. Dezember wurde Staatskanzler Renner von den Abgeordneten als Bundespräsident gewählt und er bestellte das Kabinett Figl.

Der Weg zum Nationalsozialisten-Gesetz von 1947

„Drei-Parteien-Einigung“

Am 30. März 1946 wurden die Ergebnisse der „Drei-Parteien-Einigung“ als Grundsätze der Entnazifizierung aufgrund der Parteienverhandlung zwischen ÖVP, SPÖ und KPÖ veröffentlicht. Hierbei rückte man vom grundsätzlichen Gedanken der Illegalität ab. Sie sollte nur noch im Strafrecht Bedeutung haben. Eine rote Unterstreichung in den Registrierungslisten, durch welche die Illegalen gekennzeichnet worden waren, fiel weg und man schlug eine Einteilung der Nazi in Kriegsverbrecher, Belastete und Minderbelastete vor. Bei den minderbelasteten Personen war absichtlich keine Bestrafung, sondern „Sühnemaßnahmen“ vorgesehen. Die Minderbelasteten sollten nach Bezahlung einer finanziellen Sühne freigehen.

Somit ging die Gruppeneinteilung der Nazis hin zur ehemaligen politischen Funktion des Nationalsozialisten. Wichtig war nun, wie bedeutsam die Stellung innerhalb der Nazibewegung gewesen war. Belastet waren *„alle Hoheitsträger der NSDAP, vom Zellenleiter aufwärts, ferner die Mitglieder der SS, die Offiziere der*

SA, des NSKK, des NSFK und die Funktionäre der sonstigen Gliederung, Organisationen und angeschlossenen Verbänden von dem Kreisleitern entsprechenden Rang aufwärts; ferner Personen, die für ihre illegale Betätigung für die NSDAP eine Auszeichnung erhalten haben.“¹¹⁹ Alle übrigen zu registrierenden Personen zählten zu dem Kreise der sogenannten Minderbelasteten. Das Kriterium war jetzt nicht mehr die Illegalität, sondern, man unterschied von nun an zwischen „belasteten“ und „minderbelasteten“ Nationalsozialisten. Zur ersteren Gruppe zählte man jene, die eine bestimmte Stellung innehatten; als „minderbelastet“ galten einfache Parteimitglieder oder -anwärter, also jene mit „Mitläufermentalität“.¹²⁰ Von den 536.000 Registrierten galten jetzt nur mehr 42.000 Personen als belastet.

Das Veto der Besatzungsmächte

Die Parteien-Vereinbarung kam im Juli 1946 in den Nationalrat und wurde dort zum Beschluss erhoben. Alle drei Parteien bezeichneten die Drei-Parteien-Vereinbarung als »Reifeprüfung der österreichischen Demokratie«. Da es sich bei dem Gesetz um ein Verfassungsgesetz handelte, musste es dem Alliierten Rat zur Genehmigung vorgelegt werden und benötigte die einstimmige Zustimmung des Alliierten Rates. Dieser verweigerte seine Zustimmung und gab es dem österreichischen Nationalrat mit fünfzig Änderungen wieder zurück. Diese Änderungen umfassten im Wesentlichen fünf Bereiche:

- *Die Erweiterung des Kreises der registrierungspflichtigen Personen durch Einbeziehung der Angehörigen der Gestapo und des SD, der Autoren von nationalsozialistischen Druckwerken und Filmdrehbüchern und der wirtschaftlichen Kollaborateure*
- *Die Einengung der Befreiung von der Registrierungspflicht, Parteienwärter, deren Aufnahme in die NSDAP aus politischen Gründen abgelehnt worden war, sollte nur aufgrund eines individuellen Überprüfungsverfahrens von der Registrierungspflicht befreit werden können.*
- *Die Einschränkung des Kreises der von der Sühnpflicht befreiten Personen (Jugendliche)*
- *Die Angleichung der Sühnfolgen für Minderbelastete an die der Belasteten*

¹¹⁹ David, Daniela: Problematik der Durchführung und Wirkung von Entnazifizierung in Wien, S.10.

¹²⁰ Bleier-Bissinger: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, S. 147.

durch zeitweisen Ausschluss vom Hochschulstudium, beschränkte Anwendung der Arbeitspflicht, des Wohnungsanforderungsgesetzes, ein beschränktes Verbot der Ausübung gewisser Berufe und die Ausdehnung der Sühnefolgen bis zum 30. April 1950

- *Verschärfung der Sühnefolgen durch Wiedereinführung der Vermögenssperre bis zur Bezahlung der Sühneabgabe, Einführung von Anhaltelagern für Belastete und eine Erhöhung der Sühneabgabe.*

Das Entnazifizierungsgesetz wurde mit allen Änderungswünschen des Alliierten Rates vom österreichischen Nationalrat einstimmig 1947 beschlossen.¹²¹ Intention dieses Gesetzes war, damit die Entnazifizierungsgesetzgebung abzuschließen. Damit sollte die zweite Phase der Entnazifizierung, die Zeit der Rehabilitation und Versöhnung mit den ehemaligen Nationalsozialisten bzw. die des obrigkeitlichen Gnadenaktes durch die Amnestien eingeleitet werden.¹²² Man hatte ordentlich „auf den Tisch gehauen“ und Ordnung gemacht. Nun konnte man – wie Alfons Gorbach und mit ihm die Großparteien es immer wieder gefordert hatten – bei gleichzeitiger aktiver Politik gegen den Rechtsradikalismus zum Zwecke der inneren Befriedung des Landes ans Vergessen und Verzeihen und an die gemeinsame Aufbauarbeit gehen.¹²³

Politisches Auslaufmodell Entnazifizierung

Die beiden großen politischen Parteien Österreichs distanzieren sich daher später von diesem Entnazifizierungsgesetz: „Das NS-Gesetz, das niemand hier im Haus gewollt hat, ist uns von den Alliierten aufgezwungen worden.“¹²⁴ Das Hauptziel des NS-Gesetzes 1947 war und blieb die rascheste Liquidierung des NS-Problems, der Abschluss, die Befriedung nach innen und die politische Rechtfertigung nach außen, bei der den mühseligen Staatsvertragsverhandlungen für die endgültige Befreiung Österreichs, für den Abzug der alliierten Besatzung hohe Bedeutung zukam. Rechtlich war die Entnazifizierung von Anfang an problematisch, auf die Dauer war es aber auch politisch untragbar, ständig Staatsbürger zweiter Klasse zu schaffen. Die Entnazifizierung als Massenunternehmen musste daher zeitlich begrenzt sein und mit der politischen,

¹²¹ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 112.

¹²² Bleier-Bissinger: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, S. 148.

¹²³ Ebenda, S. 148.

¹²⁴ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 113.

wirtschaftlichen und sozialen Normalisierung in Österreich wieder wegfallen. Nach dem Willen der österreichischen Parteien (Drei-Parteien-Einigung) sollte sie auch 1948/1950 ihr Ende finden. Viele der problematischen Bestimmungen gegen Minderbelastete sollten schon 1946/47 wegfallen. Aber Österreich bestimmte seine Politik nicht allein, und die Alliierten waren bereits zu sehr beschäftigt mit ihrer eigenen verhärteten politischen Auseinandersetzung, auch »Kalter Krieg« genannt. Da die Verhältnisse in Deutschland die zentrale Rolle spielten, waren die Sachverhalte in Österreich eher Nebensache.¹²⁵ Die Entnazifizierung sollte nun bis 1950 beziehungsweise 1955 hinausgezögert werden, eine für den Wiederaufbau und die politische Befriedung Österreichs untragbare Vorstellung, deren Verwirklichung wohl Konsequenzen gehabt hätte, die bis heute spürbar wären. Von österreichischer Seite musste man aber, um das Gesetz überhaupt zu retten, im Februar 1947 den Änderungsforderungen Rechnung tragen. Der österreichische Nationalrat nahm seine Niederlage nicht hin, sondern drang bereits wenige Monate später auf eine Politik der kleinen Schritte, um seinen ursprünglichen Willen gegenüber den Besatzungsmächten dennoch durchzusetzen.¹²⁶

Das Nationalsozialistengesetz und seine Folgen

Das Nationalsozialistengesetz, das als Ergebnis von Besprechungen aller politischen Parteien am 24. Juli 1946 von Nationalrat beschlossen wurde, trat mit den von den Besatzungsmächten gewünschten Änderungen am 18. Februar 1947 in Kraft. Die ehemaligen Nationalsozialisten sollten lediglich bestimmte Sühnefolgen zu tragen haben, sonst aber im Besitze der bürgerlichen Rechte verbleiben. Bei der Durchführung des Nationalsozialistengesetzes zeigten sich Härten, die nicht beabsichtigt schienen. Deshalb kamen rasch Erwägungen auf, die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgesehenen Sühnefolgen für jugendliche Personen voranzutreiben.¹²⁷

¹²⁵ Ebenda, S. 296.

¹²⁶ Ebenda, S. 296.

¹²⁷ Siehe: 843 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (V.G.P.) S.4)

Sühnefolgen

Eine ganze Reihe von Entnazifizierungsmaßnahmen enthielten auch finanzielle Strafen. Entlassungen und Berufsverbote waren ohne Zweifel auch Einkommensstrafen, ebenso wie die Rückversetzung, Beförderungsverbote oder Kürzung von Pensionsansprüchen. Eine harte finanzielle Strafe war der Vermögensverfall, der bei schweren Fällen von den Volksgerichten verhängt werden konnte beziehungsweise musste. Insgesamt wurden so etwas 10.000 Vermögen für verfallen erklärt, darunter 1500 städtische Liegenschaften, 900 Gewerbebetriebe und 800 landwirtschaftliche Betriebe. Aber auch in der nationalsozialistischen Zeit erlangte Vorteile wurden soweit wie möglich wieder rückgängig gemacht: So wurden etwa die aus politischen Gründen erfolgten Einstellungen und Beförderungen aufgehoben. Zum Teil mussten materielle Vorteile zurückerstattet werden, so bei der Entarisierung und Rückstellung, aber auch bei den »Wiedergutmachungszahlungen«, die der nationalsozialistische Staat Personen geleistet hatte, die im Kampf für die nationalsozialistische Erhebung Österreichs« Dienststrafen, Maßregelungen und finanzielle Benachteiligungen erlitten hatten. Damit wurden praktisch die vom Ständestaat gegen die Nationalsozialisten verhängten Strafen wiederhergestellt und bestätigt. Darüber hinaus wurde registrierten Nationalsozialisten auch eine direkte finanzielle Verpflichtung auferlegt, die Sühneabgabe, sozusagen als individuelle Reparationszahlung an den österreichischen Staat für den von Nationalsozialismus verursachten Schaden.¹²⁸ Die Sühneabgabe selbst wurde mit der Routine eines Steuerstaates eingehoben. Sie bestand aus einer laufenden Abgabe mit einem 10-prozentigen (Minderbelastete) beziehungsweise 20-prozentigen (Belastete) Aufschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer, einer Abgabe vom Ertrag grundsteuerpflichtiger Wirtschaftsgüter und einer einmaligen progressiven Vermögensabgabe. Ihr unterlagen alle registrierungspflichtigen Nationalsozialisten. Die Unterscheidung zwischen den beiden Personenkreisen fand eben auf dem Gebiet der Sühnefolgen ihren Ausdruck. Diese Sühnefolgen umfassten im Wesentlichen Einkommenskürzungen, wie Steuer- und Vermögensabgaben, Gehalts- und Pensionskürzungen im öffentlichen Dienst und ein Verbot für bestimmte Berufe, was dem Ziel „der Ausmerzung“ des nazistischen

¹²⁸ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 282.

Elements aus den Kommandostellen der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft dienen sollte.

Für Belastete bestand lebenslängliches Verbot, als Arzt, Notar, Richter, Staats- und Rechtsanwalt zu arbeiten.

Ex lege waren von den Sühnefolgen nur ausgenommen:

- *Minderbelastete Personen von der Vollendung des 70. Lebensjahres an.*
- *Minderbelastete Personen, sofern die der Versehrtenstufe 3 angehörten.*
- *Belastete- und minderbelastete Personen der Versehrtenstufe 4.*

Das Verbotsgesetz 1947 sah jedoch insofern eine individuelle Behandlung des Nationalsozialistenproblems vor, dass eine gänzliche oder teilweise Nachsicht der strafrechtlichen Folgen und sonstiger Sühnemaßnahmen durch den Bundespräsidenten möglich war. Des Weiteren waren die Sühnefolgen bei den minderbelasteten Personen teilweise zeitlich beschränkt, sie liefen nach drei Jahren automatisch aus, also 1948, und die Berufsverbote bezogen sich mehr oder weniger nur auf leitende Stellungen. Bei den Belasteten liefen die Sühnefolgen nach fünf Jahren aus. Härtere Maßnahmen für die belasteten Personen waren allerdings die pensionslose Entlassung aus dem öffentlichen Dienst und der Ausschluss vom aktiven und passiven Wahlrecht. Der eigentliche Ausgangspunkt der Parteiengespräche war jedoch die Festlegung jenes Personenkreises, der von der Registrierung ausgenommen werden sollte: Dazu zählten Parteianwärter, deren Aufnahme aus politischen Gründen verweigert worden war; Parteimitglieder, wenn sei ausgetreten, ausgeschlossen oder politisch Verfolgte waren: einfache Mitglieder der NSKK und NSFK, sowie der Betriebs-SA und schließlich Personen, die gemeinsam mit den Alliierten gegen die Nationalsozialisten gekämpft hatten. Außerdem blieb die Registrierung nach dem Verbotsgesetz aufrecht, dann die Meldepflicht und die Verzeichnung in Listen war weiterhin die Voraussetzung für die Behandlung des Nationalsozialistenproblems. Daher wurde anlässlich des neuen Gesetzes eine Frist für die Berichtigung von falschen Angaben in den Fragebögen gewährt und es ließen sich auch wirklich 11.899 Personen berichtigen bzw. nachregistrieren. Nun zeigt sich eine recht bemerkenswerte Entwicklung in der Haltung der österreichischen Parteien in der Nazifrage, hinsichtlich einer Mäßigung. Sie wurde das Kriterium der Illegalität, das die Sozialisten befürworteten entschieden abgelehnt; die von der Volkspartei

geforderte Miteinbeziehung der Parteianwärter wurde besonders bei den Sühnfolgen zum Teil wieder zurückgenommen. Die einfachen Mitglieder der NSKK und NSFK, die auf Betreiben der Kommunisten in das Verbotsgesetz gekommen waren, waren nicht mehr betroffen. In diesem Sinne kann man behaupten, dass sich die politische Linie gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten zusehends gemäßigt hat.¹²⁹

Die Phase der Amnestien

Die eigentliche Intention des Gesetzesvorschlages von 1946 lag ja eigentlich darin, die Entnazifizierung zu einem Ende zu bringen. Dies scheiterte jedoch am Veto der Besatzungsmächte. Die Regierung, die Angst hatte, Teile der Wählerschaft damit zu vergraulen, begann sich immer stärker für Amnestien einzusetzen. Die „Zeit der Amnestien“ begann 1948.¹³⁰

Jugendamnestie

Dabei handelte es sich um die Aufhebung der Sühnfolgen für alle Minderbelasteten der Jahrgänge von 1919 aufwärts. Von der Jugendamnestie sollten 41.216 Personen oder 8,5 Prozent der Minderbelasteten erfasst und von den Sühnfolgen befreit werden. Der Historiker Stiefel vermutet, dass von diesen jungen Jahrgängen nur 1965 Personen als belastet eingestuft werden mussten, was zum einem daran lag, dass diese Jugendlichen zum Militärdienst eingezogen worden waren und dadurch eine politische Betätigung weitgehend unmöglich war und zum anderen höhere Positionen auch im Nationalsozialismus erst mit einem gewissen Alter zu erreichen waren.¹³¹

Nur die Kommunistische Partei war mit der Jugendamnestie nicht voll ganz einverstanden. Sie verlangte eine Gesamtlösung der Nazifrage. Die Diskussion um die Jugendamnestie begann bereits im Oktober 1947, damals stand eine Studentenamnestie zur Debatte, die von den Russen aber beharrlich abgelehnt wurde. Als am 27. Februar 1948 der vom Nationalrat bereits gebilligte Entwurf der Jugendamnestie vor den Alliierten Rat kam, erwartete man eine lange Auseinandersetzung mit den Russen, die sich bisher dagegen gestellt hatten.

¹²⁹ David: Problematik der Durchführung und Wirkung von Entnazifizierung in Wien, S. 12.

¹³⁰ Mulley, Klaus Dieter: Zur Administration der Entnazifizierung in Niederösterreich, in: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S. 267-303. S. 283.

¹³¹ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 300.

Minderbelastetenamnestie

Zur Überraschung aller Mitglieder des Alliierten Rates legten die Russen den Vorschlag einer Generalamnestie für alle Minderbelasteten auf den Tisch.¹³²

Die Gewährung einer vollen Amnestie für minderbelastete Mitglieder der ehemaligen Nazipartei, sofern sie sich nicht selbst durch Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit anderer Personen oder durch Verbrechen gegen das österreichische Volk entehrt haben. Die Strafmaßnahmen, die in Übereinstimmung mit den Entnazifizierungsgesetzen 1945 und 1947 erfolgt sind (Sühneabgabe, Verlust der Wohnung, Eigentumsbeschlagnahme, Entlassung), sind weder aufzuheben noch wiedergutzumachen.

Folgende Anweisungen wären an die österreichische Regierung herauszugeben:

- *Alle Bestimmungen des Gesetzes Nr. 25 über die Belasteten sind entschieden und in kürzester Zeit anzuwenden.*
- *Alle Belasteten sind innerhalb von drei Monaten von führenden Positionen in Regierung, Öffentlichkeit, privaten Institutionen und Unternehmen zu entlassen.*
- *In Übereinstimmung mit dem Gesetz Nr. 25 sind alle Fälle von Kriegsverbrechern, Kollaborateuren, ehemals aktiven Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, die das Hitlerregime angeregt und unterstützt haben, zu beschleunigen.*
- *Wirkungsvolle Maßnahmen zur vollkommenen Liquidierung des Nazi-Untergrundes und der strengen Bestrafung dieses Untergrundes sind anzuwenden.*
- *Im Alliierten Rat sollen Empfehlungen zur konkreten Anweisung der österreichischen Regierung über die Vorgangsweise und die Durchführung der Amnestie und der Maßnahmen betreffend die Behandlung der belasteten Nazi ausgearbeitet werden, ebenso wie Empfehlungen zur Verstärkung der alliierten Kontrolle über die Durchführung der Entnazifizierung von Personen, die von der Amnestie ausgeschlossen sind.*

Die westlichen Alliierten erklärten sich mit den von den Russen vorgelegten Punkten einverstanden, mit der Ausnahme, dass die es ablehnten, die alliierte Kontrolle über Österreich wieder zu verstärken. Bereits vier Tage nach der entscheidenden Sitzung im Alliierten – und noch eine Woche vor dem offiziellen

¹³² Ebenda, S. 304 f.

Brief an den Bundeskanzler – hatten die Vertreter der Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs im Nationalrat einen Antrag auf totale Amnestie der Minderbelasteten eingebracht, bei dessen Begründung die Abgeordneten ihre Genugtuung nicht verhehlen konnten:

„Es ist auf die Dauer untragbar, daß es in einer Demokratie Bürger zweiten Ranges gibt. Mit Genugtuung haben wir nun Kenntnis erhalten, dass sich der Alliierte Rat in seiner Sitzung vom 27. Februar 1948 mit diesem Problem eingehend befasst hat und einer totalen Amnestie der Minderbelasteten absolut freundlich gegenübersteht.“¹³³

In ihrem Gesetzesvorschlag von 1946 war die Beendigung der Sühnefolgen für Minderbelastete mit dem 30. April 1948 vorgesehen. Der Alliierte Rat hatte diese Frist um zwei Jahre, bis 30. April 1950, verlängert. Mit dem Amnestiegesetz war der ursprüngliche, von den österreichischen Parteien festgelegte Endtermin bis auf wenigen Wochen trotz aller Schwierigkeiten Wirklichkeit geworden.¹³⁴ Das Jugendamnestiegesetz wurde am 28. Mai 1948 beschlossen, verlor aber angesichts der Minderbelastetenamnestie an Bedeutung.

Auswirkungen der Minderbelastetenamnestie

Von der Minderbelastetenamnestie waren mehr als 90 Prozent der registrierten Nationalsozialisten betroffen. Für 487.067 Personen war die politische Säuberung beendet. Sie sollten nun in staatsbürgerlicher wie in wirtschaftlicher Hinsicht den anderen Bundesbürgern gleichgestellt sein. Mit der Rückstufung von „belastet“ auf „minderbelastet“ waren so gut wie alle gesetzlichen Sühnefolgen aufgehoben. Eine Rückwirkung war allerdings nicht vorgesehen: Sühnefolgen, die bis zur Amnestie durchgeführt waren – Wohnungen, Entlassungen, Sühnezahlungen usw. blieben weiter aufrecht.

Es blieb der eigentliche Kern der ehemaligen nationalsozialistischen Bewegung, ungefähr 43.000 Belastete, deren Zahl sich aber durch Präsidentenamnestie ständig verringerte. Am 21. April 1948 wurde das Amnestiegesetz im Nationalrat behandelt. Diese Sitzung kann man durchaus als eine historische bezeichnen. Alle Parteien zogen Bilanz und arbeiteten ihren Standpunkt zum Nationalsozialismus und zur Entnazifizierung noch einmal heraus.

¹³³ Ebenda, S. 306f.

¹³⁴ Ebenda, S. 307.

Die Versuch einer „Belastetenamnestie“

Ab Anfang 1949 beschäftigen sich die österreichischen Parlamentarier mit einer „Belastetenamnestie“, die etwas 30.000 oder drei Viertel der Belasteten in Zukunft von den Sühnefolgen ausnehmen sollte.

Bei dem ersten Versuch 1949 dürfte es sich um Wahlkampf gehandelt haben, so wurde in der Debatte vom 13. Juli 1949 der Vorschlag der „Belastetenamnestie“ auf das Heftigste diskutiert und man warf sich gegenseitig das Umwerben von Wählerstimmen vor. Der Abgeordnete Honner meinte, die ÖVP hätte *„nahezu vier Jahre Zeit gehabt, das Naziproblem in einer befriedigenden Weise zu lösen. Was die ÖVP aber nicht getan habe. Folglich tragen sie die Verantwortung für das, was auf dem Gebiete der NS-Gesetzgebung geschehen ist. Es werden sich nur wenige denkende ehemalige Nationalsozialisten finden, die Ihnen auf die Leimruten gehen, die jetzt angesichts der bevorstehenden Wahlen überall auslegen.“*¹³⁵

So berichtete Gorbach am 13. Juli 1949 dem Nationalrat: *„Die Fortsetzung der Härten und Sühnemaßnahmen des NS-Gesetzes in diesem Umfange schien schon im vergangenen Jahr nicht mehr gerechtfertigt, sollte das angestrebte Ziel in Frage gestellt und die beabsichtigte Wirkung des Gesetzes ins Gegenteil verkehrt werden. Aus diesen Erwägungen heraus hat die österreichische Volksvertretung die Amnestiegesetze für Jugendliche und Minderbelastete erlassen und zu diesen Verfassungsgesetzen die einhellige Zustimmung der Besatzungsmächte erhalten. Der eingeschlagene Weg hat sich innenpolitisch gesehen als richtig und zweckmäßig erwiesen. Daher ist die Absicht verständlich. Einen Schritt weiter zugehen und ein Amnestiegesetz für bestimmte Gruppen belasteter sowie nach dem Verbotsgesetz 1947 verurteilter Personen folgen zu lassen. [...] Darüber hinaus fordert die Sicherung der Zukunft nicht minder wie das Gesetz der so lange mit den Füßen getretenen Menschlichkeit die größtmögliche Beschränkung, Versöhnungsbereitschaft und Milde. Die Zahl der Schwerebetroffenen muß so klein wie möglich gehalten werden, damit die anderen*

¹³⁵ Stenographisches Protokoll. 115. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. 13. Juli 1949, S. 3334.

*umso leichter und sicherer in das neue Österreich und in eine neue menschliche Gesinnung herüberfinden.*¹³⁶

Die politischen Parteien waren bezüglich einer allgemeinen Belastetenamnestie geteilter Meinung. Die SPÖ lehnte den Gesetzesvorschlag ab, da sie die Ablehnung im Alliierten Rat befürchteten. Die ÖVP unterstützte den Antrag, der aufgrund der mangelnden Mehrheit nicht angenommen wurde. Der Versuch der eine Belastetenamnestie durchzuführen, kann mit den Wahlen im Jahr 1949 in Verbindung gebracht werden. Alle drei Parteien versuchten, die ehemaligen Nationalsozialisten für sich zu gewinnen. Eng verknüpft mit dieser wahltaktischen Behandlung der Belastetenamnestie war das Ringen um die Zulassung einer vierten politischen Partei, dem Verband der Unabhängigen.¹³⁷

1952 wollte die Politik einen endgültigen Schlussstrich unter das „Naziproblem“ ziehen, es kam zum erneuten Versuch einer „Belastetenamnestie“ und einer „Vermögensverfallsamnestie“. Diese wurden von Nationalrat beschlossen, fanden aber nicht die Zustimmung des Alliierten Rates.¹³⁸ Der Schlussstrich kam erst 1957, zwei Jahre nach Abschluss des Staatsvertrages mit der „NS-Amnestie“ und der endgültigen Aufhebung aller Entnazifizierungsgesetze.

Weitere Amnestien

Noch 1948 kam eine „Wahlschwindelamnestie“ für falsche Angaben bei der Nationalratswahl 1945 in Bezug auf das Verhältnis zur NSDAP. Im Juli 1949 wurde eine „Streichungsamnestie“ beschlossen, nach der die Verzeichnung von Minderbelasteten in den Registriertenlisten fallen gelassen werden sollte. Bereits ab Anfang 1949 beschäftigten sich die österreichischen Parlamentarier mit einer „Belastetenamnestie“, die etwas 30.000 oder drei Viertel der Belasteten in Zukunft von den Sühnefolgen ausnehmen sollte. Im Dezember 1951 beschloss der Nationalrat eine „Spätheimkehreramnestie“ für alle Personen, die erste nach dem 30. April 1949, also vier Jahre nach Kriegsende, aus der Gefangenschaft zurückkehrten. Im Ganzen betraf dies etwa 1116 Personen. 1952 kam es nochmals zu einem großen Versuch des Nationalrates mit einer neuerlichen

¹³⁶ Stenographisches Protokoll. 115. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. 13. Juli 1949, S. 3331.

¹³⁷ Tweraser, Kurt, Die amerikanische Säuberungspolitik. In: Walter Schuster / Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S.363-398, S.390.

¹³⁸ Mulley: Zur Administration der Entnazifizierung in Niederösterreich, S. 284.

„Belastetenamnestie“ und einer „Vermögensverfallsamnestie“. Als Schlussstrich, als Abschluss kam 1957 die „NS-Amnestie“ die eine endgültige Aufhebung aller Entnazifizierungsgesetze brachte.¹³⁹

Eine ganz eigene Entwicklung nahm aber die „Belastetenamnestie“ 1949. Sie wurde ursprünglich als weiterer Schritt auf dem Weg, der mit der Minderbelastetenamnestie beschriftet worden war, gesehen, als weiterer Schritt der inneren Befriedung, wie es der parlamentarische Berichterstatter Gorbach ausdrückte. Die günstige innenpolitische Entwicklung hat die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges bewiesen und die geradezu zwingende Forderung ergeben, weitere Schritte zur vorzeitigen Beendigung der im NS-Gesetz und im Verbotsgesetz 1947 vorgesehenen Straf- und Sühnemaßnahmen zu unternehmen. Daher erschien jetzt die Zeit gekommen, ein Gesetz für bestimmte Gruppen Belasteter sowie nach dem Verbotsgesetz 1947 verurteilter Personen zu beschließen.¹⁴⁰

Mit der Belastetenamnestie ist der Kreis, den Dieter Stiefel für die Entnazifizierung skizziert hat, geschlossen: „*Von Rache zur Rechtsstaatlichkeit und Amnestie*“.¹⁴¹

¹³⁹ Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, S. 310.

¹⁴⁰ Gorbach in Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, S. 310.

¹⁴¹ Stiefel: Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich, S. 47.

Die politische Integration der ehemaligen Nationalsozialisten

Im ersten Kapitel wurden die rechtlichen Grundlagen der Entnazifizierung erklärt. Es war von Anfang an klar, dass es sich dabei nur um zeitliche befristete Maßnahmen handeln konnte. In einer Demokratie ist es nicht möglich, einen großen Teil Bevölkerung von den politischen Rechten zu entbinden.

Ein zentrales Problem der Entnazifizierung waren die Mitläufer, jene Personen, die nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus persönlichem Vorteil den NS-Organisationen beigetreten sind. Diese Gruppe ist aber auch diejenige, die am leichtesten zu entnazifizieren war, da sie nicht aus persönlicher Überzeugung, sondern nur aus wirtschaftlichen Gründen zum Nationalsozialismus bekannten.¹⁴²

Die Reintegration der, wie Adolf Schärf sie nennt, „gewesenen“ Nationalsozialisten führte zu einem Buhlen bei allen Parteien um die Wählerstimmen dieser Menschen. Die Zugänge und Versuche diese Wähler für sich zu gewinnen waren in den Parteien sehr unterschiedlich.

Zusätzlich kam hinzu, dass es in Österreich traditionellerweise drei politische Lager gegeben hatte. Die beiden großen Lager, das christlichsoziale und das sozialdemokratische hatten die Jahre 1933 bis 1945 nahezu unbeschadet überstanden. Das dritte Lager, das deutsch-nationale, war aufgrund der Nationalsozialistengesetze nicht handlungsfähig. Mit dem Wahlrecht für ehemaligen Nationalsozialisten wurde auch die Frage einer eigenen Partei für das „dritte Lager“ aktuell. Die Partei, die nach einigen fehlgeschlagenen Versuchen einzelner Gruppen und Grüppchen, gegründet wurde, war ursprünglich liberal konzipiert.

Nach Abschluss des Staatsvertrages übernahmen aber die nationalen Gruppierungen in der Partei die Macht. Damit waren die drei Lager in Österreich in ihrer ursprünglichen Form vertreten.

¹⁴² Stiefel: Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich, S. 48.

Die vierte Partei

Mit der Minderbelastetenamnestie stieg die Zahl der Wahlberechtigten für das Jahr 1949 um 487.000 Personen, das waren immerhin 12 Prozent aller Stimmen. Zählt man die Angehörigen dazu, so kann davon ausgegangen werden, dass rund 25 Prozent der österreichischen Bevölkerung von der Entnazifizierung direkt oder indirekt betroffen waren.¹⁴³ Diese Stimmen waren für den Wahlausgang entscheidend. Die große, alles entscheidende Frage war daher, welches Wahlverhalten die Entnazifizierten zeigen würden. Sie hatten großen Einfluss auf den Ausgang der Wahlen und konnten die Koalition durchaus ins Wanken bringen. Das war zwar die größte, aber nicht die einzige Gruppe, die für eine vierte Partei ein großes Wählerpotenzial darstellte.

Die potenziellen Wähler einer vierten Partei

Die ehemaligen Nationalsozialisten

Die ehemaligen Nationalsozialisten durften bei den ersten Wahlen 1945 noch nicht aktiv werden und wurden durch diverse Sühnemaßnahmen wirtschaftlich und beruflich benachteiligt. Mit dem Gesetz 1946/47 und der Änderung der politischen Perspektive von der individuellen Schuld hin zur Kollektivschuld entwickelte sich dieser Gruppe allmählich zu einer ernst zu nehmenden „außerparlamentarischen Opposition“. Trotz der Beteuerung, vor allem die „großen Nazis“ abzustrafen, wurden die kleinen Nationalsozialisten – die Mitläufer – schwerer bestraft als so mancher ranghohe Nazi. Dementsprechend fühlten sich die kleinen Nazis ungerecht behandelt, während sich die großen Nazis bestätigt fühlten und ihren Überzeugungen treu blieben. Alle ehemaligen Nationalsozialisten – egal, welche Funktionen sie früher innehatten – wurden vorläufig nicht in das neue Staatsgefüge integriert.¹⁴⁴

¹⁴³ Rathkolb, Oliver: NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU, in: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter; Rathkolb, Oliver (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945– 1955, Wien 1986, S. 73-99, S. 80.

¹⁴⁴ Stäuber, Roland: Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die freiheitliche Partei (FPOe). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945. Organisation Kolb St. Gallen 197 S. 62 sowie Dieter Stiefel, S. 88f.

Nach 1945 brachte die Aufteilung Österreichs in vier Besatzungszonen mit entsprechend unterschiedlichen Vorstellungen viele Probleme mit sich, die ein einheitliches Vorgehen in dieser Sache noch erschwerten. Eine Frontstellung aller demokratischen Kräfte zur Erlangung des ersehnten Staatsvertrages war von großer Wichtigkeit. Noch vor der Erlangung eines rechtskräftigen Staatsvertrages waren sich alle großen politischen Lager einig, dass die ehemaligen Nationalsozialisten ein potenzielles Wählerreservoir mit einer Stärke von über 400.000 Stimmen für eine neue deutschnationale Partei sein könnten. Dies ist auch insofern einleuchtend, als ja der Großteil der österreichischen Nationalsozialisten dem nationalen Lager entstammte.¹⁴⁵

Die Heimkehrer und Volksdeutschen¹⁴⁶

Die zweite große Gruppe mit etwa 30.500 Personen umfasste die Heimkehrer und die Volksdeutschen, die sich nicht mit den damaligen Verhältnissen abfinden wollten.¹⁴⁷ Man hatte jahrelang für das Reich an der Front gekämpft, ohne dass dieser Einsatz nun gewürdigt würde. Außerdem konnten sich viele Personen, die in der deutschen Wehrmacht Karriere gemacht hatten, psychisch mit ihrer im zivilen Leben plötzlich unbedeutenden Position nur schwer abfinden.¹⁴⁸ Eine Umfrage der „Berichte und Informationen“ im Jahr 1947 ergab, dass 67 % der befragten Heimkehrer für die Gründung einer neuen Partei waren, 46,7 % der Befragten (Heimkehrer) befürworteten eine Rechtspartei.¹⁴⁹

Viele Volksdeutschen waren aus den Ländern geflohen, die zur Donaumonarchie gehört hatten. Sie konnten es nicht begreifen, dass sie nicht mehr stolz auf ihr Deutschtum sein durften, dass sie sich nicht einmal mehr Deutsche nennen durften.¹⁵⁰

¹⁴⁵ Stäuber: VdU und FPOe S. 64.

¹⁴⁶ Hasel, Brigitte: Die Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien, 1989; siehe auch Hasel, Brigitte: Die Heimkehrer nach dem Zweiten Weltkrieg: Heimkehrerverbände Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland, Wien, 1992.

¹⁴⁷ Piringer Kurt, Der VDU, Verband der Unabhängigen 1948 – 1956, HG.:Freiheitliche Akademie

¹⁴⁸ Stäuber: VdU und FPOe S. 64 bzw. Toncic, in Berichte und Informationen, Heft 134, 19. November 1948, S. 2331.

¹⁴⁹ Berichte und Informationen, Heft 73, 19. September 1947, S. 3; in Stäuber, Roland: VdU und FPOe S. 64.

¹⁵⁰ Stäuber: VdU und FPOe, S. 64.

Das national-liberale Bürgertum

Die dritte soziale Schicht war die Gruppe, die zum damaligen Regime in Opposition stand. Teile des national-liberalen Bürgertums wie die ehemaligen Großdeutschen und die „Landbündler“, die nicht zum Nationalsozialismus gewechselt waren, zählten zu dieser Fraktion. Ein Teil dieser Gruppe hatte sich jedoch schon relativ früh der ÖVP angeschlossen.

Ehemalige Nationalsozialisten, Heimkehrer, Volksdeutsche und viele national-liberale Bürgerliche konnten zunächst weder bei der ÖVP noch bei der SPÖ eine neue politische Heimat finden. Sie waren das latente Stimmenreservoir für eine deutschnational-liberal gefärbte Partei. Die Großparteien sahen bald, dass sich in diesen Gruppen eine ernst zu nehmende anti-österreichische Oppositionsbewegung sammeln könnte. Um dieser antidemokratischen - eventuell auch neonazistischen - Gefahr Herr zu werden, beschloss die Koalition im März 1948, minderbelastete Nationalsozialisten wieder zu den nächsten Nationalratswahlen zuzulassen.¹⁵¹ Die Großparteien versuchten, die ehemaligen Nationalsozialisten für sich selbst zu gewinnen. Mit diversen politischen Maßnahmen konnte der Unmut vieler kleiner Nazis und Heimkehrer beschwichtigt werden. Das Nationalsozialistenproblem begann sich also schon vor der Neuformierung des nationalen Lagers zu entschärfen.¹⁵²

Das Ringen um die Zulassung einer vierten Partei

Eine Vertretung der nationalen Gruppen war aus folgenden Gründen lange nicht möglich:

Der Begriff „national“ wurde von den Alliierten mit „nationalsozialistisch“ gleichgesetzt. Das war eine Simplifizierung des Problems. Obgleich auch nicht geleugnet werden konnte, dass die meisten Abgeordneten, Funktionäre und Mitglieder der beiden großen nationalen Parlamentsparteien der Ersten Republik, der Großdeutschen Volkspartei und des Landbundes nach dem Anschluss der NSDAP beigetreten waren. Die mögliche Partei hätte keine Kandidaten und Funktionäre aufbieten könne, da die früher Parteilite auf den Registrierungslisten stand.

¹⁵¹ Wiener Zeitung, 4. März 1948; In: Stäuber, Roland: VdU und FPOe S. 66

¹⁵² Stäuber: VdU und FPOe, S. 66.

Die ÖVP versuchte sich, als alleinige Vertretung der nichtsozialistischen Wählerpools zu präsentieren. Das war aber nur möglich, wenn die Alliierten keine weitere nationale oder auch bürgerliche Partei zuließen.

Die Kommunistische Partei war in der provisorischen Regierung als gleichberechtigter Partner aufgenommen worden. Eine vierte Gruppe hätte eine weitere Teilung der Macht bedeutet und die Größenverhältnisse richtiggestellt: zwei Großparteien und zwei Kleinparteien.¹⁵³

Die Herangehensweise der beiden großen Parteien war vollkommen unterschiedlich, die Vorstellung über diese vierte Partei in jeder Partei anders.

Die Sozialisten setzten sich bei der provisorischen Regierung für eine nationale Partei ein. Über die Beweggründe für diese Überlegung gibt es unterschiedliche Thesen. Viktor Reimann schreibt in seiner Biografie, Renner wollte den ehemaligen Landbund mit seinen Führern Schumy und Hartleb mit der Begründung, „zwei bürgerliche Parteien, damit die eine nicht zu stark wird“¹⁵⁴, als vierte demokratische Partei anerkennen. Dieser Vorschlag Renners wurde jedoch abgelehnt.

Der Historiker Oliver Rathkolb meint, dass Renner offensichtlich die ehemaligen „Christlichsozialen“ nicht in der Regierung wollte und mehrfach versuchte, eine Reduktion des Parteienschemas auf Sozialdemokraten und unabhängige „Bauern“ (inklusive dem ehemaligen deutschnationalen Landbund) zu erreichen – mit deutlichen Hinweisen auf den Austrofaschismus und das autoritäre Dollfuß-Schuschnigg Regime 1933/1934-1938“.¹⁵⁵ Diese Ansicht vertritt auch Manfred Rauchensteiner, der meint, Renner hatte in der provisorischen Staatsregierung auch Posten freigelassen, die er dann Vertretern des übrigen Österreich, aber auch dem Landbund übertragen wollte, von dem er annahm, dass er sich unter Vinzenz Schumy oder einem anderen ehemaligen Landbündler wieder konstituieren würde. Der Landbund ging jedoch vollständig in der ÖVP auf.¹⁵⁶ Moskau aber wollte die Rückkehr zu den Verhältnissen vor Auflösung des

¹⁵³ Reimann: Dritte Kraft S. 53.

¹⁵⁴ Reimann: Dritte Kraft S. 52.

¹⁵⁵ Rathkolb, Oliver: Internationalisierung S. 24. siehe auch Rathkolb, Oliver: Die paradoxe Republik, S. 76.

¹⁵⁶ Rauchensteiner: Der Sonderfall S. 71.

Parlaments 1933 – unter dem Verbot der NSDAP und ihrer Gliederungen – und mit einer formalen Gleichstellung der Kommunisten.¹⁵⁷

Das Drei-Parteien-Schema SPÖ, KPÖ und ÖVP wurde bei der Etablierung der Stadtverwaltung durchgezogen. Bei der ÖVP als Nachfolgepartei der Christlichsozialen wurde lediglich auf prononcierte Vertreter des Ständestaates verzichtet.¹⁵⁸

Schärf und Helmer stellten sich eine „Dritte Kraft“ vor, die ausschließlich im Nationalen beheimatet sein sollte. Schärf bezeichnet in seiner Biografie drei Überlegungen als maßgebend dafür, dass sich die SPÖ im „Frühjahr des Jahres 1949“ entschloss, für eine freie Parteienbildung einzutreten:

- die grundsätzliche Entscheidung, dass Demokratie und freies Wahlrecht auch die freie Parteienbildung verlangen
- die Praktische, dass die Bildung neuer Parteien anstelle des Systems konzessionierter Parteien das wahre Kräfteverhältnis zum Ausdruck bringen werde – wobei die SPÖ überzeugt war, dass die Volkspartei ihre bisher besessene Mehrheit im Nationalrat einbüßen würde
- und schließlich, dass der Staatsvertrag von einem Parlament angenommen werden sollte, das auch wirklich aus allgemeinen und freien Wahlen hervorgegangen sein.¹⁵⁹

Die Sozialdemokraten setzten sich sehr für die Gründung einer weiteren Partei ein, da sie die Hoffnung hatten, dass das bürgerliche Lager damit geschwächt werden würde und eine absolute Mehrheit der ÖVP in der Regierung dadurch verhindert werden könne. Die ÖVP hingegen versuchte, mit allen Mitteln die Gründung einer weiteren Partei zu verhindern und strebte eine „bürgerliche Einheitspartei“ an.

Die Sozialisten begannen, die Besatzungsmächte wegen ihrer ablehnenden Haltung bei Parteineuzulassungen immer heftiger zu kritisieren. Sie nutzten ihre Kontakte zu Abgeordneten der Labour Party in London. Ein Besuch von Vizekanzler Schärf im Jänner 1949 wurde dazu genutzt, um mit Außenminister Bevin über die Parteineuzulassungen zu sprechen. Über den Umweg London und Washington versuchten die Innenminister Helmer, die alliierte Zustimmung zum

¹⁵⁷ Rathkolb: Internationalisierung, S. 24.

¹⁵⁸ Rathkolb: Internationalisierung, S. 24.

¹⁵⁹ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 241.

Wahlgesetz, das am 18. Mai 1949 vom Parlament beschlossen worden war, zu erlangen. Helmer schreibt über seine erste Auslandsreise als österreichischer Minister. Bei einem Empfang in der österreichischen Gesandtschaft sei ausführlich über die österreichischen Probleme gesprochen worden. Dabei wurde unter anderem die Bildung einer vierten Partei zur Sprache gebracht. Die ÖVP Regierungsmitglieder, vor allem Gruber und Figl, versuchten das zu verhindern:

„In der Diskussion über diese Frage nahm Außenminister Gruber einen absolut ablehnenden Standpunkt gegen die Zulassung einer vierten Partei ein, während ich darauf verwies, dass für ein Verbot der Zulassung keinerlei gesetzliche Handhabe bestehe. Wenn die Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) die für den Wahlvorschlag nötige Zahl der Unterschriften aufbringt, dann muß ich als Innenminister und Vorsitzender der Wahlbehörde diesen Vorschlag annehmen. Gegen diese Argumentation war die Ablehnung Grubers machtlos; schließlich gewann ich den Eindruck, dass meine Argumentation bei den Franzosen einen positiven Eindruck hinterließ. Die Aussprache erfolgte in einer außerordentlich verbindlichen Form.“¹⁶⁰

Diese Zulassung des WdU zu den Wahlen wurde erst am 9. September, einen Monat vor dem Wahltag, erteilt.¹⁶¹ Die ÖVP versuchte, die zusätzliche Partei zu verhindern und im Gegenzug die wieder zur Wahl zugelassenen Minderbelasteten für sich zu gewinnen.¹⁶² So meinte der sozialistische Chef Außenpolitiker Julius Deutsch am 1. Juli 1948 während eines Arbeitsmittagessens zu seinem amerikanischen Gesprächspartner Martin Hertz, die gegenwärtige Größe der ÖVP sei unnatürlich, neue Parteien, wenn erst einmal zugelassen, könnten ihr schon bis zu 20 Mandate wegnehmen. Und wenn sich die politische Gruppierung nicht zu einer größeren mit reinem Nazi-Hintergrund zusammenschlüsse, so werde es bei den nächsten Wahlen nicht nur eine, sondern viele neue Parteien geben.¹⁶³ Wie konträr doch, zufällig am selben 1. Juni, der ÖVP Außenminister Gruber! Er hatte einen anderen Angehörigen der US-Gesandtschaft, Charles Yost, im Außenamt auf den Ballhausplatz gebeten und von der großen Gefahr für die politische Stabilität im Lande gesprochen, die von neuen Parteien ausgehen könnte: »He [Gruber] admitted frankly that part of his concern was due to the fact that any new parties which are likely to be formed would aim into the strenght of

¹⁶⁰ Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 248; und auch Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 242.

¹⁶¹ Leidenfrost, Josef: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949, S. 144.

¹⁶² Ebenda, S. 142.

¹⁶³ Ebenda, S. 142 f.

the People's Party primarily.«¹⁶⁴ Gruber beschwor die Amerikaner, jede vor den Alliierten Rat gelangende Bewerbung einer politischen Gruppierung um Zulassung als Partei so lange wie möglich hintanzuhalten. Plötzlich schienen sich die Besatzungsmächte zwischen den Parteien zu befinden und nicht mehr umgekehrt - wie noch vor zwei Jahren - die österreichischen Politiker zwischen den Alliierten.

Vorläufer der neuen Partei

Seit Anfang 1948 begannen sich an verschiedenen Orten in Österreich neue politische Gruppierungen zu bilden. Die meisten davon waren unbedeutend oder meistens nur auf ein Bundesland oder sogar nur eine Gemeinde beschränkt.

Die Verfassungstreue Vereinigung (VV)

Den ersten ernst zu nehmenden Versuch, das nationale Lager zu organisieren, war die Gründung der „Verfassungstreuen Vereinigung“ im Juli 1947. Ihre Initiatoren gehörten dem altnationalen Lager wie dem Landbund an. Ehe der Austrofaschismus 1933/34 nach der Auflösung des Nationalrates ein generelles Parteienverbot aussprach, waren ihre Vertreter in nationalen Parteien tätig gewesen. Die bedeutendsten Mitglieder dieser Vereinigung waren: Fritz Stüber, Universitätsprofessor Ernst Schönbauer, der ehemalige Vizekanzler im Kabinett Seipel, Karl Hartleb, der niederösterreichischen Landtagsabgeordneten Anton Gasselich und der Verleger und ehemaligen Bundesrat Leopold Stocker.¹⁶⁵ Sie alle waren entweder ehemalige Nationalsozialisten oder Sympathisanten des Dritten Reiches und fühlten sich gewissermaßen als die Vertreter und Fürsprecher der ehemaligen Nationalsozialisten und Heimkehrer. Aus ihrer früheren politischen Tätigkeit verfügten viele über Kontakte zu Oskar Helmer. Er riet ihnen, sich als Verein anzumelden, um nicht in den Verdacht der Geheimbündelei zu geraten. Am 15. Juli wurde die „Verfassungstreue Vereinigung“ schließlich vom Innenministerium genehmigt.¹⁶⁶ Die Vereinigung wurde ein Sammelbecken ehemaliger Großdeutscher und Landbündler.

Am 22. September 1948 wurde die Verfassungstreue Vereinigung aufgelöst. Als Begründung dafür wurde Folgendes angegeben: „Die Richtigkeit der

¹⁶⁴ Ebenda, S. 142.

¹⁶⁵ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 17 f.

¹⁶⁶ Reimann: Dritte Kraft, S. 51.

Wahrnehmungen, dass der Verein durch Vorstandmitglieder mit der in Graz aufgedeckten neonazistischen Bewegung in Verbindungen gestanden ist, hätte sich besonders in letzter Zeit erhärtet“ wie in der „Wiener Zeitung“ zu lesen stand. Das entsprach jedoch nicht den Tatsachen. Als Ausgangspunkt für eine „vierte Partei“ war der alte Landbund nach langem Hin und Her im entscheidenden Moment ausgeschaltet worden.¹⁶⁷ Der erste Versuch zur Gründung einer Partei war damit gescheitert.

Herbert Kraus und Viktor Reimann haben die Auflösung der VV missbilligt. So schrieb Reimann in den „Salzburger Nachrichten“:

„Die Verfassungstreue Vereinigung hat im Programm, soweit es wenigstens der Redaktion zugegangen ist, keinen Punkt, der neofaschistischen Charakter hätte.“¹⁶⁸

Die Vertreter der ehemaligen Nationalsozialisten mussten einsehen, dass sie allein eine politische Partei nicht begründen konnten. Ein Zusammenschluss mit den beiden Journalisten, die ihre Interessen vertraten, schien den VV-Leuten aus zwei Überlegungen heraus eine ideale Lösung zu sein: Erstens waren beide entschiedene Gegner der NS-Gesetze, und zweitens konnte durch die Aushängeschilder Kraus und Reimann der Verdacht des Neonazismus in einer solchen politischen Gruppierung gemildert werden und so das Vertrauen der Bundesregierung und der Alliierten eher gewonnen werden. Mit Kraus und Reimann konnte man so die eigenen Forderungen an die Öffentlichkeit bringen. Ganz in diesem Sinne schrieb der ehemalige Nationalsozialist und zukünftige VdU-Nationalrat Pfeifer:

„Beide Männer (Kraus und Reimann) gehörten allerdings nicht dem nationalen Lager an, konnten aber deswegen leichter handeln und waren durch ihre publizistische Tätigkeit bereits bekannt.“¹⁶⁹

Demokratische Union

Der nächste Versuch, eine zweite bürgerliche Gruppe zu gründen, war die Anfang 1948 in Kärnten gegründete „Demokratische Union“ (DU). Der Vorläufer der DU war die „Freie Demokratische Partei“. Einer der Mitbegründer war Fritz Bock.

¹⁶⁷ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 35.

¹⁶⁸ Salzburger Nachrichten, 228, 4. Oktober 1948.

¹⁶⁹ Pfeifer, Österreichische Parteien, S. 445.

Als sie 1948 um Zulassung außerhalb Kärntens ansuchte, wurden bei den beiden Großparteien erstmals Überlegungen angestellt, wie man mit diesem Problem umgehen sollte. Dabei zeigte sich, dass innerhalb der ÖVP bereits mit dem Gedanken gespielt worden war eine quasi Schwesternpartei zu mitzubegründen, das Gros der Delegierten einer neuen Parteigründung jedoch ablehnend gegenüberstand.¹⁷⁰ Die DU scheiterte am Einspruch des Alliierten Rates, da sie des Neonazismus verdächtigt wurde. Die Repräsentanten der Demokratischen Union wurden 1949 in die Leitung des VdU aufgenommen.

Parteilose Betriebsräte

Die parteilosen Betriebsräte schlossen sich am 12. Oktober 1948 in Oberösterreich in Hoffnung, dass ihre Kollegen in ganz Österreich ihrem Beispiel folgen würden, zusammen. Bei den Betriebsratswahlen 1947 und 1948 hatten die parteilosen Betriebsräte 27 Prozent der Stimmen gewinnen können und waren somit stärker als die Vertretungen des ÖAAB und der KPÖ zusammen. Für den Österreichischen Gewerkschaftsbund hatte das allerdings keine Bedeutung, für ihn galten nur die drei Lizenzparteien. Nur sie hatten das Recht, im ÖGB vertreten zu sein.¹⁷¹

Heimkehrer-, Hilfs- und Betreuungsstellen (HHB)

Die HHB waren entstanden, weil sich die drei Lizenzparteien zunächst wenig um das Heimkehrerproblem kümmerten. Sie wollten den heimkehrenden Kriegsgefangenen helfen, ihre Rechte bei den Behörden durchzusetzen. Die größte Organisation befand sich in Graz, die Leitung hatte Dr. Ernst Strachwitz inne.¹⁷²

Erst als die Zahl der Heimkehrer ständig anstieg, bemerkten auch die Parteien, dass es sich dabei um zukünftige Wähler handelte. Alfons Gorbach, der die Heimkehrerorganisationen für die ÖVP gewinnen wollte, verteidigte im Parlament Strachwitz im Besondern und die Soldaten im Allgemeinen. Nun hörten sie aus dem Munde eines führenden ÖVP-Mandatars, wie tapfer und heldenhaft sie im Zweiten Weltkrieg gewesen seien, während sie früher nur als Streiter des größten

¹⁷⁰ Rauchensteiner: Der Sonderfall S. 262.

¹⁷¹ Reimann: Dritte Kraft, S. 96.

¹⁷² Ebenda, S. 96.

Verbrechens der Weltgeschichte hingestellt worden waren. Auch wies Gorbach die Kampftechnik in der Linkspresse entschieden zurück, Strachwitz wegen seines ihm im Krieg verliehenen Ritterkreuzes zu diffamieren. Strachwitz wurde von diesem Tag an eine wichtige Figur im wahlstrategischen Konzept der ÖVP.¹⁷³

Die bevorstehenden Wahlen des Jahres 1949 brachten die etwa 22 Gruppen und Grüppchen, die gerne vierte Partei werden wollten, in Bewegung. Die beiden großen Parteien behielten ihren schon Anfang 1948 skizzierten Weg bei.¹⁷⁴

Die Parteigründung

Herbert Kraus' Idee von einer neuen liberalen Partei als Bereicherung der demokratischen Parteienlandschaft

Herbert Kraus hatte zuvor keine Ambitionen, in der Politik tätig zu sein oder zu werden. Er wollte eigentlich in Salzburg „bloß“ eine Zeitung herausbringen. Diese sollte eine konservative Tageszeitung sein, die als Vorbild die „Neue Freie Presse“ hatte, allerdings ohne deren liberale Züge.¹⁷⁵ Die Redakteure sollten aus Kreisen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus rekrutiert werden.

Da er keine Lizenz von den amerikanischen Alliierten erhielt, gründete er das „Österreichische Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik“ und gab die Wochenschrift „Berichte und Informationen“ heraus. In der ersten Nummer erschien eine Übersicht, aus welchen sozialen Schichten und geistigen Gruppierungen die Wähler der drei Parteien bei den Nationalratswahlen 1945 gekommen waren.

Herbert Kraus hatte sich im Mai 1946 in einem Artikel der „Berichte und Informationen“ noch gegen die Gründung einer vierten Partei ausgesprochen. Er befürchtete, dass sich „unter dem Deckmantel der Demokratie“ die damals ausgeschalteten Nationalsozialisten wieder zu politischer Aktivität zusammenfinden könnten¹⁷⁶. Dabei war ihm das Problem, dass zu diesem Zeitpunkt ca. 500.000 Menschen in eine, wie er es nannte, „ewige Opposition“ hineingezwängt wurden, bewusst.

„Ich wollte Publizist sein, ein Mahner der Nation, einer, der dem Politiker das Material

¹⁷³ Ebenda, S. 105.

¹⁷⁴ Rauchensteiner: Der Sonderfall, S. 263.

¹⁷⁵ Rathkolb: Politische Propaganda, S. 83.

¹⁷⁶ Reimann: Dritte Kraft, S. 92.

und die Instrumente bereitlegt. Aber ich war schon zu weit vorgestoßen, und vor allem: der Politiker, dem ich die Instrumente reichen wollte, war nicht da.“¹⁷⁷

Kraus schreibt, in den ersten drei Jahren hätte es keine lebhafteren parteipolitischen Auseinandersetzungen gegeben. Die innenpolitische Szene belebte sich aber, als das „Nationalsozialisten-Gesetz“ 1947 – auf sowjetischen Einspruch hin verschärft wurde.¹⁷⁸ Im Februar 1947 schrieb er als Reaktion auf das Entnazifizierungsgesetz vom Februar 1947 einen anklagenden Artikel in „Berichte und Informationen“ gegen das Nationalsozialistengesetz 1947. Er erhob Vorwürfe gegen die Verantwortlichen für diese Entrechtung einer halben Million Menschen. Diese Nummer der Ausgabe wurde dreimal gedruckt. Die ehemaligen Nationalsozialisten hatten in Kraus einen Ansprechpartner gefunden. Es gab aber auch noch andere mit den Regierungsparteien Unzufriedene, die durchaus als potenzielle Wähler einer vierten Partei gesehen werden konnten. Ab Mitte 1948 sah sich Kraus um, was denn die Leute von Einfluss und politischen Gewicht über eine solche Parteigründung dachten. Die parteiunabhängige Presse hatte auf der Innsbrucker Tagung beschlossen, einen „Feldzug zur Einführung der unmittelbaren Demokratie“¹⁷⁹ zu beginnen. Das Zweiparteienregime wurde als zu diktatorisch gesehen und sollte in Schach gehalten werden. Canaval, von den Salzburger Nachrichten, legte sein Projekt eines „Verbands der Wahrung der Staatsbürgerrechte“ vor.

Die Zweigstellen seines Institutes hatten intensiven Kontakt zu den Wirtschaftsprüfern. Bei einer größeren Aussprache in Oberösterreich wurde Kraus gefragt, ob er bereit wäre, eine vierte Partei zu gründen. Kraus stellte unter anderem die Frage, ob die Herren in der Lage wären, entscheidenden finanziellen Beitrag für die Organisation zu leisten. Das wurde mit einer konkreten Summe zugesagt.¹⁸⁰

In der Steiermark wurden ihm von Waldbesitzern größere Holzkontingente angeboten, damit er in Lage war, das Papier für eine Tageszeitung zur Verfügung zu stellen. Auch in Vorarlberg fand er bei den Industriellen Unterstützung.

¹⁷⁷ Kraus: Objektivität, S. 192.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 183.

¹⁷⁹ Ebenda, S. 195 f.

¹⁸⁰ Ebenda, S. 195.

Sein politisches Credo war die „Versöhnung“ und die „Anständigkeit“. Die Versöhnung war für ihn ein Akt der Anständigkeit. Die Nationalsozialistengesetze waren für Kraus ein Zeichen des Verfalls der Rechtsethik, ein Schlag gegen die Demokratie. Er schrieb: *„Wir treten hier nicht gegen dieses Gesetz auf, weil wir die Interessen der Nationalsozialisten verfechten, sondern weil wie der Meinung sind, dass der Verfechter der Menschlichkeit der verlässlichste, ja der einzig wirklich Antinazi ist.“*¹⁸¹ Diese Einstellung hat Herbert Kraus ungeheure Publizität verschafft. Er war zeitweilig der drittpopulärste 'Politiker' hinter dem Bundeskanzler und dem Bundespräsidenten.

Für Kraus waren jedoch die ehemaligen Nazis nicht der einzige Grund, eine neue, vierte Partei ins Leben zu rufen. In einen Artikel der „Berichte und Informationen“ schrieb er kurz vor der Gründung des VdU, dass es ihm um „Verbesserungen in der Politik“ gehe, nicht das „nationale Bekenntnis“ sei für ihn vorrangig.¹⁸² Kraus ging es um die Schaffung einer Sozialordnung, die von einem sozial bezogenen Liberalismus geprägt war. Er wollte mit seinen politischen Vorstellungen vor allem jene Wähler ansprechen, die sich nicht von den drei zugelassenen Parteien vertreten bzw. repräsentiert fühlten. Kraus erwarb den Ruf, zur Gründung der „Vierten Partei“ der Berufene zu sein, der sich nicht selbst in diese Rolle drängte, sondern von weiten Kreisen gebeten wurde, diese Rolle zu übernehmen.

Die neue liberale Kraft:

Überlegungen zwischen einem „vierten Bund“ innerhalb der ÖVP – oder einer Parteigründung

Kraus führte vor der Parteigründung mit einigen Gruppen der potenziellen Wähler Gespräche. Ursprünglich wollte er die möglichen Wähler einer vierten Partei der ÖVP zuführen. Er traf sich mit dem Wiener Industriellen Manfred Mautner-Markhof, einem wichtigen Gesprächspartner der maßgeblichen Parteiführer. „Wir erörterten die Idee, die liberalen Kräfte, die nicht an die Tradition der „Christlichsozialen“ und des „Ständestaates“ anknüpfen wollten, in einem vierten Bund der ÖVP zu sammeln; das heißt, ihr politisches Wollen in einer gewissen Koordination mit der ÖVP wirksam werden zu lassen.“ Seine Angst war, dass

¹⁸¹ Berichte und Informationen, 43, 21. Februar 1947, S.3 (651)

¹⁸² Kraus: Objektivität S. 68.

wenn die Österreicher sich nur zwischen Rot und Schwarz entscheiden könnten, Rot gewinnen würde und die Verstaatlichung weiter vorangetrieben würde. Bundeskanzler Figl, der auch bei Mautner Markhof zu Gast war, lehnte die Idee vom vierten Bund in seiner Partei mit den Worten: „*Wir werden uns keine Laus in den Pelz setzen.*“¹⁸³ ab. Das Angebot wurde am nächsten Tag noch mit Julius Raab besprochen, der meinte: „*Wenn Kraus zur Nationalratswahl antritt, macht er nicht einmal das Grundmandat. Und die Nazi! Die hol' ich mir selber.*“¹⁸⁴

Ernst Schönbauer, ein Mitbegründer der Verfassungstreuen Vereinigung, suchte auch das Gespräch mit Reimann und Kraus und lud sie zum Beitritt und zur Mitarbeit ein. Kraus lehnte mit folgender Begründung ab: „Ich hatte schon zu Beginn meiner publizistischen Tätigkeit in einem Artikel darauf hingewiesen, dass eine vierte Partei ihre einzige Ausrichtung niemals „im Nationalen“ haben dürfe. Gerade wenn sie die ehemaligen Nazi in die Demokratie und zum österreichischen Staatsbewußtsein zurückführen sollte.“¹⁸⁵ Das Gespräch mit Schönbauer stimmte ihn gegen eine eigene Parteigründung.

„Dabei ging es fast nie um eine Entscheidung zwischen national und liberal, sondern vor allem um die Distanzierung von der nationalsozialistischen Vergangenheit!“¹⁸⁶

Stüber beschreibt in seiner Biografie, dass Kraus trotz seiner unbestrittenen Vorteile für die Parteigründung „nie die Billigung aller maßgebenden nationalen Kräfte“¹⁸⁷ und weiter „wertvolle Mensch unter diesen haben es immer abgelehnt, mit ihm zusammenzuarbeiten.“¹⁸⁸ Andere aus dem nationalen Lager wollten Kraus nur als Platzhalter dulden, bis sich das politische Klima beruhigt habe.

Ausschlaggebend für die Entscheidung von Kraus war im Oktober 1948 eine Reise nach Wien. Er wollte die Situation in Wien auskundschaften. Empfangen wurde er nur von der Volkspartei, nach einem Gespräch mit Ferdinand Graf, dem ÖVP-Hauptreferenten für Organisation, Finanzen und Personalpolitik, war er davon überzeugt, eine eigene Partei gründen zu müssen. Er schreibt:

„Niemand hat mich stärker zu diesem Entschluß hingetrieben als Ferdinand Graf“. In diesen zwei Stunden der Unterredung mit Graf „entschloß ich mich endgültig und fest

¹⁸³ Ebenda, S. 197.

¹⁸⁴ Ebenda, S. 197.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 196.

¹⁸⁶ Ebenda, S. 218.

¹⁸⁷ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 65.

¹⁸⁸ Ebenda, S. 65.

zur Parteigründung“¹⁸⁹

Von der Theorie zur Praxis

Als Kraus sich entschieden hatte, eine vierte Partei zu gründen, dachte er nicht an eine strenge Parteiorganisation, sondern einen Verband, in dem verschiedene Gruppen und auch unabhängige Einzelpersonen Platz finden könnten. Man sollte sich auf mehrere Grundsätze einigen, aber größtmögliche Unabhängigkeit bewahren.

Am 4. Februar 1949 trat Kraus in einer Pressekonferenz im Salzburger Cafe Bazar mit dem „Verband der Unabhängigen“ (VdU) an die Öffentlichkeit. Das Wort „Partei“ vermied er auf Anraten des Verfassungsrechtlers Helfried Pfeiffer geschickt.

Die Amerikaner kommentierten lakonisch:

“This is, of course, the Fourth Party and we may have to find a better ground for refusal than the fact that it does not enjoy enough support to justify recognition.”¹⁹⁰

Die Vorstellung entsprach noch ganz dem Bild des Dachverbandes. Es waren drei große Blöcke zu erkennen:

- *Der alte Landbund: Zu den „Verfassungstreuen“ um Stocker, Hartleb, Schönbauer und Gasselich gesellte sich jetzt auch noch Franz Roither, als letzter Obmannstellvertreter des Oberösterreichischen Landbundes*
- *Die unabhängige Presse, die vornehmlich aus Wochenzeitung bestand. Neben „Berichte und Informationen“ schien z. B. die Kufsteiner „Sonntagspost“ Hans Burgstallers auf. Die bedeutsamste war G.G., Neumanns oberösterreichisches „Echo der Heimat“*
- *Die parteilosen Betriebsräte: Namentlich angeführt wurden neben Kaiser die VÖESTler Josef Karoly und Matthias Paschinger für den Verband der parteifreien Betriebsräte Oberösterreichs.¹⁹¹*

Viktor Reimann wurde Chefredakteur, der Wochenzeitung „Neue Front“ und wollte vorerst keine politischen Funktionen übernehmen. Die erste Nummer der „Neuen Front“ erschien am 25. Februar. Drei Themen waren ihm besonders wichtig: Neutralität, Kirche und soziale Partnerschaft.

¹⁸⁹ Höbel: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 49.

¹⁹⁰ Leidenfrost: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949, S. 144.

¹⁹¹ Höbel: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 55.

Am 26. März 1949 fand in Salzburg die Gründungsversammlung des VdU statt. Es wurde ein 21-köpfiger Vorstand gewählt. Von den 21 waren sieben in Oberösterreich beheimatet, fünf in Salzburg; die Ostzone war nicht vertreten. Zur Abkürzung der Behördenwege hatte Kraus die Herren gebeten, die „Bestätigungen der Registrierungsstellen“ gleich mitzubringen: Das Ergebnis vermerkt der Polizeiakt, dass von den 21 bloß sechs als Minderbelastete registriert waren (darunter Hartleb, die beiden Kärntner Scheuch und Kaufmann sowie der Vorarlberger Kopf).¹⁹²

In derselben Woche der Gründungsversammlung erledigte der Verfassungsgerichtshof Schönbauers Beschwerde positiv: Die „Verfassungstreue Vereinigung“ lebte wieder auf. Hartleb setzte sich dafür ein, dass die VV „als Ganzes“ in den VdU eintrat. Das entsprach dem ursprünglichen Konzept des VdU als Dachverband. Kraus wäre mit dieser Lösung einverstanden gewesen.¹⁹³ Der VdU als Verein hatte somit Bestand. Sein Charakter war binnen zwei Monaten vom Dachverband zur Partei mutiert.

Die politischen Wurzeln der VdU-Führung

Die politische Herkunft der VdU Führung setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Nicht-nationalsozialistische Intellektuelle, die die Nationalsozialistengesetze bekämpften, die Wortführer der Registrierten, Herbert Kraus und Viktor Reimann.
- Ehemalige Nationalsozialisten, die dem NS-Regime gegenüber noch immer keine absolut negative Haltung einnahmen: Fritz Stüber, Prof. Helfried Pfeifer, Josef Winkler und Karl Hartleb. Diese Leute, die nach der Auflösung der VV dem sogenannten „Gmundner Kreis“ angehörten, fühlten sich als die wahren Vertreter des nationalen Lagers.
- Die Wortführer der Interessen der Heimkehrer und Soldaten des letzten Krieges. Der ehemalige Oberst Gordon Gollob ist hier als die wichtigste Persönlichkeit anzuführen.
- Die Exponenten von bereits bestehenden Organisationen wie der unabhängigen Betriebsräte. Die unabhängigen Arbeiter machten damals 25 % der Mitglieder des Österreichischen Gewerkschaftsbundes aus. Die

¹⁹² Ebenda, S. 60.

¹⁹³ Ebenda, S. 59.

unabhängigen Betriebsräte wurden in der Verbandsleitung von Thomas Neuwirth und Oscar Huemer vertreten. Diese unabhängigen Arbeitnehmer können nicht von den ehemaligen Nationalsozialisten getrennt betrachtet werden, denn bei ihnen waren viele ehemalige nationalsozialistische Arbeiter und auch Volksdeutsche organisiert.

- Einige nicht bei den damaligen Parteien integrierte Führer des ehemaligen Landbundes und auch der Großdeutschen Volkspartei, die nicht NSDAP-Mitglieder gewesen waren.
- Vertreter von bereits bestehenden Organisationen wie z. B. der Kongress der Parteilosen, die Demokratische Union, der Verband der Wahrung der Staatsbürgerrechte, der Interessenverband der Kleinsparer und die freiwirtschaftlichen Sozialisten.¹⁹⁴

Die ehemaligen Nationalsozialisten und Heimkehrer hatte im VdU Vorstand die Mehrheit. Herbert Kraus blieb aber vorläufig die dominierende Persönlichkeit des Verbandes.¹⁹⁵ Die Gruppe der Nationalen stand Kraus sehr skeptisch gegenüber und befürchteten auch, dass die Führer des VdU keine Politik in ihrem Sinn machen werden würden. Sie waren sich aber einig, dass Kraus zu dieser Zeit der Einzige war, der es schaffen konnte, eine Partei zu gründen. „*Wir brauchen ihn – und wenn schon nur als Strohmann.*“¹⁹⁶ Die Nationale Gruppe um Stüber einigte sich darauf, dass man, noch immer einen anderen an Kraus' Stelle setzen könnte, wenn sich die politischen Verhältnisse geändert hätten.

Der Historiker Hanisch meint, dass es das liberale Element, auf das vor allem Kraus so großen Wert legte, nicht gab. Der Versuch von Reimann und Kraus sich in der Gründungsphase als »liberale« zu profilieren war demokratiepolitisch, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch. Bei näherer Betrachtung sei nur ein magerer Ordo- und Wirtschaftsliberalismus übriggeblieben, anti-staatswirtschaftlich eingestellt und für eine Leistungsgesellschaft kämpfend. Dieses Programm reichte allerdings aus, um Teile der Industrie in Oberösterreich und in Südösterreich für die neue Partei zu interessieren; jene Industrie finanzierte dann auch den

¹⁹⁴ Alpenruf, 15. Februar 1949; in Stäuber, Roland: VdU und FPOe S. 78.

¹⁹⁵ Stäuber: VdU und FPOe, S. 78.

¹⁹⁶ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 69.

Parteiaufbau. Der liberale Aspekt blieb primär auf den wirtschaftlichen Teil beschränkt.¹⁹⁷

Das Programm des VdU

Das Programm des VdU wurde am 22. Juli 1949 beschlossen und hatte zum Motto „Recht, Sauberkeit und Leistung“. Das in 52 Punkte gegliederte Programm legt die Grundsätze des VdU in der Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik fest. Der VdU setzt sich für „*die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa auf der Grundlage der Gleichberechtigung*“ ein. Bei voller Wahrung der staatlichen Selbstständigkeit Österreichs bekennt er sich zum deutschen Volkstum.

Reimann kritisiert, dass das Programm zu allgemein gehalten ist. „Die Forderungen als solche waren sicherlich gut, konnten jedoch mit einigen Ausnahmen in jedem Parteiprogramm stehen. Das Besondere fehlte, das spezifisch für den VdU Geltung haben sollte.“¹⁹⁸ Die Idee der Sozialpartnerschaft war auch in den eigenen Reihen umstritten. Dass dem Programm Eigenwerte fehlten, machte im Wahlkampf dem Gegner leicht, dem VdU ein neonazistisches Profil aufzudrücken.¹⁹⁹

„Alle Programmpunkte entspringen, so die Schlussbemerkung zum Programm, den drei Grundforderungen des VdU: Recht, Sauberkeit, Leistung.“²⁰⁰

Das Programm wies eindeutig die Handschrift von Herbert Kraus auf. Aufgrund dieses Programms muss der VdU als liberal-sozial-reformerische Partei bezeichnet werden, die sich der ehemaligen Nationalsozialisten annehmen wollte.²⁰¹

Formell war die WdU die unabhängige Liste, von der Kraus geträumt hatte.

Der Aufbau einer Partei im konventionellen Sinne, sprich eines Parteiapparates, war also nicht ganz zu vermeiden. Dieser Erkenntnis konnte sich auch Kraus nicht verschließen. Unterschätzt hatte der möglicherweise die Eigendynamik, die ein

¹⁹⁷ Hanisch: Der lange Schatten des Staates, S. 150; siehe auch Rathkolb: NS-Problem und politische Restauration, S. 97.

¹⁹⁸ Reimann: Dritte Kraft, S. 142.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 142.

²⁰⁰ Piringer: VdU, S. 36

²⁰¹ Stäuber: VdU und FPÖe, S. 80.

solcher Apparat, und sei er auch verhältnismäßig klein, zu entwickeln imstande ist.²⁰²

Kraus trat mit dem Anspruch auf und an, die ehemaligen Nationalsozialisten für die Demokratie zu gewinnen und in das politische Leben integrieren zu können. Diese Aufgabe zu erfüllen, ist ihm und anderen gelungen: Von den „Ehemaligen“ ging keine Gefahr für die Stabilität der Republik aus. Persönlich jedoch machte es den Eindruck, als sei Kraus an ihnen gescheitert, die seiner These vom November 1948: „Die Führung liegt nicht bei den Nationalen!“ über kurz oder lang mit Erfolg widersprachen.²⁰³

Die Wahl 1949

Der VdU war relativ spät, im Februar 1949 gegründet worden. Über seine Zulassung zu den Wahlen am 9. Oktober 1949 wurde erst am 11. September 1949 im Exekutivausschuss des Alliierten Rates entschieden. Mit der Gründung des VdU begannen bereits der Wahlkampf und das Werben um die erstmals wieder zu den Wahlen zugelassenen Wähler. Erst am 11. September 1949 entschied der Exekutivausschuss des Alliierten Rates dahin, dass wahlwerbende Parteien in Übereinstimmung mit dem österreichischen Wahlgesetz ungehindert an den Wahlen teilnehmen könnten. Die VdU durfte nicht als politische Partei für die Nationalratswahlen kandidieren, aber die Kandidatur als ‚wahlwerbende Partei‘ unter dem Namen WdU war möglich. Das österreichische Wahlgesetz sah die Möglichkeit vor, dass politische Gruppen nach Vorweisung von 100 Unterschriften als „wahlwerbende Partei“ zugelassen wurden. Helmer war der Ansicht, dass für die Zulassung einer solchen Wählergruppe, die Bestimmungen der österreichischen Nationalratswahlordnung allein maßgebend wären. Die Russen gaben allerdings nicht die Zusicherung, dass die nach den Wahlen das Ergebnis nicht anfechten wollen. Schärf sieht den Verdienst der Zulassung der vierten Partei als Erfolg des Innenministers Helmer und der Sozialistischen Partei Österreichs:

„Praktisch war durch die Haltung des Innenministers Helmer, durch die Sozialistische Partei und letztlich durch die von ihren Regierungen beeinflusste Entscheidung der Besatzungsbehörden ein wertvolles Stück Demokratie, nämlich die freie

²⁰² Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 65 f.

²⁰³ Ebenda, S. 67.

Wahlwerbung, wieder hergestellt.“²⁰⁴

Die Zulassung neuer Parteien beurteilt Schärf als sehr positiv für die österreichische Demokratie. Die Ermöglichung der Kandidatur einer vierten Partei hat mit dem System der von den Alliierten lizenzierten Parteien endgültig Schluss gemacht und damit das volle Wirksamwerden der demokratischen Verfassung eingeleitet.²⁰⁵

Ein turbulenter Wahlkampf

Trotz sogenannter »Wahlkampf-Stillhalteabkommen« zwischen den drei alteingesessenen Parteien kam es wiederholt zu Zwischenfällen wie Zerstörung von Plakatwänden, Sprechchören und Pöbeleien. Der schwerste Zwischenfall ereignete sich am 21. September 1949 in Mödling, als ca. 500 kommunistische Aktivisten (größtenteils aus der Brunner Glasfabrik) das VP-Veranstaltungslokal belagerten und das Auto von Bundeskanzler Figl mit Steinen bewarfen und umstürzen wollten.

Die Themen des Wahlkampfes waren von der veränderten weltpolitischen Konstellation, dem beginnenden Kalten Krieg geprägt. Die ÖVP warb mit der drohenden Volksdemokratie und stellte eine ganze Plakatserie unter das Motto »60 Kilometer von Wien«.

Ein „Wahlkampf“ war bereits um die Zulassung einer vierten Partei ausgebrochen. Die SPÖ hatte die Gründung der Partei unterstützt, weil sie sich eine Spaltung des bürgerlichen Lagers erhoffte und dadurch die ÖVP die absolute Mehrheit verlieren könnte.²⁰⁶ Die ÖVP sah diese Gefahr und setzte sich mit allen Mitteln gegen die Gründung einer weiteren Partei zur Wehr. Sie versuchte, sich als „antisozialistische Sammelbewegung“ bzw. „bürgerliche Einheitsliste“ gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten zu profilieren.²⁰⁷ Die Sozialisten warfen der ÖVP wegen des Werbens um die Nazistimmen Verrat an der Demokratie vor, während die ÖVP darin eine verfassungsrechtliche Wahlwerbung sah. Die ÖVP warf den Sozialisten vor, die Nazifrage nicht lösen, sondern aufrecht erhalten zu

²⁰⁴ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 247.

²⁰⁵ Ebenda, S. 244.

²⁰⁶ Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 332.

²⁰⁷ Rauchensteiner: Der Sonderfall, S. 263.

wollen. So wurde zum Beispiel von der ÖVP das „Sibirienplakat“ von 1945 als Faksimile aufgelegt.²⁰⁸

Die Wahlkampfstrategie der ÖVP

Die ÖVP entstand 1945 wieder in ihrer spezifischen Form – der Bündestruktur. Mit dieser „berufsständischen Organisation“ schloss man nicht nur an die katholische Soziallehre und an das - demokratisch umgeformte - Ständeprinzip des Christlichen Ständestaates an, sondern verlieh den freien innerparteilichen Strömungen organisatorische und strukturelle Rahmenbedingungen.²⁰⁹ Die linksliberalen Elemente innerhalb der Partei waren entweder isoliert oder aus der Partei gedrängt worden.²¹⁰ Die Versuche von Kraus, die nationalen Wähler der ÖVP als einen vierten Bund zuzuführen, waren gescheitert. Die ÖVP begann nun ihrerseits mit einem heftigen Werben um die „Ehemaligen“. In der Parlamentssitzung vom 9. Dezember 1948 fasste Dr. Alfred Maleta die neue Parteilinie zusammen: *„Es besteht kein Zweifel, daß sich in unserer Volkspartei das Führerkorps im Jahre 1945 aus begreiflichen Gründen fast ausschließlich aus jenen Menschen rekrutierte, die vor 1938 aus dem christlichsozialen und vaterländischen Lager hervorgegangen sind. ... Wir werden dieses Führerkorps ergänzen und Menschen aus dem ehemals liberalen und nationalen Lager gleichberechtigt in seine Reihen aufnehmen.“*²¹¹

Befriedungs- und Aktionsausschüsse

Gorbach hatte in der Steiermark eigene „Befriedungsausschüsse bzw. Aktionsausschüsse“ für Heimkehrer gegründet und versuchte so, die nationalen Wähler anzusprechen und für die Partei zu gewinnen. Die ehemaligen Nationalsozialisten sollten so integriert werden und ehemalige führende NS-Funktionäre sollten die breite Masse der Mitläufer für die ÖVP gewinnen.²¹² Offiziell dienten die Aktionsausschüsse dem Kampf der „Härten des NS-Gesetzes“. Die ÖVP versuchte nicht jeden einzelnen Nationalsozialisten geistig zu

²⁰⁸ Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 317

²⁰⁹ Kriechbaumer: Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, S. 60.

²¹⁰ Rathkolb: NS-Problem und politische Restauration, S. 80.

²¹¹ Stenographisches Protokoll der 93. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. V. Gesetzgebungsperiode, 9. Dezember 1948, S.2293.

²¹² Neugebauer Wolfgang: Der Wille zum aufrechten Gang, S. 55.

gewinnen, sie glaubte, mit der Übernahme der Führerschaft auch die nationalsozialistischen Massen gewinnen zu können.²¹³

Eine Politik der geschlossenen Aufnahme von gewesenen Nationalsozialisten mit ihrem Anhang in die Volkspartei hätte dazu geführt, in ihr einen Flügel aus gewesenen Nationalsozialisten zu schaffen und damit die Partei selbst noch weiter nach rechts abzutreiben.²¹⁴

Die „Junge Front“

Den Aktionsausschüssen folgten Verhandlungen auf höchster Ebene in Oberweis. Die Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen, die ihre Schuldigkeit getan hatten, wurde von der ÖVP zur „Jungen Front“ ausgebaut. Ein Teil der HHB schloss sich dem VdU an, der andere Teil unter Strachwitz und Gredler der ÖVP. Die Junge Front erhielt Sitz und Stimme im Bundesparteipräsidium der ÖVP.²¹⁵ Bevor Strachwitz zur ÖVP ging, suchte er das Gespräch und lud ihn zu einem Treffen nach Graz ein. Kraus schreibt:

„In Graz hatte der Organisator der Heimkehrerbetreuung, Ernst Graf Strachwitz, im Krieg Ritterkreuzträger und nun Mittelpunkt politisch interessierten, erneuerungswilliger Leute der »guten Gesellschaft«, eine parteipolitisch einsatzfähige Gruppe gesammelt.“²¹⁶

Da er zu diesem Zeitpunkt mit dem Aufbau des VdU beschäftigt war, fand er keine Zeit, der Einladung nachzukommen.

„Daraufhin ließ ihm Strachwitz mitteilen, er verstünde den Prestigestandpunkt von Kraus sehr wohl und schlage ihm deshalb Schladming, das in der Mitte zwischen Salzburg und Graz liege, als Treffpunkt vor. Aber erst dieses Angebot machte Kraus stutzig, dem jedes Prestigedenken fremd war, und deshalb kam er auch diese Einladung nicht nach.“²¹⁷

Auch die Persönlichkeiten, die in den ersten Nachkriegsjahren als unabhängige Anwälte der Heimkehrer und Minderbelastete Ehemaliger aufgetreten waren, schlugen sich auf die Seite der ÖVP.²¹⁸

²¹³ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 240; siehe auch NS-Problem und politische Restauration, S. 82.

²¹⁴ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 243.

²¹⁵ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 87.

²¹⁶ Kraus: Objektivität, S. 219.

²¹⁷ Reimann: Dritte Kraft, S. 244f.

²¹⁸ Piringer: VdU S. 28.

Die Gruppe um Strachwitz traf im Frühjahr 1949 den Entschluss, als geschlossene politische Gemeinschaft innerhalb der ÖVP tätig zu werden. Bei den Verhandlungen kam Strachwitz zugute, dass die ÖVP zu allen Zugeständnissen bereit war, wenn sie nur Leute finden konnte, die möglicherweise dem VdU Wähler abspenstig machen konnten.²¹⁹ Am 18. Juli wurde der Bund mit der ÖVP verkündet. Strachwitz wurde 1949 Abgeordneter zum Nationalrat und fühlte sich innerhalb der KZ- und CV-Kameradschaft der ÖVP in Wien nicht sehr wohl. Er schwärmte von der Frontkameradschaft. Als die Taten der ÖVP nach den Wahlen völlig von ihren Wahlversprechungen abwichen, begann es in der „Jungen Front“ zu gären. Es kam zum Bruch zwischen der ÖVP und der „Jungen Front.“ Ein Teil, der es zu Amt und Würden gebracht hatte, blieb bei der ÖVP, die anderen trennten sich. Strachwitz trat am 14. Juli 1951 aus dem ÖVP-Parlamentsklub aus. Es saß nun gemeinsam mit dem ehemaligen VdU-Abgeordneten Huemer und dem aus der ÖVP ausgetretenen Karl Aichhorn als „Wilder“ hinter den VdU-Abgeordneten.²²⁰

Gespräch mit ehemaligen Nationalsozialisten

Den Höhepunkt erreichten die direkten Annäherungsversuche der ÖVP und zugleich auch den ersten Höhepunkt des Wahlkampfes in dem Treffen von Oberweis bei Gmunden am 28. Mai 1949. Führende Mitglieder vonseiten der ÖVP wie Julius Raab, der steirische Landesrat Brunner, Alfred Maleta, der oberösterreichische Landespartei sekretär Resinger, der ehemalige Gesandte Hornbostel trafen sich mit den Führern der Nationalen. Alfons Gorbach war an der Teilnahme verhindert.

Vonseiten der Nationalen waren vertreten: Dr. Manfred Jasser, der Verleger Friedrich Heiß, der Historiker Taras Borodajkewycz, Dr. Herbert Raschhofer, Staatsrechtler Walter Pollak, später Chefredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ Dr. Allitsch und Dr. Strohschneider von den steirischen Amnestieausschüssen.

Die ÖVP wollte herausfinden, ob es eine Möglichkeit gab, die ehemaligen Nationalsozialisten davon abzuhalten, sich dem VdU anzuschließen und sie

²¹⁹ Reimann: Dritte Kraft, S. 245.

²²⁰ Reimann: Dritte Kraft, S. 246.

stattdessen in der ÖVP anzusiedeln.²²¹ Diese Verhandlungen scheiterten an den Forderungen des nationalen Lager. Sie forderten 25 Nationalratsmandate (das entsprach hochgerechnet ungefähr der Zahl der halben Million Minderbelasteter), keinen Klubzwang für die Oberweiser, Justizminister Gerö sollte ausgetauscht werden etc. Die Durchführung dieses Programms hätte die Koalition mit der SPÖ aufs Schwerste belastet, wenn nicht überhaupt infrage gestellt. Es hätte aber auch den Zerfall der ÖVP bedeuten können.²²²

Dieses Treffen war anfangs geheim gehalten worden und löste bei Bekanntwerden einen Skandal aus. Der Versuch das nationale Lager in die ÖVP einzubinden scheiterte und die ÖVP musste einsehen, dass der VdU nicht mehr verhindert werden konnte. Stüber misst dem Treffen in Oberweis eine größere Bedeutung zu, als es die anderen Parteien taten. Er meint, „*man schickt nicht eine solche Prominenz an den Verhandlungstisch, wenn es sich nur um ein harmloses Beschnuppern handelt.*“²²³ Seiner Meinung nach sollten die Gespräche in Oberweis auch der endgültigen „politischen Befriedung in Österreich“ dienen. Die Gespräche hätten ursprünglich geheim bleiben sollen. Die Reaktionen auf dieses Treffen waren heftig. Innenminister Helmer witterte, dass „sich die Volkspartei ‚mit Tod und Teufel‘ zu verbünden und Naziführern, die laut Gesetz selbst kein aktives Wahlrecht besäßen, Mandate zu versprechen“, bereitgefunden habe. Die Kommunisten schrieben von der „Verschwörung der ÖVP mit SS Führern“.²²⁴ Die Reaktion der ÖVP war unterschiedlich. Maleta leugnete dieses Treffen gegenüber der amerikanischen Presse, während Raab gleichzeitig einem anderen amerikanischen Korrespondenten ein Interview gab, in dem er das Treffen offen zugab, aber Einzelheiten des Treffens leugnete.

„An der Konferenz von Oberweis war nicht wesentlich, wer von den ehemaligen Nationalsozialisten an ihr teilnahm; das Entscheidende war der Entschluß zu einer großen Durchbruchsoffensive in Form einer legislatorischen Tat. Sie setzte auch dem Vorwurf, daß die Volkspartei ihr Versprechen nicht halte, ein Ende. Daher hätte die Konferenz gar nicht ihren Zweck erfüllt, wenn sie „geheim“ geblieben wäre. Die wirklichen Teilnehmer an der Konferenz waren durch den Beschluß der Bundesparteileitung der Volkspartei festgelegt, wonach alle Landesparteileitungen

²²¹ Rauchensteiner: Der Sonderfall, S. 266.

²²² Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 318.

²²³ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 73

²²⁴ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 74 f

ihre NS-Referenten und solche ehemalige Nationalsozialisten entsenden sollten, die eine Lösung mit Hilfe und im Rahmen der Volkspartei für möglich hielten“.²²⁵

In der Steiermark wurde erfolgreicher als in Oberweis um die Gunst der ehemaligen Nationalsozialisten gebuhlt. Gorbach traf sich in Leoben mit dem ehemaligen steirischen NS-Landesbauernführer Sepp Hainzl. Dieses Treffen mündete in einem Wahlauf Ruf von hundert (mehr oder weniger) prominenten Nationalsozialisten für die ÖVP.²²⁶

Die ÖVP wollte vor den Wahlen noch eine Amnestie für die belasteten Nationalsozialisten erreichen, scheiterte aber am Widerstand der SPÖ. Dieses Veto war die Reaktion der Sozialisten auf das Treffen von Oberweis.²²⁷ Stüber meint, dem VdU hat die Affäre Oberweis nur genützt.

Da der Versuch, die ehemaligen Nationalsozialisten in die ÖVP zu integrieren, nicht gelungen war, wurde der Wahlkampf zu einer wahren Schlammschlacht. Viktor Reimann bezeichnet ihn als den „Schlimmsten und Unfairsten, was es auf diesem Gebiet gegeben hat“²²⁸.

Der Wahlkampf

Die Wahlkampf taktik der ÖVP hieß Angriff von allen Seiten. Die ÖVP ging vom Totschweigen des VdU zu einem Totschreiben über. Einerseits musste der VdU bei den Alliierten und im Ausland als neonazistisch hingestellt, andererseits sollten die beiden Gründer des VdU auch in den Augen der Nazis als Antinazi verdächtigt werden.²²⁹ Die ÖVP setzte bezahlte Spitzel ein, um an nahezu den gesamten Schriftverkehr des VdU zu gelangen. Die gestohlenen Briefe wurden in ihr nahestehenden Zeitungen als Faksimile gedruckt wurden, die enge Verbindung des VdU zu den Kommunisten nachzuweisen. Als Nazipartei konnte die VdU nicht angeschwärzt werden, weil die ÖVP selbst intensiv um die ehemaligen Nationalsozialisten warb. Daher versuchte die ÖVP, den VdU ins linke Eck zu manövrieren. Da die Gründung des VdU die ÖVP geschwächt und der SPÖ zum Sieg ver helfe. Diese leiste aber Zubringerdienst für eine Machtergreifung der Kommunisten, wie die Beispiele in Ungarn und der Tschechoslowakei gezeigt

²²⁵ Maleta, Alfred: Entscheidung für Morgen. christliche Demokratie im Herzen Europas, Molden, S. 232.

²²⁶ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 85; siehe auch Reimann: Dritte Kraft, S. 161.

²²⁷ Piringer: VdU, S. 28; und Stiefel: Entnazifizierung, S. 319.

²²⁸ Reimann: Dritte Kraft, S. 145; siehe auch Hanisch S. 151

²²⁹ Reimann: Dritte Kraft, S. 146.

hätten.²³⁰ Sie deuteten auch den Namen VdU als „volksdemokratischer Unterstützungsverein“. Als Schreckensszenario verbreitete die ÖVP, dass die Alliierten den VdU nicht anerkennen würden und alle Stimmen für den VdU verloren seien. Viktor Reimann bezeichnet dies als gefährlichste Waffe, die die ÖVP einsetzte, um die Wähler zu verwirren.²³¹

Gleichzeitig erinnerte sie die Alliierten an die neonazistische und pangermanische Gefahr, die vom VdU ausginge. Als Drittes beging sie Rufmord an den beiden Gründern des VdU, Kraus und Reimann, „wohl wissend, dass mit deren Diffamierung auch das Ansehen der Partei zerstört wurde.“²³² Die Landesparteileitung der niederösterreichischen Volkspartei hat eine Broschüre für Funktionäre herausgegeben „Das 1x1 der Wahl 1949“. In der Broschüre hieß es zum Beispiel:

„Die ÖVP muß und wird unter allen Umständen diesen gewaltigen Wahlkampf gewinnen und wird sich, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, mit Tod und Teufel verbinden, um dies zu erreichen.“²³³

Den Funktionären wurde empfohlen, ehemalige Nationalsozialisten auf die Kandidatenliste zu setzen.

Auf die Entscheidung des Alliierten Rates, den VdU zu den Wahlen zuzulassen, reagiert die ÖVP sehr wütend. So erklärte der ÖVP-Vizebürgermeister von Wien; Herr Lois Weinberger am 4. Oktober:

„Wir warnen in letzter Stunde jeden Österreicher vor der selbstmörderischen Vereinigung des VdU, weil wir nicht wollen, dass die ehemaligen Nationalsozialisten einer neuen Registrierung und Verfolgung ausgesetzt werden.“²³⁴

Am 6. Oktober wurde Raab im „Kleinen Volksblatt“ mit den Worten: „Die Tätigkeit des VdU dient ausschließlich den Kommunisten.“²³⁵

Zusammenfassung

Vorhersagen für den Ausgang der Wahlen waren aufgrund der vielen wieder dazugekommen Wähler nicht möglich. Die Volkspartei verlangte bereits am

²³⁰ Piringer: VdU, S. 29

²³¹ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. S. 92 siehe auch Reimann: Dritte Kraft, S. 158.

²³² Reimann: Dritte Kraft, S. 146.

²³³ Reimann: Dritte Kraft, S. 146.

²³⁴ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 247.

²³⁵ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 247.

26. April 1949 von den Sozialisten eine Vereinbarung darüber, dass keine der beiden Parteien nach den Wahlen eine Koalition gegen die andere eingehe. Ihr lag bis zum letzten Augenblick alles daran, so wie im Jahre 1945, die Wahlwerbung anderer bürgerlicher Gruppen auszuschalten. Ihr Bestreben war einfach das: Wie zwingt man die früheren Liberalen und Deutschnationalen dazu, für die ÖVP zu stimmen?²³⁶

Die ÖVP sah sich nach der Zulassung des VdU zu den Wahlen einem Angriff von zwei Seiten ausgesetzt. Sie stellte sich als das einzige Bollwerk in Österreich gegen den Kommunismus dar, die SPÖ hingegen als Wegbereiter zur Volksdemokratie. Den Höhepunkt der Wahlpropaganda der Volkspartei war das Plakat mit der „Roten Katze“, die die Wähler nicht im Sack kaufen sollten.²³⁷

Der Politologe Anton Pelinka meint, dass der VdU und auch dessen Nachfolgepartei die FPÖ, niemals die politische Heimat der übergroßen Mehrheit ehemaliger Nationalsozialisten gewesen sind. Die Politik der Integration wurde stärker von der ÖVP betrieben.²³⁸ So etwa durch die Organisation der „Jungen Front“, die durch das Herausstellen von „Kriegshelden“ mehr oder minder ehemaligen Nationalsozialisten zur „Volkspartei ziehen sollten; so durch verschiedene Gespräche mit nationalsozialistischen Funktionären, die diese und deren Anhänger zur ÖVP bringen sollten – die „Oberweiser Gespräche“.²³⁹

Die Wahlkampfstrategie der SPÖ

Die SPÖ hatte noch 1945 einen harten Kurs gegen die ehemaligen Nationalsozialisten eingeschlagen. Dieser änderte sich im Laufe der Zeit, da die Zustimmung in der Bevölkerung nicht mehr so groß war. Nach der Minderbelastetenamnestie setzte sich die SPÖ im Gegensatz zu ÖVP sehr für die Gründung bzw. Zulassung einer weiteren Partei ein. Die Protagonisten waren hauptsächlich Schärf und Helmer. Die Sozialisten waren mit ihrer Strategie der

²³⁶ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 245.

²³⁷ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 247.

²³⁸ Pelinka, Anton: Die Großparteien und der Rechtsextremismus, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993, 2. Auflage, S. 464- 474, S. 470

²³⁹ Pelinka: Die Großparteien und der Rechtsextremismus, S. 470.

Aufspaltung des bürgerlichen Lagers mit der Gründung einer vierten Partei erfolgreich.²⁴⁰

Am 8. April 1949 kam es zu einem geheimen Treffen zwischen Adolf Schärf, Kraus und Reimann, in dem Schärf versicherte, dass die SPÖ dem VdU positiv gegenüberstehen werde.²⁴¹ Schärf schlug angeblich Kraus und Reimann, bei diesem Treffen die Bildung einer antiklerikalen Parlamentsmehrheit vor.²⁴² Und Reimann beschreibt dieses Treffen folgendermaßen: *„daß [Schärf] eine Koalition der frei Parteien SPÖ, ÖVP und VdU vorschwebte, da sie alle drei den Marshallplan bejahen. Er meinte, dem VdU stünde das Unterrichtsministerium zu, aus dem endlich der klerikale Geist vertrieben werden müsse“*.²⁴³

Die SPÖ stimmte also dieser Parteigründung nicht nur zu, Adolf Schärf und Oskar Helmer setzten sich sogar bei den Alliierten für die Zulassung des VdU ein.²⁴⁴

Innenminister Helmer lädt den G.A. Neumann nach Wien ein. Er wird im Parlament von Schärf, Pittermann und dem oberösterreichischen SPÖ Parteisekretär Krammer empfangen. Gegen das Versprechen, seine Wahlwerbung ausschließlich gegen die ÖVP zu richten, wurden ihm vom Generaldirektor der Steyermühl 26 Tonnen Papier zugesagt.²⁴⁵ Die Bundesleitung des VdU wusste von dem ursprünglichen Treffen, nicht unbedingt aber von den weitergehenden Verpflichtungen. Kraus schreibt in seiner Biografie, er habe erst nach den Wahlen von der Unterstützung der SPÖ erfahren, da einzelne Landesverbände beauftragt hatten, selbst für die Finanzierung des Wahlkampfes zu sorgen.²⁴⁶

Fritz Stüber schreibt über den Wahlkampf in Wien:

„Es war das unbestreitbare Verdienst des sozialistischen Innenministers Oskar Helmer als oberster Chef der Exekutive, dass er – nicht aus Wollwollen für den VdU, sondern um die demokratischen Versammlungsfreiheit wirklich wahrzumachen – alles in seine Macht stehende tat, um der Opposition die gleiche Wahlwerbung zu

²⁴⁰ Manoschek, Walter: Verschmähte Erbschaft. Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus 1945 bis 1955 S. 102. IN HG Sieder/Steinert/Talos, Österreich 1945-1955, Gesellschaft Politik Kultur, Verlag für Gesellschaftskritik 1995, Manz Wien.

²⁴¹ Stüber: VdU und FPOe, S.82.

²⁴² Kraus: Objektivität S. 214.

²⁴³ Reimann: Dritte Kraft, S. 124 f.

²⁴⁴ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 242.

²⁴⁵ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 89; siehe auch Reimann: Die Dritte Kraft S. 122 f.

²⁴⁶ Kraus: Objektivität, S. 222.

ermöglichen wie den Regierungsparteien.“²⁴⁷

Und weiter: Was konnte ein österreichischer Minister damals schon tun, wenn einer der allmächtigen Alliierten das Recht brach und die Verfassung mit Füßen trat?²⁴⁸

Der Wahlkampf der Kommunisten

Die Kommunisten waren dem VdU gegenüber eher zurückhaltend. Kurt Piringer vermutet, dass die Sowjets keine Einwände gegen die neue Partei hatten, da für sie ein Machtzuwachs der ÖVP nicht erstrebenswert gewesen ist.²⁴⁹

In der russischen Besatzungszone, dem bevölkerungsstarken Osten, war aber eine Wahlwerbung für den VdU kaum möglich. Die VdU-Veranstaltungen waren kommunistischen Störversuchen ausgesetzt. Vor allem in Wien war es dem VdU kaum möglich Versammlungen abzuhalten. Im Burgenland trat der VdU nicht zu den Wahlen an. „Durchwegs waren es parteipolitische Argumente, die von der SPÖ für, von der ÖVP aber gegen das Antreten des VdU vorgebracht wurden, und ihre politischen Strategien bestimmend. Die staatspolitische Überlegung, daß die österreichische Demokratie erst glaubwürdig ist, wenn es eine angemessen starke Oppositionspartei gibt, ließen sich weder die ÖVP nicht die SPÖ einfallen, wohl aber eine so angesehene ausländische Zeitung wie die „Basler Nachrichten“, die trotz ihrer massiven Vorbehalte gegen den VdU zum Wahlergebnis vom 9. 10. 1949 in ihrer Ausgabe vom 14. Oktober feststellte, *„daß der Einzug einer Opposition in den österreichischen Nationalrat für die Demokratie einen Gewinn darstellt.“*²⁵⁰

Das Ergebnis der Wahlen

„Dann kam der Wahltag. Von den zirka vier Millionen gültigen Stimmen erhielten wir fast eine halbe Million: genau 489273 oder 11,67 Prozent. In den sechs westlichen Bundesländern waren es beinahe überall 20 Prozent. Im volkreichen Osten, wo wir wegen der sowjetischen Behinderungen nicht werben konnten, errangen wir doch an die vier Prozent und in Wien, wo Landesobmann Fritz Stüber seinem Landesverband eine zu starke nationale Note verliehen hatte – weshalb hier der große Zuzug aus der Heimkehrergeneration und der jungen Arbeiterschaft ausblieb –, nicht viel über sechs

²⁴⁷ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 57.

²⁴⁸ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 57.

²⁴⁹ Piringer: VdU, S. 29.

²⁵⁰ Piringer: VdU, S. 29.

Prozent.“²⁵¹

Als am 9. Oktober 1949 in Österreich zum zweiten Mal seit der Wiederbegründung des Staates Nationalratswahlen stattfanden, waren 4,3 Millionen Menschen wahlberechtigt. Die Neuwähler – fast eine Million mehr als noch 1945 – setzten sich aus Eingebürgerten, aus der Kriegsgefangenschaft Heimgekehrten, Jungwählern und den mehr als 550.000 ehemaligen NSDAP Mitgliedern zusammen. Das Ergebnis der Wahlen war für alle überraschend und für die VdU ein großer Erfolg, für die beiden großen Parteien eine unangenehme Überraschung: Auf die ÖVP entfielen 77 Mandate (minus 8), auf die SPÖ 67 Mandate (minus 9); die KPÖ und Linksozialisten, die gemeinsam kandidiert hatte, errangen 5 Mandate (plus 1) und auf den VdU entfielen sensationelle 16 Mandate (489.273 Stimmen oder 11,67 Prozent).

Neben den drei staatsgründenden Parteien von 1945 war nun eine weitere Partei im Parlament vertreten. Die eigentliche Sensation war, dass der VdU nicht nur der ÖVP die Stimmen gekostet hatte, sondern auch der SPÖ. Nach den Wahlen wurde innerhalb der SPÖ darüber diskutiert, ob es zweckmäßig gewesen ist, die Zulassung einer vierten Partei zu ermöglichen.²⁵² Man kam zu dem Schluss, dass es für die SPÖ ein Erfolg war, dass die ÖVP die absolute Mehrheit verloren hatte. Die ehemaligen Nationalsozialisten haben sich nach Meinung von Kraus und Reimann auf alle Parteien aufgeteilt. Kraus begründet das nicht näher und schreibt, es habe diese Daten den Wahlanalysen entnommen.²⁵³

Reimann sieht in dem Wahlergebnis „einen schlagenden Beweis, dass der VdU nicht neonazistisch sei, sondern nicht einmal den größeren Teil der ehemaligen Nationalsozialisten als Wählerstock gewonnen hat. Dies ist statistisch leicht nachzuweisen, weil sich die Hälfte aller registrierten ehemaligen Nationalsozialisten, die bei dieser Wahl das Wahlrecht erhalten haben, in Wien und Niederösterreich befinden.“²⁵⁴ Man kann aber auch argumentieren, dass die Präsenz der russischen Besatzungsmacht in den östlichen Bundesländern verhinderte, dass eine VdU-Organisation aufgebaut werden konnte und entsprechende Wahlwerbung betrieben werden konnte. Der VdU war nach der

²⁵¹ Kraus: Objektivität S. 223.

²⁵² Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 244.

²⁵³ Kraus: Objektivität S. 224.

²⁵⁴ Reimann: Dritte Kraft, S. 170.

Nationalratswahl, an der er teilgenommen hatte, eine Art Nachfolgerin der deutschnationalen Parteien der Zwischenkriegszeit.²⁵⁵ Das nationale Lager wies aber nicht mehr die Geschlossenheit der Ersten Republik auf, da ein Großteil der ehemals Deutschnationalen zu den beiden Großparteien gewechselt war. Die zweite große Gruppe, die der VdU-Wählerschaft waren Oppositionswähler, die weder eine „nationale“ noch eine „national-liberale“ Weltanschauung hatten.

Die Rechnung der Sozialisten mit der Gründung des VdU als national-bürgerliche Partei war nicht aufgegangen. Das amerikanische Außenministerium bestätigte in einer offiziellen Erklärung zum Wahlergebnis 1949 Österreich politische Reife:

„The Austrian People [...] have again demonstrated their political maturity and their united determination to protect their democratic institutions.“²⁵⁶

Die internen Probleme des VdU

Der schmale Grad zwischen Liberalismus und Nationalismus

Da die Partei neu gegründet worden war, waren keine „Grundkader“ für Führungspositionen vorhanden. Von den Neomitgliedern des VdU schlossen sich einige aus Begeisterung und politischer Berufung der Partei an, andere sahen einen leichten politischen Aufstieg, quasi einen Versorgungsposten auf politischer Ebene, durch ihr Mitwirken innerhalb der jungen Partei. Kraus versuchte, in dieser schwierigen Situation durch seine Art der Personalpolitik die rechte Ecke der Partei zurückzudrängen und durch Erweiterung der Parteibasis das liberale Element zu stärken. Aus Kompromissbereitschaft ließ er alte Parteifreunde fallen, die Hinzugekommenen waren jedoch meist die falsche Wahl.²⁵⁷ Nach Meinung Stübers kam als besonderes Erschwernis noch hinzu, dass „eine Anzahl der tüchtigsten und wertvollsten Menschen von vornherein ausschied, weil sie nach dem NS-Gesetz als „belastete Personen“ galten und daher keinerlei politische Tätigkeit ausüben durften.“²⁵⁸

²⁵⁵ Stäuber: VdU und FPOe, S. 91.

²⁵⁶ Leidenfrost: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949, S. 147.

²⁵⁷ Reimann: Dritte Kraft, 37f.

²⁵⁸ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 63.

Die inhomogene politische Ausrichtung der Landesverbände

In den Ländern gab es sehr unterschiedliche Ausrichtungen des VdU. In der russisch besetzten Zone (Niederösterreich, Burgenland und das oberösterreichische Mühlviertel) gehörten die Wähler fast ausschließlich dem alten nationalen Lager an. Am 8. August 1949, fünf Monate nach der VdU-Gründung fand die Generalversammlung des Wiener Landesverbandes statt. Zum Vorsitzenden wurde Ing. Hans Heger gewählt, der im Krieg das Ritterkreuz erworben und während der russischen Gefangenschaft den „Antifaschistischen Eid“ geschworen hatte.²⁵⁹ Das Erscheinungsbild des Wiener Verbandes wurde aber nicht durch Heger, sondern von Fritz Stüber, einem betont nationalen Politiker geprägt.

Das romantisch-nationale Image, das der Wiener VdU von Anfang an besaß und nie wieder losbrachte, ist nach Meinung Reimanns schuld, dass der VdU nie eine großstädtische Partei wurde und immer provinziell blieb. „Mit politischen Ladenhütern war die großstädtische Intelligenz einfach nicht zu gewinnen.“²⁶⁰ Da der VdU in Wien keine Massenbasis hatte gewinnen können, fiel dem klassischen nationalen Lager automatisch die Führung zu.²⁶¹

In Salzburg war ebenfalls ein starkes nationalliberales Bürgertum mit Distanz zum „System“ der Zweiten Republik und ausgeprägten Protesttendenzen vorhanden.²⁶²

Der Parteikader umfasste vor allem ehemalige Heimkehrer

In Tirol und Vorarlberg stützte sich der VdU auf das ehemalige nationalliberale Bürgertum.

Der oberösterreichische VdU war eher links orientiert, da viele ehemalige Nationalsozialisten und geflüchtete Volksdeutsche in den Großbetrieben arbeiteten.²⁶³ Hier fielen die VdU-Ideen der innerbetrieblichen Zusammenarbeit und der leistungsbedingten Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer auf fruchtbaren Boden.

²⁵⁹ Reimann: Dritte Kraft, 126f.

²⁶⁰ Reimann: Dritte Kraft S. 129.

²⁶¹ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 100.

²⁶² Dachs, Herbert: Ausformung und Gewichtung des Salzburger Parteiensystems. In: Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945-1991 (Wien 1992), 302f.

²⁶³ Reimann: Dritte Kraft, S. 129; Piringer: Die Geschichte der Freiheitlichen, Beitrag der dritten Kraft zur österreichischen Politik (Wien 1982) S. 30.

Der VdU hatte hier bei der Wahl 1949 sein bestes Ergebnis. Er erreichte 23 Prozent der Stimmen.²⁶⁴ Zwischen dem Generalsekretär Gollob und dem sehr auf seine Unabhängigkeit bedachten jungen Landesobmann, Gustav Adolf Neumann, herrschte von Anfang an Missstimmung.

Bereits zur Zeit der Monarchie spielte der 1886 gegründete Kärntner Bauernbund, der eine Interessenvertretung der weitgehend verarmten Bauernschaft darstellte, als Partei die führende Rolle in der Landespolitik. Das Erwachen der slowenischen Nationalbewegung und die nicht voll durchgesetzte Gegenreformation trugen in dieser Bevölkerungsschicht zur Ausbildung deutsch-nationaler Ideologie und Antiklerikalismus bei.²⁶⁵ Aufgrund dieser historischen Ausgangsbedingungen hatte der VdU in Kärnten, mit Dr. Robert Scheuch, einen Agrarfachmann als Obmann, hatte ihre Anhänger bevorzugt im bäuerlichen Milieu.²⁶⁶ Der steirische Bauernführer Karl Hartleb, 1886 in St. Georgen/Neumarkt geboren, hatte großen Einfluss auf die Politik in Kärnten. Er war als Politiker ein „alter Hase“. Der Höhepunkt seiner Karriere war die Mitwirkung im Kabinett Seipel von 1927 bis 1929 als Innenminister und Vizekanzler. Politisch war er immer noch in der Zwischenkriegszeit verwurzelt und hemmte damit, besonders auf sozialpolitischem Gebiet, den fortschrittlichen Kurs des VdU.²⁶⁷

In der Steiermark setzte sich die Spitze der Parteiorganisation aus Kriegsheimkehrern zusammen. Landesobmann war der Jurist Dr. Josef Elsnitz, ein Oberschenkelamputierter ehemaliger Panzerjägersmajor und Ritterkreuzträger.

1950 – das Ringen um Konsolidierung

Die Wahlen 1949 waren für den VdU ein großer Erfolg gewesen. Nach dem Wahlergebnis schwenkte die SPÖ strategisch um und trat dem VdU nach den Wahlen mit offener Feindschaft gegenüber. Kraus Rede zur Regierungserklärung 1949 war jedoch sehr versöhnlich enthielt das Angebot zur Zusammenarbeit an die beiden Großparteien. Die erste Sitzung des Nationalrates ist relativ ruhig verlaufen, bis es zu einer heftigen Diskussion über die Konzentrationslager und Anhaltelager kam. Hartleb machte den taktischen Fehler die Konzentrationslager

²⁶⁴ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 100.

²⁶⁵ Schaller, Christian: Parteien und Wahlen in Kärnten. In: Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945-1991, ed. Herbert Dachs (Wien 1992), S. 85.

²⁶⁶ Reimann: Dritte Kraft, S. 130.

²⁶⁷ Ebenda, S. 130-132; Piringer: Geschichte, S. 130; Kraus: Untragbare Objektivität, S. 218.

des Dritten Reiches mit den Anhaltelagern der Alliierten zu vergleichen. Ein Zwischenruf Stübers („die Herrengasse [Polizeigefängnis] war 1945 auch kein Honiglecken“) löste einen Sturm der Entrüstung aus und es kam zu einem 25-minütigen Wirbel, der damit endete, dass die ÖVP den Auszug Stübers erzwingen wollte. Stüber gab eine Erklärung ab, dass es ihm völlig fremd gewesen sei, irgendeinen KZler nahetreten zu wollen, da er Achtung vor allen Personen habe, die aus politischen Gründen verfolgt worden seien. Die Parteien hatten ihr Ziel erreicht: den VdU als neonazistisch zu verteufelten.²⁶⁸

Dieser Druck von außen blieb auch auf die labile innere Struktur des VdU nicht ohne Wirkung.

Die stärksten Gegenreaktionen kamen von den als Faschisten ausgegrenzten früheren Nationalsozialisten, die für eine das sachliche Gespräch mit der Gegenseite suchende konstruktive Politik kein Verständnis hatten. Der Gegensatz zwischen „Frontgeist“ und „politischer Richtung“ wurde immer schwerer überbrückbar. Vor diesem Hintergrund ereignet sich bereits zum Jahresbeginn in Oberösterreich die Palastrevolte gegen den VdU-Landesverbandsobmann Gustav Adolf Jakob Neumann, der von der nationalen „Kerntruppe“ als Außenseiter empfunden wurde.²⁶⁹

Der harte Kern der ehemaligen Nationalsozialisten konnte schon bei der Parteigründung mit den »liberalen« Zielsetzungen der Gründer nichts anfangen, sie wollten die Parteiführung arbeiten lassen und als Schutzschirm benutzen, solange die Besatzungsmächte und die politischen Umstände ein offenes politisches Auftreten verhinderten. Kam eine andere Zeit, sollte zur »deutschbewussten« Politik zurückgekehrt werden.²⁷⁰ Der VdU war im Verlauf des gesamten Jahres 1950 mit internen Problemen beschäftigt.

Die Gollob-Krise

Im Juli 1950 kam es in der Steiermark zur Krise. Der VdU-Generalsekretär Gordon Gollob hatte bei einer Jugendfeier die Haydn-Hymne mit dem Kernstock-Text gesungen bzw. singen lassen. Dabei trugen die Jugendlichen mit Runen

²⁶⁸ Reimann: Dritte Kraft, S. 186.

²⁶⁹ Piringer: VdU, S. 55.

²⁷⁰ Hanisch: Der lange Schatten des Staates, S. 150.

geschmückte Wimpel und Fahnen.²⁷¹ Die Behörden sprachen von neonazistischer Provokation. Innenminister Helmer reagierte mit einem Verbot des VdU-Landesverbandes, das weder mit der Bundesregierung noch mit der Landesregierung der Steiermark abgesprochen war. Diese Reaktion Helmers stieß auf heftige Kritik, sogar der Erzfeind des VdU, Gustav Canaval, äußerte in den Salzburger Nachrichten Kritik.

Der VdU-Vorstand reagierte mit der Suspendierung Gordon Gollob als VdU Generalsekretär. Der Ausschluss Gollob führte zu Spaltungstendenzen innerhalb des VdU. Die Suspendierung gegen Gollob wird am 4. September wieder aufgehoben und alle Ausgeschlossenen werden wieder in den VdU aufgenommen.

Beim ersten ordentlichen Bundesverbandstag des VdU in Wels wurden die Führungsorgane des VdU neu gewählt. Kraus wurde mit der knappen Mehrheit von 77 der 146 stimmberechtigten Delegierten als Bundesverbandsobmann bestätigt. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass Kraus nicht mehr der unumstrittene Führer der Partei war. Kaum ein Jahr nach dem Jahr nach einem fast triumphalen Wahlsieg musste der Gründer der Partei, der Hauptverantwortliche für ihren Aufschwung, zur Kenntnis nehmen, dass ihm nahezu die Hälfte des Funktionärkorps die Gefolgschaft versagte.²⁷² Seine Stellvertreter wurden Scheuch, Hartleb, Gollob und Neuwirth. Reimann wurde nicht mehr in die Bundesverbandsleitung gewählt.

Die Gollob-Krise stellte nach Reimann einen Wendepunkt in der Geschichte des VdU dar. Die Nationalen begannen, sich gegen Kraus und Reimann zu verbünden.²⁷³ Der Fall Gollob war der erste Anlauf der rechtsgerichteten betont-deutschnationalen Gruppe innerhalb des VdU zur Machtübernahme.

Bundespräsidentenwahl 1951

Nach dem Tod Karl Renners fand die erste Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk statt. Der VdU unterstützt über ein „Komitee der überparteilichen Einigung“ den Arzt Burghart Breitner. Die SPÖ stellte General a. D. Theodor Körner auf und die ÖVP den oberösterreichischen Landeshauptmann Dr. Heinrich

²⁷¹ Piringer: VdU, S. 56.

²⁷² Reimann: Dritte Kraft, S. 233; auch Stäuber: VdU und FPÖ S. 105.

²⁷³ Reimann: Dritte Kraft, S. 233.

Gleißner. Bei den Wahlen am 6. Mai errang der ÖVP-Kandidat einen knappen Vorsprung (40,14 % Dr. Gleißner vor dem Sozialisten Körner mit 39,15 %). Burghart Breitner erhielt 15,41 % der Stimmen. Die ÖVP war sich sicher, die Stichwahl gewinnen zu können. Die Kommunisten unterstützten in der Stichwahl Körner. Der Bundespartei Vorstand des VdU beschloss, für den zweiten Wahlgang keine Empfehlung abzugeben.

Mit der Entscheidung für die „Stimmfreigabe“ hatte sich der nationale Flügel um Stüber durchgesetzt²⁷⁴. Kraus enthielt sich der Stimmen, da er für Gleißner eingetreten war. Kraus sprach sich wider den Beschluss des Bundespartei Vorstandes für die Unterstützung Gleißners aus. Er glaubte, dadurch den Dank der ÖVP zu gewinnen. Kraus schrieb einen Artikel in der Zeitung „Die Presse“ ‚Ich wähle Dr. Gleißner‘. Dieser Artikel wirbelte viel Staub auf. Kraus betonte ausdrücklich, dass die Stellungnahme nicht die Empfehlung des VdU, sondern eine Privatentscheidung von ihm sei.²⁷⁵ Mit dieser Stellungnahme riskiert Kraus sehr viel. Er verärgert Hartleb und die Wiener, die hinter ihm gestanden hatten. In Arbeitnehmer-Flügel des VdU brach ein offener Konflikt aus. Reimann bezeichnet die Stellungnahme von Kraus als „politische Kurzschlusshandlung, die sich ein Parteiobmann nicht hätte leisten dürfen.“²⁷⁶

Die Gegner von Kraus in der Parteiführung glaubten, nun sei die Stunde der Abrechnung gekommen. Als Übergangslösung empfahlen sie Hartleb. Reimann intervenierte für Kraus bei den Landesobmännern und Vorstandsmitgliedern. Schwer angeschlagen kam Kraus noch einmal mit heiler Haut im Bundespartei Vorstand davon.²⁷⁷

Im Oktober gründeten die Funktionäre der „Jungen Front“ die „Aktion zur politischen Erneuerung“, die bis zum 1. Juni 1956 bestand. Verhandlungen zwischen der „Jungen Front“ und der WdU hatte es bereits nach den Nationalratswahlen 1949 gegeben, die im Zuge der „Breitner-Wahl“ erneuert worden waren. Kraus erhoffte sich durch einen Zusammenschluss mit der „Aktion“ eine Stärkung des liberalen Flügels, da es zwischen den beiden politischen

²⁷⁴ Stüber: VdU und FPOe, S. 107.

²⁷⁵ Reimann: Dritte Kraft, S. 241.

²⁷⁶ Reimann: Dritte Kraft, S. 241.

²⁷⁷ Göhring, Stirnemann, Parteienprofile S. 26; Neck, Rudolf: Innenpolitische Entwicklung. in: Österreich. Die Zweite Republik Bd.1(Graz/Wien/Köln 1972) S.149-168; Reimann, Viktor: Dritte Kraft, S. 241 ; Kraus: Objektivität S. 240.

Gruppierungen kaum programmatische Differenzen gab. Kraus drückte den Sachverhalt so aus:

„Wir sagten, hier kommen Generäle ohne Armee, und sie sagten, sie könnten durch ihre Vergangenheit (einige wie Gredler gehörten der Widerstandsbewegung an) unser allzu nazistisches Profil aufmöbeln und uns durch ihre Verankerung in der Industrie (Dr. Kunata Kottulinsky, Sektionsleiter der Kammer für gewerbliche Wirtschaft in Salzburg und Dr. Wunschheim, Vorstandsmitglied der Vereinigung österreichischer Industrieller) salonfähig machen.“²⁷⁸

Nach der Präsidentenwahl bahnten sich zwischen dem VdU und der „Jungen Front“ engere Beziehungen an, die allerdings ebenfalls mit zur späteren Auflösung des VdU beitrugen. Den ersten Kontakt zwischen Kraus und Strachwitz hatte es bereits im Zuge der Parteigründung von Kraus gegeben. Da Kraus damals keine Zeit fand nach Graz zu fahren schloss sich Strachwitz mit seiner Gruppe der ÖVP an. Verhandlungen zwischen dem VdU und der „Jungen Front“ hatte es auch nach den Wahlen 1949 und zwar zwischen Gollob und Strachwitz gegeben. Diese Kontakte wurden im Zuge der Breitner Wahl erneuert. Als die Taten der ÖVP nach den Wahlen völlig von ihren Wahlversprechungen abwichen, begann es in der „Jungen Front“ zu gären. Es kam zum Bruch zwischen der ÖVP und der „Jungen Front.“²⁷⁹ Strachwitz trat am 14. Juli 1951 aus dem ÖVP-Parlamentsklub aus. Es saß nun gemeinsam mit dem ehemaligen VdU-Abgeordneten Huemer und dem aus der ÖVP ausgetretenen Karl Aichhorn als „Wilder“ hinter den VdU-Abgeordneten.²⁸⁰

Nach den Bundespräsidentenwahlen 1951 wurde über eine Erweiterung des VdU durch andere Gruppen diskutiert. Aus der „Jungen Front“ und dem „Burghart-Breitner Komitee“ ging die der „Aktion zur politischen Erneuerung“ (kurz „Aktion“ genannt) hervor. Die Aktion wollte sich nicht einfach vom VdU schlucken lassen, sondern die Sammlung durch einen neuen Namen und eine neue Führungspersönlichkeit auch nach außen dokumentieren.²⁸¹ Anstelle der Verbreiterung schien wieder einmal eine Spaltung des VdU bevorzustehen. Die Verhandlungen zwischen dem VdU und der „Aktion“. Kraus hoffte, durch ein

²⁷⁸ Piringer: Geschichte, S. 20; Kraus: Objektivität, S. 283; Reimann: Dritte Kraft, S. 247.

²⁷⁹ Reimann: Dritte Kraft, S. 245.

²⁸⁰ Reimann: Dritte Kraft, S. 246.

²⁸¹ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 154.

Zusammengehen mit der „Aktion“ den liberalen Flügel des VdU verstärken zu können.

Die Nationalen im VdU und ein großer Teil des Sozialausschusses waren allerdings dagegen.²⁸² Hartleb, Neuwirth und Reimann standen ebenso wie die nationale Gruppe unter Stüber der Sache von Anfang an skeptische gegenüber. Sie vertraten die Meinung, dass eine Partei, die sich dadurch vergrößern wolle, dass sie mit „Führungspersönlichkeiten“ verhandelt, hinter denen keine Mannschaft stehe bereits Zeichen der Selbstaufgabe setze. Neuwirth machte auch noch der Arbeiterflügel der Partei Sorge, dessen Vertreter im Allgemeinen wenig für die „feinen Herren“ übrig hatten. Schließlich zweifelten gerade die Liberalen in der VdU-Führung an der Loyalität der Aktionsleute zu Kraus und fürchtet, dass nun erst recht die Nationalen das Zünglein an der Waage würden. Die spätere Entwicklung gab ihnen recht. Ein interner Aktenvermerk, dessen Fotokopie in die Hände von Kraus geriet, bestätigte diese Zweifel. Hier äußert sich ein Spitzenfunktionär, dass die „Aktion“ leider mittun müsse, die an sich politisch richtigliegende VdU-Spitze zu stürzen und sich mit den an sich abzulehnenden extrem nationalen Kreisen zu verbinden, um überhaupt noch irgendwie zum Zuge zu kommen.²⁸³

Um eine spätere Vereinigung zu erleichtern, zog sich Kraus am außerordentlichen Bundesverbandstag vom 25. und 26. Oktober 1952 in Graz von der Parteispitze zurück, um für Oberst a. D. Max Stendebach als neuen Bundesverbandsobmann Platz zu machen. Kraus, Stüber und Kandutsch wurden zu seinen Stellvertretern gewählt. Stendebach, der dem VdU gleich nach dessen Gründung beigetreten war, war von Kraus als Obmann vorgeschlagen worden. Er setzte die Politik im Sinne von Kraus fort, wenn er auch ein viel „deutschbewussterer“ Politiker war als Kraus. Da Stüber gleichzeitig zu einem der Stellvertreter gewählt worden war, war der „Rutsch nach rechts“ nicht zu übersehen.²⁸⁴

Wahl 1953

Die Verhandlungen mit der „Aktion“ wurden immer wieder verzögert. Der VdU wurde von den vorzeitigen ausgerufenen Wahlen überrascht. Eine

²⁸² Reimann: Dritte Kraft, S. 247.

²⁸³ Reimann: Dritte Kraft, S. 248.

²⁸⁴ Stüber: VdU und FPOe S. 118.

Namensänderung des Vereines in „Soziale Erneuerungsbewegung“ war aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich. Die Leute der „Aktion“ mussten aus rechtlichen Gründen auf der Liste des WdU kandidieren.²⁸⁵

Für die Wahlen am 22. Februar 1953 hatte der VdU große Hoffnungen. Der Wahlkampf war im Vergleich zu dem des Jahres 1949 ein „langweiliger“.

Der Wahlkampf des VdU bzw. WdU richtete sich im Gegensatz zu 1949 diesmal stärker gegen die SPÖ. Diese Strategie wurde gewählt, da man die Hoffnung hatte nach den Wahlen mit der ÖVP eine Koalition einzugehen, da sich das Koalitionsklima gegenüber 1949 erheblich verschlechtert hatte.²⁸⁶

Die SPÖ wurde stimmenstärkste Partei, erhielt aber aufgrund der Wahlarithmetik ein Mandat weniger (73 Mandate) als die ÖVP (74 Mandate). Der VdU verlor 17.000 Stimmen oder 0,7 Prozent der Stimmen und erhielt 14 Mandate. Der VdU verlor im Westen drei seiner vier oberösterreichischen Grundmandate, er gewann im Osten ein Restmandat. Er verlor seine Ausstrahlung auf die Arbeiterschaft, in Oberösterreich ist er von 124.000 bei den Wahlen 1949 auf 75.000 Stimmen bei den Wahlen 1953 abgestürzt.

Als Gründe für den Stimmeverlust des VdU sind drei Punkte zu sehen:

- *Die NS-Frage, für die sich die Unabhängigen 1949 so sehr eingesetzt hatten, war nicht mehr so aktuell.*
- *Der VdU erschien bei der Wahl 1953 nicht mehr als eine Einheit, der Gegensatz zwischen dem liberalen und nationalen Flügel war allgemein bekannt*
- *Das Bündnis zwischen dem VdU und der „Aktion“ schreckte viele liberale ab, das die „Aktion“ bin der „schwarzen“ ÖVP kam.²⁸⁷*

Figl trat zurück und sein Nachfolger Julius Raab lud den VdU zu Gesprächen über eine Regierungsbeteiligung ein.

Die SPÖ ließ alle ihre Verbindungen spielen, um eine Beteiligung des VdU an der Regierung zu verhindern. Im Ausland wurde der VdU wieder als Neonazi-Partei angeschwärzt. Als Retter in der Not setzte die den Bundespräsidenten Körner ein, der dem VdU mit folgender Erklärung die Regierungsfähigkeit absprach:

„Dem klaren Wahlergebnis entsprechend habe ich am 22. Februar die Repräsentanten der beiden großen Parteien zu mir gebeten und sie ersucht,

²⁸⁵ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 172.

²⁸⁶ Stäuber: VdU und FPOe S. 120

²⁸⁷ Stäuber: VdU und FPOe, S. 121.

neuerdings miteinander, wie bisher, die Regierung zu bilden: auf einer politischen Grundlage, die, wie sich gezeigt hat, fest und stärker ist als in irgendeinem anderen demokratischen Land.

Diese Grundlage ist noch zu erweitern und dadurch die Zusammenarbeit der Parteien in der Regierung noch schwieriger zu gestalten, erschien mir nicht notwendig. Dazu kommt, dass mich die politischen Erfahrungen eines langen Lebens zu einer gewissen Vorsicht mahnen. Ich habe erkannt, dass bloßer Erklärungen und Versprechungen eines einzelnen wie einer Partei nicht ausreichte, um sie aus einer negativ kritisierenden über Nacht zu einer staatsbejahenden zu machen. Hierfür müssen vielmehr eindeutige Beweise erst erbracht werden.²⁸⁸

Landtagswahlen 1954

Am 17. Oktober 1954 fanden in Wien, Niederösterreich und Salzburg Landtagswahlen statt. Das Ergebnis dieser Wahlen war ein Debakel für VdU.

In der VdU machte sich Resignation breit. Die Spenden flossen viel zu spärlich, eine Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln gab es nicht.

Als Ursache für die Resignation meinte man den Verlust des „nationalen Profils“ erkennen zu können, der durch den Bruch mit Gordon Gollob und zuletzt durch den Ausschluss Stübers eingetreten ist.

Neuformierung der Nationalen

Ausschluss Stübers aus dem VdU

Wegen des Scheiterns der Regierungsverhandlungen kam es im Mai 1953 am Bundesverbandstag in Wien zu heftigen Auseinandersetzungen.²⁸⁹ Der Wiener Landesverband unter Obmann Stüber stellte sogar den Antrag, der Bundesverbandsleitung das Misstrauen auszusprechen. Der Missbilligungsantrag erhielt zwar nur wenig Zustimmung seitens der Parteimitglieder (27 von 151 Stimmen), zeigte aber, dass es keine gemeinsame Basis innerhalb der WdU mehr gab. Da dies die größte parteiinterne Eskalation seit dem Fall Gollob dargestellt hatte, fasste die Bundesparteileitung am 23. 11. 1953 den Beschluss, deren „Anstifter“ Stüber von der Partei auszuschließen. Ein Parteigericht kam zu dem Urteil, dass „Stüber nicht nur durch einzelne Handlungen, sondern auch durch

²⁸⁸ Reimann: Dritte Kraft, S. 258.

²⁸⁹ Neue Front 24.11.1953, in: Dokumentation zu österreichischen Zeitgeschichte, ed. Josef Kocensky (Wien 1970), S. 250. Krisen innerhalb des VdU

bestimmte Grundtendenzen seines allgemeinen Verhaltens eine systematische Untergrabung der Einheit des Verbandes betrieben habe“.²⁹⁰ Daraufhin verzichtete Stüber auf eine Überprüfung des Verfahrens und trat selbst aus der Partei aus.

Er gründete mit Dr. Fritz Ursin die „Freiheitliche Sammlung Österreichs (FSÖ) und spaltete damit den Wiener Landesverband auf.²⁹¹ Nationale Äußerungen fielen und wurden in den Medien publiziert, was wiederum das Bild einer „Nazipartei“ in der Öffentlichkeit verstärkte.²⁹²

Die Basis verweigerte der VdU Spitze die Gefolgschaft. In der Situation des drohenden Verlustes der Führungskompetenz setzte man überraschend auf die nationale Karte.

Am Bundesverbandstag des VdU am 15. und 16. Mai 1954 in Bad Aussee versuchte man, die Einheit der Partei zu demonstrieren. In gegenseitiger Kritik wurde Zurückhaltung geübt. Reibungslos ablaufende Vorstandswahlen sollten das innere Chaos verbergen. Das „Ausseer Programm“ wurde beschlossen. Es brachte zwar keine neuen Gedanken, es war ein klares „Bekenntnis zur nationalen Aufgabe“. Mit dieser Aktion wollte der VdU Stübers Wählerkreis übernehmen.²⁹³

Das nationalere Parteiprofil brachte der Partei aber kein besseres Abschneiden in der Wählergunst, denn das Ergebnis der Wiener Wahlen am 17. Oktober 1954 endete mit Stimmenverlusten.

In Wien erreichte die WdU nur mehr 50.200 Stimmen - Stübers FSÖ 13.500 Stimmen - und verfügte damit über kein Grundmandat mehr. Nach den Nationalratswahlen 1953 hatte die WdU noch 125 000 Stimmen erhalten. 1949 noch mit 6 VdU-Gemeinderäten im Wiener Gemeinderat vertreten, verlor die Partei ihre Stellung als dritte Macht.²⁹⁴

Auch bei den Landtagswahlen kam es zu weiteren Verlusten.

Die Arbeiterkammerwahlen 1954 (von 117 Mandaten blieben nur noch 19 übrig) verschärften die internen Konflikte, was einem stark national geprägten Kreis ermöglichte, den VdU zu übernehmen. Der VdU-Obmann Kraus erklärte den

²⁹⁰ AZ 2.2.1954. In: Dokumentation zu österreichischen Zeitgeschichte, ed. Josef Kocensky (Wien 1970) S. 250.

²⁹¹ Piringer: Geschichte, S. 20; Reimann: Dritte Kraft, S. 261-265; Kraus: Objektivität, S. 283.

²⁹² Reimann: Dritte Kraft, S. 263.

²⁹³ Stäuber: VdU und FPÖe, S. 125.

²⁹⁴ Müller, Wolfgang C.; Melchior, Josef: Parteien und Parteiensystem in Wien. In: Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern (Wien 1992) S. 544f; Reimann: Dritte Kraft, S. 265f.

17. 10. 1954 zum „schwarzen Tag nicht nur für den VdU, sondern für alle national gesonnenen Menschen Österreichs“.²⁹⁵

Die beiden großen Parteien waren sich einige darin, dass der VdU als dritte Kraft für ein Machtgleichgewicht zwischen den beiden Parteien notwendig war und eine unabhängige Opposition für das Funktionieren der Demokratie Voraussetzung war. Andernfalls käme es zur Alleinherrschaft einer der großen Parteien.

Bundeskanzler Raab versuchte, den in Gang gekommenen Prozess der Neuformierung des VdU bzw. der dritten Kraft zu beeinflussen. Er bat ehemals nationalsozialistische Industrielle mitzuhelfen, »das dritte Lager umzukrempeln«. Nach seiner Aktion in Oberweis hatte er erkannt, dass die ÖVP zahllose antiklerikale Bürgerliche, wie die Burschenschaffter und viele ehemalige Nazi, doch nie gewinnen könne. Er wolle, dass sich diese, bevor sie sozialistisch oder gar nicht wählen, in einer mit der ÖVP verbündeten nationalen Partei sammeln. Kraus schreibt in seiner Biografie, als neue Richtlinie von Raab sei ihm kolportiert worden: *„Wenn eine nicht marxistische Partei neben der ÖVP wirklich nicht zu verhindern ist, dann soll es eine nicht koalitionsfähige Partei sein; denn sonst gäbe es gleich eine rot-blaue Koalition, und die ÖVP müsste in die Opposition gehen. Das Nazi-Problem kommt uns hier sehr zugute. Wir werden an der Stelle des VdU eine Partei von solchen Nazigrößen aufbauen, dass es kein Sozialist wagen kann, mit ihr eine Koalition zu bilden. Akteure für die neue Partei sind da. Die Nazi sind ja hilflos und auf uns angewiesen.“*²⁹⁶

Während die VdU–Abgeordneten in ihre Parlamentsarbeit vertieft waren, holten einige ehemaligen führenden Nationalsozialisten zum entscheidenden Schlag gegen den VdU aus und gründeten die »Freiheitspartei«. Mitte März 1955 fand die entscheidende Besprechung statt.²⁹⁷

Gründung der „Freiheitspartei“

Die Männer um Reinhaller gründeten die Freiheitspartei, die später mit dem Rest des VdU die „Freiheitliche Partei Österreichs“ bildete.

²⁹⁵ Piringer: Geschichte, S. 20.

²⁹⁶ Kraus: Objektivität, S. 279.

²⁹⁷ Kraus: Objektivität, S. 265.

Das national-freiheitliche Lager war vom VdU nie geschlossen erfasst worden. Nationale Traditionsvereine wie etwa der Turnerbund, der freiheitliche Akademikerverband und Lehrerverein formierten sich mit einem gewissen Abstand zum VdU neu. Es bildeten sich Debattierklubs, die dem VdU Ratschläge erteilen wollten. Einer dieser Zirkel war der national angehauchte „Grüne Salon“ im Linzer „Schwechater Hof“. Er wurde zum Ausgangspunkt der Diskussion über die Art der Neugruppierung. Vertreter der Turnvereine, des freiheitlichen Akademikerverbandes, des oberösterreichischen Landeslehrerverbandes und Einzelpersonlichkeiten des national-freiheitlichen Lagers, wie Kraus, Stendebach, Reinthaller und van Tongel, trafen sich hier. Die »Freiheitspartei« sollte alle jene »Belasteten« und »Gesinnungstreuen« sammeln, die dem VdU wegen dessen Aufnahmesperre für »Belastete« nicht hatte beitreten können oder nicht beigetreten waren, weil er ihnen zu liberal war und es keine Aussicht bestand, seine liberale Mehrheit zu ersetzen. Die Gründer waren laut Kraus Menschen, die wieder politisch aktiv sein wollten und zwar als »Kameradschaft ehemaliger Nationalsozialisten«.²⁹⁸

Die Gründer der Freiheitspartei beabsichtigten von Anfang an sowohl die Freiheitspartei, als auch der VdU aufzulösen und eine neue Partei zu gründen.

Der Bundesparteivorstand des VdU war sich nicht einig. Einige wollten die „große nationale Sammlung“, die alle Gruppen und Grüppchen dieses Lagers (vom nationalen Stüber bis Strachwitz, der zwischen der ÖVP und dem VdU hin und her pendelte) unter einen »geeichten Nationalen« vereinigt würde. Für die Variante war die liberale Ausrichtung von Kraus ein Hindernis.²⁹⁹ Der andere Teil des Bundesvorstandes wollte sowohl die „Nationale“ als auch das „Liberale“ Element beibehalten und konnte sich nicht entscheiden. Und der dritte Teil bestand aus den Vertretern des Sozialreferats, die die Träger der Arbeiterbewegung waren. Sie lehnte eine Fusion mit der Freiheitspartei strikt ab.

Am 8. 9. 1955 sicherte van Tongel finanzielle Unterstützung zu. Am 7. 10. fand in Linz eine Gesprächsrunde statt. Reinthaller und van Tongel sprachen sich für die neue Freiheitspartei aus, Stendebach und Kandutsch waren für die Beibehaltung des VdU. Da sich die innerparteiliche Machtposition Reinthallers und van Tongels

²⁹⁸ Kraus: Objektivität, S. 265-269.

²⁹⁹ Kraus: Objektivität, S. 283.

dominanter gestaltete, wurde die Zusammenführung der beiden freiheitlichen Gruppierungen vereinbart.

Am 18. Oktober 1955 fand bereits die Konstituierung eines Proponentenkomitees zur Bildung einer freiheitlichen „Einheitspartei“ statt.³⁰⁰

Kraus bekämpfte die Fusion mit der Freiheitspartei bis zuletzt (Kraus: „Übergang der großen demokratischen Erneuerungsbewegung der Kriegsgeneration zum kleingeistigen „Traditionsverein ehemaliger Nationalsozialisten“) ³⁰¹. Als politische Konsequenz schied er aus der Partei aus, da er seine ursprünglichen Ziele („Gesinnungstreue“ fernhalten, „enttäuschte Idealisten“ auf human-liberale Ausrichtung umpolen) nicht erreicht hatte.³⁰²

Am 3. November 1955 trat das Proponentenkomitee der „Freiheitlichen Einheitspartei“ wieder zusammen, um über Namensvorschläge für die neue Partei zu diskutieren. Reinhaller sprach sich für „Unabhängige Freiheitliche Partei“ aus, van Tongel für „Freiheitliche Partei“ und Stendebach, als Zeichen des Bekenntnisses zu Österreich, für „Freiheitliche Partei Österreichs“. Stendebachs Vorschlag wurde einstimmig angenommen.³⁰³

Gründung der FPÖ

Während der Gründungsversammlung am 7. April 1956 wurde Einheit demonstriert. Reinhaller wurde mit 117 von 124 Stimmen zum Bundesparteiohmann gewählt. In seiner Antrittsrede sprach er das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk und die klare Bejahung der Oppositionsrolle an. Danach betonte er die Frontstellung seiner Partei gegen die Bevormundung des Staatsbürgers durch Organe des Staates und verschiedener Körperschaften. Als Bundesparteiohmannstellvertreter wurden Zechmann, Gredler und Stendebach bestimmt. In den Bundesparteivorstand wurden Dr. van Tongel, General Rainer, Kandutsch und einige Landesobmänner gewählt (Huber/Kärnten, Oberst Götz/Steiermark, Kindl/Niederösterreich, Broesige/Wien, Peter/Oberösterreich, Zeillinger/Salzburg).³⁰⁴

³⁰⁰ Kadan, Pelinka, Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien 39.

³⁰¹ Kraus: Objektivität, S. 285.

³⁰² Kraus: Objektivität S. 265; Reimann: Dritte Kraft, S. 37.-26.

³⁰³ Gottweis, Parteienprofile S. 49; Piringer: Geschichte, S. 35.

³⁰⁴ Piringer: Geschichte, S. 39.

Kraus meinte, der Gründungsparteitag wäre die Bestätigung der lange vorbereiteten Machtübernahme durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen NS-Führern. Unter dem Titel einer Sammlung auf breitester Basis wäre eine vornehmlich auf die Vergangenheit ausgerichtete Partei auf engster Basis entstanden. Die offiziellen Erklärungen der FPÖ von „Absage an den Extremismus“ und „Partei der Mitte“ entsprängen dem Bedürfnis nach einer sehr notwendigen Tarnung.

Kraus, Reimann und Ebenbichler erklärten wegen Differenzen mit dem neuen Obmann ihren Austritt.³⁰⁵ Trotz des Austritts dieser drei prominenten Politiker blieben praktisch alle ehemaligen VdU-Funktionäre der FPÖ treu. Sogar der bedeutendste Führer des VdU, Wilfried Gredler, trat nicht aus, er wurde zum Klubobmann der Freiheitlichen im Nationalrat gewählt. Kraus behielt mit seinen Anschuldigungen trotzdem recht, es waren die ehemaligen Nationalsozialisten, die in der Partei den Ton angaben.³⁰⁶

Richtlinien der neuen freiheitlichen Partei:

Der neue, betont deutschnationale Kurs wurde 1957 in den sogenannten ‚Richtlinien freiheitlicher Politik‘ deutlich. Dort hieß es schon in der Einleitung:

„Ziel der FPÖ ist eine nationale, freiheitliche und soziale Politik auf der Grundlage einer echten Volksgemeinschaft.“³⁰⁷

Unter Reinthaller wurde der nationale Gedanke wieder zum wichtigsten Grundsatz, zum einigenden Faktor der Partei der sogenannten „Dritten Kraft“. In der FPÖ war die Partei des nationalen Lagers wiedererstanden.

Nach dem Gründungsparteitag trat am 8. April 1956 ein letztes Mal der Bundesverbandstag des VdU zusammen. Oberst Stendebach stellte den Auflösungsantrag. Der Antrag wurde mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Gleichzeitig beschloss auch die Freiheitspartei ihre Auflösung.

³⁰⁵ Piringer: Geschichte, S. 40.

³⁰⁶ Stäuber: VdU und FPOe, S. 145.

³⁰⁷ Kadan; Pelinka, Grundprogramme, S. 39-41; Göttweil, Parteienprofile im Wandel, S. 63-73.

Conclusio

Dieter Stiefel fasst die Logik der Entnazifizierung folgendermaßen zusammen: Von Rache zur Rechtsstaatlichkeit und Amnestie.³⁰⁸ Der zeitliche Rahmen beginnt 1945 mit den ersten Gesetzen und endet 1957 mit der letzten Amnestie.

Im Umgang mit den „Ehemaligen“ ist auch ein Umstand nicht zu vernachlässigen, der sich in beinahe allen Memoiren direkt widerspiegelt: In der gesamten Nachkriegsplanung ist immer wieder von der Angst vor Volksdemokratien, vor dem Kommunismus bzw. von der „Antikommunistischen oder Antimarxistischen Front“ zu lesen. Die nationalsozialistischen Elemente sollten zwar ausgelöscht werden, aber sie scheinen, trotz aller Vorkommnisse der vergangenen Jahre, weniger Furcht verbreitet zu haben, als die Kommunisten. Im Wahlkampf 1945 verwendete die ÖVP etwa ein Plakat mit dem Begriff der „roten Katze“ um die Angst zu schüren, dass die Sozialdemokraten eventuell sogar für die Kommunisten arbeiten würden. Nirgendwo ist jedoch von der Angst vor den ehemaligen Nationalsozialisten zu lesen.

Hinzu kam das noch immer stark ausgeprägte Lagerdenken in Österreichs Politik. Nach der Diktatur des Austrofaschismus und angesichts der politischen und personellen Kontinuität in der ÖVP bzw. der christlichsozialen Partei, hätte auch die ÖVP 1945 aufgrund ihrer Vergangenheit nicht als Partei zu den Wahlen wieder zugelassen werden dürfen. Da es in diesem Fall nur eine große traditionelle Partei, nämlich die Sozialisten gegeben hätte, und die Angst vor der Gefahr einer Volksdemokratie zu groß gewesen wäre, entschieden sich die Alliierten trotzdem für drei Lizenzparteien. Das ehemalige nationale Lager konnte den bürgerlichen Block nicht vertreten, da sehr viele zur NSDAP übergetreten waren und daher 1945 noch nicht wahlberechtigt waren. Nach der Wahlniederlage der Kommunisten (4 %) 1945 verschärften diese die Forderungen nach einer härteren Vorgehensweise bei der Entnazifizierung. Die ÖVP hatte bei den Wahlen 1945 die absolute Mehrheit errungen. Die wichtigsten Anliegen der nach den Wahlen gebildeten Konzentrationsregierung lagen vor allem in der Sicherung der Ernährung der Bevölkerung sowie dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes, der Beseitigung der Zonengrenzen, der Sicherung des Staatsgebietes

³⁰⁸ Stiefel: Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich, S. 47.

sowie der Erlangung des Staatsvertrages. Bei den Wahlen 1949 war die Ausgangsposition jedoch eine andere. Die ehemaligen minderbelasteten Nationalsozialisten erhielten ihre demokratischen Rechte und damit ihr Wahlrecht zurück. Da es mit 487.067 Menschen um 12 Prozent der Wählerstimmen handelte, wurde diese Gruppe von allen Parteien heftig geworben. Die ÖVP versuchte wieder, die Angst vor einer kommunistischen Machtübernahme zu schüren. Sie behauptet sogar, dass der VdU die Kommunisten unterstützen würde und die jede Stimme, die für den VdU abgegeben werden würde ungültig sein werde.

Insgesamt stellte sich die Frage, ob und wie die ehemaligen Nationalsozialisten wieder in das demokratische Leben integriert werden könnten und in welcher Partei sie sich politisch organisieren würden. Der neu gegründete VdU war nach dem Konzept der Gründer, Herbert Kraus und Viktor Reimann, ein lockerer Verbund aus unterschiedlichen Gruppierungen. Die Führung des VdU war liberal ausgerichtet, es gab aber schon bei der Gründung des VdU eine starke nationale Gruppe. Diese Gruppe sah Kraus von Anfang an als einen Strohmännchen, den sie, sobald es politisch möglich war, von der Spitze absetzen wollten und selbst die Führung der Partei übernehmen wollten. Dann könnten sie endlich eine nationale Politik im Sinne der Ehemaligen betreiben. Dabei ging es weniger um nationalsozialistische Wiederbetätigung, sondern viel mehr darum, die Rechte der, wie sie meinten „verfolgten“ ehemaligen Nationalsozialisten wiederherzustellen. Die Zeit für das nationale Lager war nach Abschluss des Staatsvertrages gekommen. Die liberale Führung des VdU wurde abgesetzt, der nationale Flügel übernahm die Parteileitung. 1956 ging der VdU in der neu gegründeten FPÖ auf und wurde aufgelöst.

Die Frage, ob eine tiefgehende Entnazifizierung unter diesen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen jemals erfolgreich durchgeführt werden konnte, ist schwer zu beantworten. In den ersten Jahren fand zwar ein gewisser Elitentausch statt, es gab allerdings konkurrierende Zielsetzungen, den politischen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Für den politischen Wiederaufbau war ein Elitentausch erforderlich, allerdings sind politische Säuberungen in einer Demokratie sehr problematisch. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wurde jede Arbeitskraft dringend benötigt, vor allem die Fachkräfte. Diese waren zu einem großen Teil aus den führenden Positionen aufgrund der Entnazifizierung

entfernt worden. So wurde zum Beispiel im öffentlichen Dienst ungefähr ein Drittel der Beschäftigten entlassen (ca. 100.000 Personen), in der Wirtschaft waren es ca. 70.000 Personen. Für einige Zeit wurden 7,5 Prozent der Berufstätigen entlassen. Bis 1947 verlief die Entnazifizierung mit einer gewissen Härte, dann aber immer laxer.³⁰⁹ Tatsächlich wurden die Eliten für fünf Jahre 1945 bis zu den Wahlen 1949 vom politischen Geschehen ausgeschlossen. Mit den diversen Amnestien und als zuletzt mit der Belastetenamnestie 1957 wurden alle demokratischen und wirtschaftlichen Einschränkungen aufgehoben.

Gab es nun überhaupt eine Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung? Diese Frage kann eindeutig mit einem klaren Ja beantwortet werden. Kurz nach Kriegsende finden sich immer wieder diverse Zeitungsartikel in diesem Zusammenhang, aber auch in den Ministerratsprotokollen der Provisorischen Regierung Renner kann der Interessierte einige Zitate zu dieser heiklen Thematik finden. Im Laufe der Zeit scheint sich das Blatt jedoch allmählich immer stärker zugunsten der Ehemaligen zu wenden. Die Auswahl der Biografien erfolgte nicht nur nach politischen, sondern auch nach praktischen Kriterien. Zum einen, weil nicht allzu viele Biografien zu Verfügung standen, zum anderen, sich viele kaum mit dem Thema der Entnazifizierung beschäftigten, was sich jedoch auch als interessanter Aspekt erweisen kann.

Verfolgt man den weiteren politischen Weg der Ehemaligen, wird die Parteiengründung des VdU zu einem zentralen Punkt. Hier erwiesen sich die Biografien von Dr. Herbert Kraus und Dr. Viktor Reimann als sehr ergiebig. Beide schreiben über die Zeit der Gründung. Kraus beschreibt seine Gedanken und Überlegungen sehr genau und unterteilt die Menschen immer wieder in Gruppen. Reimann schreibt in seinem Vorwort, dass er eigentlich ein Buch über die Gründung des VdU schreiben wollte, es aber viel persönlicher geworden ist, als er es ursprünglich beabsichtigt hatte. Die beiden VdU-Gründer waren am ehesten dem liberalen Lager zuzuordnen. Dr. Fritz Stüber war ein Vertreter des nationalen Lagers. In seinem Buch erhält man Einblicke in das Denken des nationalen Lagers. Biografien anderer nationaler Persönlichkeiten wie van Tongel oder Reinhaller konnten leider nicht gefunden werden. Zur Abdeckung des gesamten

³⁰⁹ Hanisch: Der lange Schatten des Staates, S. 425.

parteipolitischen Spektrums zog ich die Biografien von Schärf und Helmer als Vertreter der SPÖ heran. Beide waren Vertreter des rechten Flügels bei den Sozialisten. Die wenigen Biografien, die es von Personen des bürgerlichen Lagers gibt, setzen sich kaum mit der Entnazifizierung auseinander. Für diese Arbeit wurde die Literatur um Alfons Gorbach verwendet.

Um die Positionen der einzelnen Politiker an dieser Stelle nochmals plastischer vergleichen zu können, möchte ich kurz auf einige punktuelle Ereignisse hinweisen. Es sind dies die ersten Entnazifizierungsgesetze und die ersten Wahlen 1945, das Gesetz 1947 sowie der Diskurs um die Parteiengründung bis hin zu den Wahlen 1949:

Das Jahr 1945: Erste Entnazifizierungsgesetze und Wahlen

Schon bei der Gesetzgebung 1945 wurde diskutiert, ob es sinnvoll ist, diesen großen Personenkreis von den Wahlen auszuschließen, man sah durchaus das Problem, diese Menschen wieder in den demokratischen Staat integrieren zu müssen. In den Biografien wird damit sehr unterschiedlich umgegangen. Adolf Schärf verfasste das Verbotsgesetz. Er galt als gemäßigter und war den eigenen Parteigenossen, die im Widerstand waren, zu tolerant. Er ging von der Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen »harmlosen Mitläufer und wirklichen Verbrechern« aus. Für letztere bot sich die Kategorie der „Illegalen“ an, die sich in den „Erfassungsanträgen“ der NSDAP selbst des Hochverrates an Österreich gerühmt hatten. Um sich einige Zehntausend Prozesse zu ersparen, schlug Schärf vor, diese Illegalen statt durch individuelle Urteile unmittelbar durch Gesetz zu bestrafen.

Im Mittelpunkt des Schärfschen Entwurfes stand die „Registrierung“ aller Nationalsozialisten, die an sich keinerlei Rechtsnachteile mit sich bringen sollte; solche waren bloß für „Illegale“ und für Funktionäre vorgesehen; wohl aber sollten alle Begünstigungen aus nationalsozialistischer Tätigkeit rückgängig gemacht werden. Für eine gnadenweise Nachsicht von Sühnefolgen war der Paragraf 27 vorgesehen, der allerdings zu einer hoffnungslosen Überlastung. Die Volkspartei wandte sich nach der Ansicht von Schärf

„mit Formularen, von denen die eine Hälfte eine Beitrittserklärung zur Volkspartei war, die andere ein Nachsichtsgesuch, an die gewesenen Nationalsozialisten, um sie durch das Versprechen einer Intervention für die Entregistrierung zum Beitritt zur

*Volkspartei zu gewinnen.*³¹⁰

Die Zahl dieser Nachsichtgesuche erreicht beinahe die Zahl der registrierungspflichtigen Nationalsozialisten.

Viktor Reimann war zu dieser Zeit (1945) als Journalist unter anderen bei den Salzburger Nachrichten tätig. Er kritisiert bereits das Gesetz von 1945 als Rachegesetz, da das Verbotsgesetz nicht Verbrechen, sondern die Gesinnung bestrafen würde. Er meint, die drei Parteien hätten weniger Recht als Rache im Sinn gehabt mit dem Gesetz. Zudem wirft er den Parteien vor, über das von den Alliierten vorgegebene Ziel hinausgeschossen zu sein. Diese hätten eine Säuberung des Staatsapparates von Nationalsozialisten verlangt und Bestrafung von Verbrechen die Nationalsozialisten in der Hitlerära begangen haben. Die Parteien hätten aber, um von ihrer eigenen Vergangenheit abzulenken überreagiert. Mit dem Verbotsgesetz und dem Kriegsverbrechergesetz hätte die österreichische Regierung einen Großteil der Bevölkerung zu Aussätzigen gestempelt.

Vom rechtlichen Standpunkt aus hätten, seiner Meinung nach, deshalb überhaupt nur jene Nationalsozialisten zur Rechenschaft gezogen werden dürfen, die sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht hatte. Gegen die einfachen Mitglieder der NSDAP vorzugehen, dafür gab es jedoch weder eine rechtliche noch eine moralische Grundlage. Selbst der Nürnberger Gerichtshof für Kriegsverbrecher schloss die Verfolgung einfacher Parteimitglieder aus.

Zum Ausnahmeparagrafen 27 meint er, dieser sei von Adolf Schärf nur geschaffen worden, nicht um „Unschuldige vor Strafverfolgungen zu retten, sondern um Prominente zu schonen, die als Zugpferde für die jeweilige Partei bei den ehemaligen Nationalsozialisten werben mussten“.

Herbert Kraus war zu diesem Zeitpunkt noch nicht politisch aktiv, es findet sich in seinem Buch kein Hinweis auf das Jahr 1945. In der ersten Ausgabe seiner Berichte und Informationen findet sich eine Analyse der ersten Wahlen.

Fritz Stüber beschreibt diese Zeit aus nationaler Sicht. Er kritisiert die formalen Kriterien der Entnazifizierung. Ihn interessierte nur das Leid, das den „verfolgten“ Nationalsozialisten betraf. Er meint zu den Wahlen 1945, sie hätten kein richtiges

³¹⁰ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 142.

Bild über die tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisse im Lande ergeben können, da die betont nationale, also deutschbewusste und freiheitlich gesinnte Wählergruppe von der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen war. Der große Teil der national gesinnten Wähler hätte nicht wählen dürfen, womit er die Masse der Registrierungspflichtigen meint, der andere Teil hätte auch keine echte Wahlmöglichkeit gehabt. Die Wahlen von 1945 bezeichnet er als eine „Rumpfwahl, da viele Kriegsteilnehmer noch nicht aus der Gefangenschaft zurückgekehrt waren.“³¹¹

Helmer lobt das diplomatische Vorgehen Renners, bei der Integration der westlichen Bundesländer. Die Niederlage der Kommunisten, die weder die Kommunisten noch die russische Besatzungsmacht erwartet hat, bei den ersten Wahlen bezeichnet er als „richtige Antwort des Volkes auf die Übergriffe.“³¹²

Er beschreibt den Druck der Alliierten bei der Entnazifizierung, er meint, die „Großen“ Nazis haben sich nach dem Westen abgesetzt. Die „Kleinen“ sollten nun für die großen büßen. Er musste sich vor dem Alliierten Rat rechtfertigen, da die Säuberung der Ämter zu langsam vor sich ging und er musste monatliche Berichte über die Veränderungen im Personalstand des Innenministeriums vorlegen.³¹³ Die Auswahl der Beamten für das Innenministerium war keine leichte Aufgabe. Während der Zeit des Dollfuß-Regimes waren viele leitende Beamte, die der NSDAP angehörten, fristlos entlassen waren. 1938 kamen diese wieder in die Ämter zurück. Und die Mitglieder der „Vaterländischen Front“ wurden ebenfalls ohne Pension entlassen. 1945 kam ein Teil dieser Entlassenen wieder zurück und rückte nun in die höheren Stellen. Diese Beamten erhielten nicht immer die Bestätigung durch den Alliierten Rat. Ein Einspruch folgte dem anderen.³¹⁴

Gorbach

Gorbach trat schon 1945 für eine bedingungslose Amnestie für Mitläufer ein.³¹⁵

Als Mitläufer galten alle, die nach dem Anschluß Parteimitglied wurden. Für diesen Personenkreis forderte Alfons Gorbach bereits 1945 die bedingungslose Amnestie, da sie seiner Meinung nach „unter Zwang und Terror der NSDAP beigetreten waren,

³¹¹ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 116.

³¹² Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 218.

³¹³ Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 228.

³¹⁴ Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 229.

³¹⁵ Bleier-Bissinger: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach S.146.

*ohne sich jemals nationalsozialistischen Gedankengut angeeignet zu haben.*³¹⁶

Das Verbotsgesetz stand in krassen Widerspruch zum traditionellen österreichischen Rechtsempfinden, das Alfons Gorbach in seinem Kampf gegen die insbesondere von den Kommunisten geforderte Härte in der Behandlung „Ehemaliger“ kurz umschreibt: „Es ist besser, lieber hundert Schuldige unbestraft zu lassen, als einen Unschuldigen zu verdammen!“³¹⁷

Gesetz 1947

Das Nationalsozialisten Gesetz von 1947 wurde auf Druck der Alliierten mit den von ihnen gewünschten Änderungen beschlossen. Eine der Gründe für die Zustimmung der Parteien war der in Aussicht gestellte Staatsvertrag. Nachdem das Gesetz auf Wunsch der Alliierten viel härter ausgefallen war, als es ursprünglich geplant war, begann man bald über Milderungen nachzudenken.

So kam es zu dem Gesetz über die „Vorzeitige Beendigung der Sühnefolgen für Jugendliche“ vom 22. April 1948 und zu einem über die „Vorzeitige Beendigung der Sühnefolgen für Minderbelastete“ am 21. April 1948, das diesen mit 6. Juni 1948 das Wahlrecht zuerkannte.

Schärf weist darauf hin, dass der österreichischen Regierung zu verstehen gegeben wurde, dass die Annahme der alliierten Abänderungsvorschläge eine unerlässliche Voraussetzung des Staatsvertrages sei. Allerdings hätte auch „Dr. Körner tat nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten alles ihm mögliche, um das Nationalsozialistenproblem zu entgiften.“³¹⁸

Kraus wurde erst aufgrund des „Nationalsozialisten-Gesetzes 1947“ politisch aktiv. Er beschreibt, wie sich die innenpolitische Szene belebte, als das „Nationalsozialisten-Gesetz“ 1947 auf Druck der Alliierten in dieser verschärften Form beschlossen worden war. Die Beurteilung der ehemaligen Nationalsozialisten nach einem System der Kollektivschuld war sehr umstritten. Er selbst hätte sich wenig mit der „Nazi-Frage“ beschäftigt, aber beim Lesen dieses Gesetzestextes sei die Empörung in ihm aufgestiegen. Ihm ging es um die betroffenen Menschen, er stellt in seinem Buch Überlegungen an, wie es zu einer so hohen Mitgliederzahl bei der NSDAP gekommen sein kann und was die

³¹⁶ Bleier-Bissinger: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach S.146.

³¹⁷ Gorbach; Gedanken zur Politik, S 71.

³¹⁸ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 145.

Beweggründe der Menschen waren, der Partei beizutreten. Er schrieb einen Artikel in „Berichte und Informationen“, in dem er sich über das, wie er es nennt, „Unrechtsgesetz“ aufregte. Dieser Artikel wurde auch im Lager Glasenbach veröffentlicht und brachte ihm viel Zuspruch vom nationalen Lager ein. Ehemalige Nationalsozialisten wollten mit ihm über diese Thematik diskutieren und er erstellte mit Freunden den „Katalog des Umdenkens“.

Partei Gründung des VdU 1948 und Wahlen 1949

Bei dieser Thematik finden sich die meisten Inhalte bei den beiden Parteigründern. Sie beschreiben ausführlich die Schwierigkeiten, die es bei der Parteigründung gab, es ist aber auch nachzulesen, wer Hinweise in Bezug auf die Parteiform, nämlich einen Verein zu gründen und als Wahlpartei aufzutreten gab. Auch anzumerken ist beispielsweise die Aussage von Kraus, er habe erst im Nachhinein von der Unterstützung durch die SPÖ bei den Wahlen erfahren.

Diese beiden Themen sind sehr eng miteinander verknüpft, da mit dem Beginn der Diskussion um die Gründung der vierten Partei, wenn auch nur indirekt, der Wahlkampf begonnen wurde. Die Parteien versuchten entweder die wieder zugelassenen Wähler für sich zu gewinnen, oder sie war für die Gründung einer weiteren Partei, da damit verhindert werden sollte, dass die andere Partei die zusätzlichen Stimmen erhielt. Hier kann der Versuch der Reintegration der ehemaligen Nationalsozialisten sehr gut verfolgt werden. Auffällig ist, dass die Protagonisten für eine vierte Partei, Helmer und Schärf, in ihren Biografien nicht sehr viel darüber schreiben. Helmer hatte bereits die Verfassungstreue Vereinigung unterstützt, aber auch darüber findet sich kaum etwas in seiner Biografie. Sowohl Helmer als auch Schärf nennen in ihren Biografien ausschließlich demokratiepolitische Gründe für ihre Unterstützung.

Schärf nennt drei Gründe, warum er sich für die Gründung einer vierten Partei eingesetzt hat. Als ersten Punkt stellt er grundsätzlich fest, dass eine Demokratie ein freies Wahlrecht und damit auch eine freie Parteienbildung verlangt. Durch die Bildung neuer Parteien, anstatt der bisher von den Alliierten konzessionierten Parteien, würde das wahre Kräfteverhältnis zum Ausdruck bringen, wobei er davon überzeugt war, dass die ÖVP ihre Mehrheit im Nationalrat einbüßen würde. Und als dritten Punkt nennt er, dass der Staatsvertrag von einem Parlament

angenommen werden sollte, das auch aus wirklich allgemeinen und freien Wahlen hervorgegangen sei.

Auch Helmer bezieht sich ausschließlich auf demokratische Rechte. Ihm als Innenminister war es ein Anliegen, dass das österreichische Verfassungsrecht über dem Besatzungsrecht steht. Er stellte sich auf den Standpunkt, dass er als Innenminister dem österreichischen Recht verpflichtet war und wenn eine Wahlpartei die notwendigen Bedingungen erfüllen sollte, werde er sei selbstverständlich zu den Wahlen zulassen. Die vierte Partei sollte seiner Meinung nach eine national-liberale Partei sein. Er sah es als eine Frage des politischen Gleichgewichts, da es eine einzige bürgerliche Partei und zwei, von ihren Gegnern gerne als „ marxistisch“ bezeichnete Parteien, die SPÖ und die KPÖ, gab. Die Volkspartei versuchte, mit ihrer Propaganda gegen die marxistischen Parteien die politisch Unzufriedenen für sich zu gewinnen. Mit der Gründung einer vierten Partei wollte Helmer und auch Schärf dies unterbinden. Die Politiker der ÖVP standen einer vierten Partei nicht sehr positiv gegenüber, sie wollten das nationale und liberale Lager in ihre Partei einbinden. In einen Rückblick meint Helmer die WdU habe eine wichtige Funktion als Sammelbecken erfüllt, vor allem für die Wähler, die sich nicht in den seit 1945 bestehenden Parteien vertreten fühlten. Er leugnet auch nicht, bei der „Taufe der Partei Pate gestanden zu haben“³¹⁹, dass der VdU die Hoffnungen seiner Wähler nicht erfüllt habe, sei aber nicht seine Schuld. Für ihn war „diese Wahlpartei gleichzeitig der Prüfstein dafür, ob Teile der der österreichischen Bevölkerung sich neuerlich unter nationalen Parolen gegen die Demokratie aufhetzen lassen würden, oder aber, ob sie unter der Einfühlung in die neuen Verhältnisse eine Absage gegen den Radikalismus des vergangenen Jahrzehnts durchführen werden.“³²⁰ Die Wahl 1949 war seiner Meinung nach ein Bekenntnis zur Demokratie auch vonseiten der „jener Kreise, die einst den Nährboden für unheilvolle Strömungen gebildet hatten.“³²¹

Die ÖVP ging von Konzept einer bürgerlichen Einheitspartei ab und wollte auch das liberale und nationale Element in die Ideologie der ÖVP einbinden. Das sollte

³¹⁹ Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 332.

³²⁰ Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 332.

³²¹ Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 332.

in Form einer „gemeinsamen geistigen Plattform“ geschehen, wie Alfred Maleta in einer Rede im Dezember 1948 erklärte.³²²

Er fuhr dann fort, die Volkspartei werde ihr Führerkorps, das aus dem christlichsozialen und vaterländischen Lager hervorgegangen ist, ergänzen und „Menschen aus dem ehemals liberalen und nationalen Lager gleichberechtigt in seine Reihen aufnehmen“. Nach diesen Ausführungen war es klar, was die Führung der Volkspartei zu tun gedachte, um bei den Wahlen des Jahres 1949 wieder eine Mehrheit zu gewinnen.³²³ In der Folge kam es zu den Gesprächen von Oberweis.

Stüber war bereits Mitglied der Verfassungstreuen Vereinigung gewesen. Für ihn war die von Kraus gegründete Partei von Anfang an ganz klar national gewesen. Er beschreibt es mit einer „ganzen Reihe von merkwürdigen Zufällen, dass jemand, der in seinen „Berichten und Informationen“ geschrieben hatte, die Zukunft läge nicht bei den Nationalen, Gründer und langjähriger Obmann einer politischen Partei mit ausgesprochener nationaler Zielsetzung wurde.“³²⁴

Stüber verteidigt Kraus gegen Anfeindungen und meinte, er sei *„der allerletzte, der für die nationalsozialistischen Weltanschauung und Zielsetzung besondere Sympathien empfand, er war nach Herkunft und Erziehung überhaupt kein „völkischer“ Mensch, er stand dem nationalen Lager immer mit inneren Misstrauen gegenüber. Er war praktizierender Katholik, in politischer Hinsicht nach der herkömmlichen Klassifizierung am ehesten als Liberaler anzusprechen, mit einem monarchistischen Akzent.“*³²⁵

Stüber meint, den Männern der Parteiführung der ÖVP hätte auffallen müssen, dass sie die Mehrheit bei der Wahl 1945 nur erreicht hatten, durch die *„künstliche zwangsweise Ausschaltung von weit über einer halben Million Wählerstimmen.“*³²⁶

Dazu wäre dann noch die Angst vor dem Kommunismus gekommen, was zu ÖVP zusätzliche Stimmen gebracht hätte. Vor allem aber die Hoffnung, der nationalen und freiheitlichen Wähler, die nicht unter das Wahlverbot fielen, dass die ÖVP am

³²² Bleier-Bissinger: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, S. 195. siehe auch Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 239.

³²³ Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, S. 239.

³²⁴ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 63.

³²⁵ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 55.

³²⁶ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 118.

ehosten bereit sein würde mit der NS-Verfolgung Schluss zu machen, wie sie es in ihren Wahlaufrufen versprochen hatte, führte seiner Meinung nach zum Wahlerfolg der ÖVP im Jahr 1945.³²⁷ Da sie nach Meinung Stübers dieses Versprechen nicht eingehalten hatte, wurde sie beim Auftreten einer selbstständigen nationalen Gruppe die stärkste Verliererin bei den Wahlen.

Vergleicht man die Biografien von Kraus und Reimann mit dem Buch Stübers, treten die unterschiedlichen Lager und die dadurch bedingten unterschiedlichen Sichtweisen deutlich hervor. Mit der Gründung des VdU verfolgte Kraus zwei Ziele, er wollte ein Sammelbecken für alle diejenigen bilden, die mit der damaligen Politik nicht zufrieden waren und aus Protest eine andere Partei wählen wollten und die ehemaligen Nationalsozialisten zur Demokratie hinführen. Die Partei sollte seiner Meinung nach liberal und sozial ausgerichtet sein. Stüber und mit ihm die Nationalen, sahen den VdU von Anfang an als eine Partei der nationalen, die sich aufgrund der politischen Umstände nicht als solche deklarieren durfte.

Diese unterschiedlichen Positionen und Ausrichtungen innerhalb der Partei führten zu Spannungsfeldern, die zur Auflösung des VdU und zur Gründung der FPÖ mit rein nationaler Ausrichtung führten.

Wahlkampf/ Wahlergebnis

Der Wahlkampf 1949 begann schon mit der Diskussion um die Zulassung weiterer Parteien. Nachdem die ÖVP eine zusätzliche Partei nicht verhindern konnte, führte sie im Wahlkampf eine „Schlammschlacht“ gegen den VdU.³²⁸ Bei Viktor Reimann und Fritz Stüber kann man die Vorkommnisse im Wahlkampf nachlesen. Kraus hingegen verliert kaum ein Wort darüber.

Stüber gibt auch der ÖVP die Schuld am schlechten Abschneiden des VdU bei den Wahlen 1949 in Wien. Die Angstparolen der ÖVP, der VdU würde die antimarxistische Front spalten hätten in Wien gegriffen. Reimann sieht sie Schuld weniger bei den Großparteien, sondern vielmehr bei Stüber und seinem romantisch-nationalen Image. Er gibt diesem die Schuld, dass der Wiener VdU nie eine großstädtische Partei wurde und immer provinziell blieb.

Mit politischen Ladenhütern war die großstädtische Intelligenz einfach nicht zu

³²⁷ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 118.

³²⁸ Reimann: Dritte Kraft, S. 145.

gewinnen.³²⁹

Bei der SPÖ bedankt sich Stüber und bezeichnet es als „unbestreitbaren Verdienst des sozialistischen Innenministers Oskar Helmer als obersten Chefs der Exekutive“, alles getan zu haben, um der Opposition die gleiche Wahlwerbung zu ermöglichen wie den Regierungsparteien.³³⁰ Das Ergebnis der Wahlen war ein großer Erfolg des VdU. Beide großen Parteien verloren Stimmen.

Für Reimann war das Wahlergebnis von Wien ein Beweis dafür, dass der VdU keine neonazistische Partei geworden war. Als Beweis dafür führt er an, dass es in Wien und Niederösterreich ungefähr 300.000 Registrierte gab. Der VdU erhielt dort aber nur 120.000 Stimmen erhalten hatte.³³¹

Schärf stellte das Ergebnis der Wahlen als Erfolg dar, da die ÖVP die absolute Mehrheit verloren hatte. Helmers Unterstützung für den VdU ist nach dem Wahlergebnis sehr schnell verloren gegangen. Er schrieb in der „Arbeiter Zeitung“:

„Wir werden wachsam die Entwicklung dieser Bewegung beobachten. Wir werden unter keinen Umständen zulassen, dass sich da etwas am Busen der Demokratie eine neue faschistische Partei nähre.“³³²

Reimann bezeichnet das als neue Sprache Helmers. In Helmers Biografie wird darauf überhaupt nicht eingegangen.

Abschließend ist anzumerken, dass es angesichts der Probleme der Nachkriegszeit verständlich war, dass die Entnazifizierung eine viel kleinere Rolle spielte, als man heute vermuten würde. Höchste Priorität hatten der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Erlangung der Souveränität. Das Thema der Entnazifizierung wurde besonders vor den Wahlen heftig diskutiert, es fand aber in den meisten Politikerbiografien kaum Niederschlag. Adolf Schärf, der Verfasser des ersten Entnazifizierungsgesetzes 1945 widmet diesem Thema beispielsweise in seinem Buch „Österreichs Erneuerung 1945-1955“ nur ganz wenige Seiten. Die Gründung einer vierten Partei sieht er vor allem aus parteipolitischer Sicht und weniger im Sinne eines Entnazifizierungsdiskurses.

³²⁹ Reimann: Dritte Kraft, S. 128.

³³⁰ Stüber: Ich war Abgeordneter, S. 57.

³³¹ Reimann: Dritte Kraft, S. 170

³³² Reimann: Dritte Kraft, S. 171

In einigen wenigen politischen Memoiren fand jedoch eine Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung statt. Sie erfolgte allerdings auf sehr unterschiedliche Weise. Reimann und Kraus versuchten, die ehemaligen Nationalsozialisten für die Demokratie zu gewinnen und in das politische Leben integrieren zu können. Diese Aufgabe zu erfüllen, ist ihm und anderen gelungen: Von den „Ehemaligen“ ginge keine Gefahr für die Stabilität der Republik aus. Mit dieser These, die er im November 1948 bei der Parteigründung aufstellte, „Die Führung liegt nicht bei den Nationalen!“, wird er jedoch bald selbst von der Realität eingeholt.³³³ Summa summarum geht es in den hier angeführten Zitaten jedoch nicht immer nur um die darin präsentierten Schwerpunkte und Tendenzen. Herbert Kraus fasst die Antwort auf die anfangs gestellte Frage sehr gut zusammen:

„Erst Jahrzehnte später wurde mir bewußt, daß wir damals nie über die Vergangenheit gesprochen haben. Sie war eine Last! Wir konnten sie zu den anderen Lasten nicht auch tragen. Der Blick zurück hätte uns zu viel Kraft gekostet. Das starke Bedürfnis, über jene Vergangenheit zu sprechen, ist mit Recht erst in den achtziger Jahren gewaltig aufgebrochen.“³³⁴

³³³ Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft, S. 67.

³³⁴ Kraus: Objektivität, S. 168.

Literaturverzeichnis

- Behal, Brigitte: Dr. Viktor Reimann 1915-1996, Historiker, Politiker, Publizist. Die Darstellung und weltanschauliche Positionierung seiner Persönlichkeit unter Zugrundelegung seines Nachlasses, verfügbarer Quellen und zeitgeschichtlicher Arbeiten. Wien 2005.
- Bischof, Günter; Leidenfrost, Josef (Hg.): Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949. Haymon Verlag, Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte - Band 4, Innsbruck, 1988.
- Bleier-Bissinger, Hanna: Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach und seine Zeit. Leben und Sterben der Nachkriegsgeneration, Graz, 1988.
- Burkert, Günther R.: Der Landbund für Österreich, in: Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995, S. 207-217.
- David, Daniela: Problematik der Durchführung und Wirkung von Entnazifizierung in Wien, Wien 1992.
- Dostal, Thomas: Die Großdeutsche Volkspartei, in: Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995, S. 195-206.
- Enderle-Burcel, Gertrude; Jerabek, Rudolf; Kammerhofer, Leopold (Hg.): Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Bd1 (29 April 1945 bis 10. Juli 1945, Horn/Wien 1995; Bd. 2 (17. Juli 1945 bis 5. September 1945, Wien 1999; Bd3 (12. September bis 17. Dezember 1945), Wien 2003.
- Etzersdorfer, Irene: Oskar Helmer, in: Dachs Herbert/ Gerlich Peter/ Müller Wolfgang C. (Hg.) Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995 Manz, S. 216-221.
- Fischer, Heinz: Eröffnung des Symposiums Entnazifizierung in Österreich, in: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter; Rathkolb, Oliver (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955, Wien 1986, S. 9-13.
- Gorbach, Alfons: Gedanken zur Politik. Wilhelm Frick Verlag, 2. Auflage, Wien, 1962.
- Gruber, Karl: Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen, Verlag Fritz Molden, Wien München Zürich 1976.
- Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (1890-1990), Wien 1994.
- Hasel, Brigitte: Die Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien, 1989.
- Hasel, Brigitte: Die Heimkehrer nach dem Zweiten Weltkrieg: Heimkehrerverbände Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland, Wien, 1992.
- Helmer, Oskar: 50 Jahre erlebte Geschichte, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, o.J.
- Höbelt, Lothar: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Leopold Stocker Verlag, Graz, 1999.

- Knight, Robert (Hg.): „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, 2. Auflage, Wien 2000.
- Knight, Robert: Kalter Krieg, Entnazifizierung und Österreich, in: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter; Rathkolb, Oliver (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955, Wien 1986, S. 37-51.
- Kos, Wolfgang; Rigle, Georg (Hg.): Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zeiten Republik, Wien 1996.
- Kraus, Herbert: Untragbare Objektivität. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987. Amalthea, Wien, 1988.
- Kreisler, Felix: Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen. Hermann Böhlau Nachf. Wien.
- Kriechbaumer, Robert: Alfons Gorbach, in: Dachs Herbert; Gerlich Peter; Müller Wolfgang C. (Hg.) Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995 Manz. S. 160-168.
- Kriechbaumer, Robert: Alfons Gorbach, in: Dachs Herbert; Gerlich Peter; Müller Wolfgang C. (Hg.) Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995 Manz. S. 160 - 168.
- Kriechbaumer, Robert: Von der Illegalität zur Legalität: Die ÖVP im Jahre 1945. Politisch und geistesgeschichtliche Aspekte des Entstehens der Zweiten Republik, Wien 1985.
- Leidenfrost, Josef: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949; Innenpolitik zwischen Besatzungsmächten s.O. S. 127-154.
- Maderthaler, Wolfgang: Die Sozialdemokratie, in: Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995, S. 177-194.
- Maleta, Alfred: Entscheidung für Morgen. Christliche Demokratie im Herzen Europas, Molden, Wien-München-Zürich, 1. Auflage, 1968.
- Manoschek, Walter: Verschmähte Erbschaft. Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus 1945 bis 1955 S 102. in Sieder;Steinert;Talos(Hg.): Österreich 1945-1955, Gesellschaft Politik Kultur, Verlag für Gesellschaftskritik, Manz Wien, 1995.
- Marx, Erich: Herbert Kraus, in: Dachs Herbert; Gerlich Peter; Müller Wolfgang C. (Hg.) Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995 Manz. S. 344-352.
- Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter; Rathkolb, Oliver (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955, Wien 1986.
- Mesner, Maria (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteikonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ. Oldenbourg Verlag, Wien München, 2005.
- Molden, Fritz: Besetzer, Toren, Biedermänner. Ein Bericht aus Österreich 1945-1962. Molden, Wien, 1. Auflage, 1980.
- Müller Wolfgang C.: Adolf Schärf, in: Herber Dachs; Peter Gerlich; Wolfgang C. Müller (Hg.) Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, S 502-512.
- Müller-Kingspor, Werner: Neubegründung des freiheitlich-nationalen Lagers in Österreich von 1945 bis 1949, Wien, 1972.

- Mulley, Klaus-Dieter: Zur Administration der Entnazifizierung in Niederösterreich, in: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S. 267-303.
- Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter: Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Czernin Verlag, Wien, 2005.
- Niederacher, Sonja: Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in Mesner Maria (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischen Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ., Wien 2005. S. 13-33.
- Pelinka, Anton: Die Großparteien und der Rechtsextremismus, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993, 2. Auflage, S. 464-474.
- Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems, Studien Verlag, Innsbruck, 2005
- Pelinka, Anton; Klagen über Österreich, Windstille, Medusa Verlagsgesellschaft, Wien, 1985.
- Piringer, Kurt: Die Geschichte der Freiheitlichen; Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Orac Pietsch 1982.
- Rathkolb, Oliver: Die Paradoxe Republik, Österreich 1945 bis 2005. Wien, Zsolnay, 2005.
- Rathkolb, Oliver: Internationalisierung Österreichs seit 1945, Studien Verlag, Innsbruck, Wien, Bozen 2006. Österreich Zweite Republik, Befund, Kritik, Perspektive, Band 15.
- Rathkolb, Oliver: NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU, in: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter; Rathkolb, Oliver (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945– 1955, Wien 1986, S. 73-99.
- Rathkolb, Oliver: Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik. Wien, 1981.
- Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall, Wien, 1987.
- Rauchensteiner, Manfred: Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945-1996, Wien, 1987.
- Reimann, Viktor: Die Dritte Kraft in Österreich, Molden, 1. Auflage, 1980.
- Riedlperger, Max E.: The lingering shadow of Nazism: The Austrian independent party movement since 1945. New York 1978.
- Sandgruber, Roman: Ökonomie und Politik, Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien Ueberreuter, 1995.
- Schaller, Christian: Parteien und Wahlen in Kärnten. In: Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945-1991, ed. Herbert Dachs (Wien 1992).
- Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945-1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 6. Auflage, 1955.
- Schüssel, Therese: Das Werden Österreichs, Tosa Verlag, Wien, 1995.
- Schuster Walter, Weber Wolfgang, Entnazifizierungspolitik im regionalen Vergleich: Der Versuch einer Bilanz, in: Schuster Walter; Weber Wolfgang (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Archiv der Stadt Linz, Linz 2004, S. 15–41.

- Schuster, Walter: Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich. In: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S. 157-215.
- Sottopietra, Doris: Die Länderebene der SPÖ, in Mesner Maria (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischen Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ. Oldenbourg Verlag, Wien 2005. S. 77-145.
- Stadler, Karl R.: Adolf Schärf Mensch, Politiker Staatsmann, Europaverlag, 1982.
- Stäuber, Roland: Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die freiheitliche Partei (FPOe). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945. Organisation Kolb St. Gallen 1974.
- Staudinger Anton; Müller, Wolfgang C; Steininger Barbara: Die Christlichsoziale Partei, in: Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1995, S. 160-176.
- Steininger, Rolf: Der Staatsvertrag, Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938 bis 1955, Studienverlag, Innsbruck, 2005.
- Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich. Wien-München-Zürich, 1981.
- Stiefel, Dieter: Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich: Leistungen, Defizite, Perspektiven, in: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004, S. 43-57.
- Stiefel, Dieter: Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich, in: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter; Rathkolb, Oliver (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945– 1955, Wien 1986, S. 28-36.
- Stourzh, Gerald: 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zeiten Republik. Gab es eine Stunde Null? Innsbruck, 2005.
- Stüber, Fritz: Ich war Abgeordneter, Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich. Leopold Stocker Verlag, Graz 1974.
- Svoboda, Wilhelm: „...vorbehaltlos meine Pflicht erfüllt“. Das Internierungslager Glasenbach (Camp „Markus W. Orr“), in: Zeitgeschichte 1-2/ 22. Jahrgang/ 1995, S. 3-29.
- Svoboda, Wilhelm: Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien, 1993.
- Tweraser, Kurt: Die amerikanische Säuberungspolitik, in: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, 363-398.
- Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. Heyne Verlag, Wien 2000, 3. Aufl.
- Wadl, Wilhelm: Entnazifizierung in Kärnten, in: Walter Schuster; Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, S. 251-266.

Kurzzusammenfassung

Diese Arbeit versucht zu klären, ob in der Memoirenliteratur eine Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung stattgefunden hat und welche Faktoren die Entnazifizierung beeinflusst haben. Nach einem kurzem Überblick über die Geschichte der Lager und des Lagerdenkens in Österreich werden die (Lager-) Kontinuitäten zwischen der Ersten und Zweiten Republik dargestellt.

Die Politiker, deren Biografien bzw. Memoiren die Grundlagen für diese Arbeit bildeten, werden kurz vorgestellt.

Weiters wird auf die Problematik der Entnazifizierung eingegangen. Österreich hatte bereits im April 1945 eine Regierung, die die ersten Entnazifizierungsgesetze erlassen hatte, aber diese waren nur in den Zonen des russischen Einflussbereiches anwendbar. Jede der vier Besatzungsmächte verfolgte seine eigene Entnazifizierungspolitik. Das änderte sich de jure erst nach den Wahlen im November 1945. Das Entnazifizierungsgesetz wurde 1947 geändert. Man ging von der Registrierung der ehemaligen Nationalsozialisten ab und unterteilte die Betroffenen in „Minderbelastete“ und „Belastete“ ein. Die Minderbelasteten erhielten ihre politischen Rechte zurück und durften 1949 wieder an den Wahlen teilnehmen. Da es sich dabei um 12 Prozent der Wähler handelte, war das Buhlen der etablierten Parteien um diese Wählergruppe sehr intensiv.

Die Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung lässt sich am besten am Beispiel der Wiederintegration der Minderbelasteten in das politische Leben und anhand der Diskussion um eine mögliche Gründung einer vierten Partei zeigen.

Die ÖVP stellte Überlegungen an, ob sie die nationalen Wähler als vierten Bund in ihre Partei einbinden könnte. Die SPÖ unterstützte die Gründung einer vierten Partei sehr stark, da sie die Hoffnung hatte, dadurch das bürgerliche Lager zu spalten und eine Mehrheit der ÖVP zu verhindern.

Die neu gegründete Partei, der VdU, war von seinen Gründern, Dr. Herbert Kraus und Dr. Viktor Reimann, als liberale Partei gedacht. Ehemalige Nationalsozialisten und auch nationale Gruppierungen waren in der Partei willkommen. Die Führung der Partei sollte aber keinesfalls bei den Nationalen liegen. Die ersten Wahlen waren für den VdU ein großer Erfolg, er errang 16 Mandate. Nach diesem ersten

Wahlerfolg kam es zu immer stärkeren Spannungen zwischen der liberalen und der nationalen Gruppierung innerhalb des VdU. Die Nationalen um Anton Reinhaller formierten sich und gründeten die Freiheitspartei, die später mit dem Rest des VdU die „Freiheitliche Partei Österreichs“ bildete.

LEBENS LAUF

Ich wurde am 22. Februar 1968 als einziges Kind meiner Eltern Franz und Christine Stessl in Graz geboren.

Nach der Volksschule und dem erfolgreichen Abschluss des Humanistischen Gymnasiums in Leibniz studierte ich Betriebswirtschaft an der Universität Graz und an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Nach diversen Werkverträgen als Abteilungssekretärin bei der Andritz AG in Graz und in Wien wechselte ich 1994 an das Rechenzentrum der Universität Wien, wo ich heute noch tätig bin.

Das Studium der Geschichte begann ich im März 1996 an der Universität Wien, es begleitete mein Berufsleben bis in das Jahr 2008.